

Bericht 2015 **zur laufenden Bewertung von** ***PROFIL* 2007-2013**

Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen

im Rahmen der 7-Länder-Bewertung

von

Thünen-Institut für Ländliche Räume

Thünen-Institut für Betriebswirtschaft

**entera - Ingenieurgesellschaft für Planung
und Informationstechnologie**



Braunschweig, Juni 2015

Impressum

Redaktion:

Dipl.-Ing.-agr. Andreas Tietz
Thünen-Institut für Ländliche Räume
Bundesallee 50, 38116 Braunschweig
andreas.tietz@ti.bund.de

Projektleitung:

Dipl.-Ing. agr. Regina Grajewski
Thünen-Institut für Ländliche Räume
Bundesallee 50, 38116 Braunschweig
regina.grajewski@ti.bund.de

Dipl.-Ing. agr. Bernhard Forstner
Thünen-Institut für Betriebswirtschaft
Bundesallee 50, 38116 Braunschweig
bernhard.forstner@ti.bund.de

Dr. Thomas Horlitz
entera – Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie
Fischerstraße 3, 30167 Hannover
horlitz@entera.de

Inhaltsverzeichnis**Abbildungsverzeichnis****III****Tabellenverzeichnis****IV****0 Zusammenfassung****1****1 Einleitung****4****2 Bewertungsaktivitäten****4**

2.1 Maßnahmenbewertungen

5

2.1.1 Schwerpunkt 1

6

2.1.2 Schwerpunkt 2

7

2.1.3 Schwerpunkt 3

8

2.1.4 Integrierte ländliche Entwicklungsprozesse in den Schwerpunkten 3 (ILEK/ILE-ReM) und 4 (Leader)

9

2.2 Programmdurchführung

9

2.3 Programmwirkungen

9

2.4 Netzwerkaktivitäten

11

2.5 Veröffentlichungen der ProjektmitarbeiterInnen

13

3 Ausgewählte Ergebnisse**15**

3.1 Schwerpunkt 1

15

3.1.1 Berufsbildung und Einzelbetriebliche Beratung (ELER-Codes 111 und 114)

15

3.1.2 Einzelbetriebliche Investitionsförderung (ELER-Code 121)

21

3.1.3 Verarbeitung und Vermarktung (ELER-Code 123)

24

3.1.4 Ländlicher Wegebau (ELER-Code 125-B)

42

3.2 Schwerpunkt 2

44

3.2.1 Beihilfen für nichtproduktive Investitionen (ELER-Code 216)

44

3.3 Schwerpunkt 3

46

3.3.1 Förderung von Investitionen in Diversifizierung

46

3.3.2 Dorferneuerung und -entwicklung (ELER-Code 322)

49

3.4 Programmwirkungen

56

3.4.1 Vertiefungsthema 2 – Dynamik im Agrarsektor

56

3.4.2 Vertiefungsthema 4 – Wasser

65

4 Ausblick**67****Literaturverzeichnis****69****Anhang 1: Zwischenbericht zur Gesamtanalyse im Rahmen der Bewertung regionaler Entwicklungsprozesse****71****Anhang 2 Modulbericht Ländlicher Wegebau****Anhang 3 Fallstudienbericht Offenlandpflege**

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Inanspruchnahme von Berufsbildungsmaßnahmen nach Betriebsgröße (Höhe Direktzahlungen) im Zeitraum 2007 bis 2014	16
Abbildung 2:	Regionale Verteilung der Betriebsinhaber und der Teilnehmenden insgesamt an Weiterbildungsveranstaltungen im Zeitraum 2010 bis 2013, in Prozent aller Teilnehmenden	18
Abbildung 3:	Inanspruchnahme der Einzelbetrieblichen Beratung nach Betriebsgröße (Höhe Direktzahlungen) im Zeitraum 2007 bis 2013	19
Abbildung 4:	Regionale Verteilung der beteiligten Beratungsanbieter im Zeitraum 2007 bis 2013 und der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe 2010	21
Abbildung 5:	Entwicklung der Milchkuhbestände von AFP-geförderten Betrieben und von Referenzbetrieben des BMEL-Testbetriebsnetzes	23
Abbildung 6:	Pflegefläche (Kalktrockenrasen mit Orchideen) auf der Weper südlich von Fredelsloh	45
Abbildung 7:	Anlage von Wällen zur Verbesserung des Wasserrückhalts im Mittleren Wietingsmoor (Landkreis Diepholz)	45
Abbildung 8:	Projektbeispiele dörflicher Gemeinschaftsprojekte	55
Abbildung 9:	Übersicht der identifizierten Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors in der Fallstudienregion Nordseemarschen und -geesten	64
Abbildung 10:	Übersicht der identifizierten Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors in der Fallstudienregion Leinebergland	65
Abbildung 11:	Inhaltliche Anpassung durch den Leitfaden zur Ex-post-Bewertung	68

Kartenverzeichnis

Karte 1:	Inanspruchnahme der Berufsbildungsmaßnahme durch landwirtschaftliche Betriebe im Zeitraum 2007 bis 2014	17
Karte 2:	Inanspruchnahme der Einzelbetrieblichen Beratung im Zeitraum 2007 bis 2013	20
Karte 3:	ELER-Code 123: Zuschüsse in den Landkreisen Niedersachsens	27

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Austausch mit EvaluatorInnen	11
Tabelle 2:	Austausch mit der Wissenschaftsgemeinschaft	12
Tabelle 3:	Mitwirkung an der Weiterentwicklung des CMEF	12
Tabelle 4:	Fördergeschehen 2013 und 2014 im Vergleich	22
Tabelle 5:	ELER-Code 123: Förderfälle und bewilligte Fördermittel nach Sektoren	25
Tabelle 6:	ELER-Code 123: Haupt- und Nebenziele der Investition	28
Tabelle 7:	ELER-Code 123: F&E-Aktivitäten	29
Tabelle 8:	ELER-Code 123: Kennzahlen zur Effizienzanalyse	32
Tabelle 9:	ELER-Code 123: Umsatzerlöse aus produzierten Erzeugnissen, die den Qualitätsregelungen der EU entsprechen	35
Tabelle 10:	ELER-Code 123: Vertraglich gebundene Rohwaren der untersuchten Betriebsstätten	38
Tabelle 11:	ELER-Code 123: Sektorale Entwicklung der Bruttowertschöpfung	40
Tabelle 12:	ELER-Code 123: Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit nach Angaben der Unternehmen	41
Tabelle 13:	ELER-Code 123: Einordnung von Mitnahmeeffekten	42
Tabelle 14:	Ansätze für Beteiligung in der Förderausgestaltung der Maßnahme Dorferneuerung und -entwicklung	50

0 Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht zur laufenden Bewertung von PROFIL 2007-2013 bezieht sich auf den Zeitraum vom 1. Mai 2014 bis zum 30. April 2015. In diesem Zeitraum wurden empirische Erhebungen und Analysen durchgeführt, die in die Ex-post-Bewertung einfließen werden. Im vorliegenden Bericht wird in Kurzform auf die Aktivitäten in allen Maßnahmenbereichen sowie auf Netzwerkaktivitäten und Veröffentlichungen des Evaluationsteams eingegangen. Zu ausgewählten Maßnahmen und Themenbereichen werden Ergebnisse dargestellt. Die wesentlichen Aussagen des Ergebnisteils sind nachfolgend zusammengefasst:

- Eine Analyse von Auszahlungsdaten der Zahlstelle für die Maßnahmen **Berufsbildung** und **Einzelbetriebliche Beratung** zeigt, dass die Zahl der teilnehmenden Betriebe mit wachsender Betriebsgröße in beiden Maßnahmen zunimmt; bei sehr großen Betrieben sinkt hingegen die Teilnehmerquote bei der Berufsbildung, jedoch nicht bei der Beratung. Regionale Schwerpunkte sind in beiden Maßnahmen die Statistischen Regionen Weser-Ems und Lüneburg; auf Ebene der Landkreise sind differenzierte Schwerpunkte erkennbar.
- Die Entwicklung der Förderzahlen der **Einzelbetrieblichen Investitionsförderung** spiegelt deutlich die 2014 geänderten GAK-Förderungsgrundsätze wie auch die verringerten Finanzansätze in Niedersachsen wider. So waren die Zahl der Förderfälle und das Gesamt-Fördervolumen 2014 deutlich geringer als 2013, der durchschnittliche Zuschuss und der Subventionswert sind dagegen gestiegen. Neue Förderbedingungen schlossen große Wachstumsinvestitionen von der Förderung aus; dies zeigt sich z. B. in deutlich niedrigeren Milchkuhbeständen pro Förderfall 2014 im Vergleich zu den Vorjahren.
- In der Maßnahme **Verarbeitung und Vermarktung** sind bis 2014 insgesamt 47 geförderte Projekte abgeschlossen worden. Auf Grundlage der hierzu erhobenen Daten sowie der Ergebnisse von Telefoninterviews mit 22 geförderten Unternehmen werden die Wirkungen der Maßnahme im Hinblick auf die Bewertungsfragen der EU-KOM abgeschätzt. Es zeigt sich, dass die Förderung Beiträge zur Verbesserung der Effizienz, der Produktqualität und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen leistet. Tendenziell werden auch die Absatzmöglichkeiten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe verbessert, während eine Wirkung auf die Einführung von Innovationen nur vereinzelt feststellbar ist. Die Befragungsergebnisse deuten zudem auf Mitnahmeeffekte der Förderung hin, wobei es sich in den meisten Fällen um partielle Mitnahme handelt.
- Ergebnisse einer Befragung von 80 Gemeinden zur Teilmaßnahme **Ländlicher Wegebau** zeigen, dass der Bedarf an Wegebauförderung nach wie vor sehr hoch ist, da der Ausbaustandard der in den 1970er und 1980er Jahren gebauten Wege den heutigen Anforderungen nicht mehr angemessen ist. Aufgrund der Finanzknappheit vieler Gemeinden findet Wegebau ohne Förderung nur selten statt. Angeregt wird – neben einer Überprüfung des Finanzansatzes für die Förderperiode 2014 – 2020 – eine Änderung der Bewilligungspraxis hinsichtlich der förderfähigen Wegebaufläche, ebenso eine Beschleunigung der Bewilligungsabläufe, die auch zu Kostensenkungen in der Bauausführung beitragen würde.

- Eine Fallstudie zu einzelnen Vorhaben der Maßnahme **Spezieller Arten- und Biotopschutz** hat gezeigt, dass positive Wirkungen insbesondere für die Biotopentwicklung und auch für den floristischen und den faunistischen Artenschutz erzielt werden. Daneben leistet die Maßnahme einen wichtigen Beitrag zu Verbesserung des Landschaftsbildes und zur Stärkung des öffentlichen Nutzungswertes von Natura-2000-Gebieten. Insgesamt stellt die Maßnahme 216 eine wichtige Ergänzung zum Kooperationsprogramm Naturschutz (KoopNat) dar.
- In der Maßnahme **Dorferneuerung und -entwicklung** wird zunehmend auf die Beteiligung der Bevölkerung gesetzt. Der Vergleich der Förderansätze in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ergibt, dass sich durch die landesspezifischen Fördervorgaben verschieden verlaufende Beteiligungsprozesse in der Planungs- und Umsetzungsphase ergeben. Wenn Beteiligung in den Prozessen gewollt ist, sollten die Fördervorgaben den entsprechend strukturierten Rahmen bieten. Unabhängig von den Fördervorgaben entwickelt sich in allen Ländern Beteiligung in der Umsetzungsphase durch Eigenleistung bei konkreten Projekten. Für Niedersachsen zeigt sich, dass gute Ansätze in der Beteiligung vorhanden waren, die Potenziale aber nicht voll ausgeschöpft wurden. Die Veränderung der Fördervorgaben, Überzeugungsarbeit und Verdeutlichung der Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligungsprozessen wären hier Ansatzpunkte.
- Eine länderübergreifende Befragung im Rahmen der Evaluation der Förderung baulicher Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen (**Diversifizierung**) ergab für Niedersachsen, dass die Bedeutung von Einkommenskombinationen für landwirtschaftliche Betriebe höher ist als durch die Officialstatistik ausgewiesen wird. Eine Förderung von Investitionen in die Diversifizierung wirkt positiv sowohl auf den Umfang der Investition als auch auf deren Beschleunigung. Wesentliche Erfolgsfaktoren der Diversifizierung sind die fachliche und soziale Kompetenz der Betriebsleiterfamilie; Hemmnisse ergeben sich in erster Linie aus der Arbeitsbelastung und der Verfügbarkeit qualifizierter Fremdarbeitskräfte sowie aus bürokratischen Hürden im Bau- und Steuerrecht.
- Im Bereich **Leader/Integrierte ländliche Entwicklungsprozesse** wird zurzeit eine länderübergreifende Gesamtanalyse der bisher durchgeführten Erhebungen mittels verschiedener statistischer Verfahren durchgeführt. Das Ziel ist es insbesondere, Bedingungen zu identifizieren, unter denen die Förderung von integrierten Regionalentwicklungsprozessen erfolgreich ist. Ergebnis der ersten Analyseschritte ist eine Einordnung der einzelnen Leader- und ILE-Regionen in sechs Kategorien der Bevölkerungsentwicklung. Zudem wurden Faktoren identifiziert, die zur weiteren Analyse der Qualität der regionalen Umsetzung genutzt werden können.
- Im **Vertiefungsthema Dynamik im Agrarsektor** wurde eine erste Runde von Fokusgruppendifkussionen und Experteninterviews in den Fallregionen Nordseemarschen und -geesten und Leinebergland durchgeführt, in denen wesentliche regionale Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors identifiziert wurden. Wesentliche Faktoren sind in beiden Regionen die Flächenknappheit und Entwicklung der Bodenpreise, die Produktpreise, fehlende Infrastruktur und Wettbewerb in der Verarbeitung und Vermarktung von Milch und Fleisch, der Zustand der Wege und Brücken sowie veränderte Managementanforderungen an

die Leitungsebene wachsender Betriebe. Die Biogasentwicklung ist in den Geestgebieten ein wesentlicher Faktor, im Leinebergland hingegen nur von lokaler Bedeutung. Hier ist die außerlandwirtschaftliche Landnutzung ein größerer Einflussfaktor auf die Flächenknappheit.

- Im **Vertiefungsthema Wasser** wurde die Abschätzung der Wirkungen ausgewählter Maßnahmen auf diffuse Phosphoreinträge in die Fließgewässer Niedersachsens und Bremens mit Hilfe einer gesonderten Arbeit vertieft. Die Reduzierung der Phosphateinträge wurde nach Maßnahmengruppen differenziert mit unterschiedlichen Berechnungsmethoden quantifiziert; sie ist besonders für den Eintragspfad Erosion und Abschwemmung von Bedeutung. In den meisten Fällen wurden die Maßnahmen aber nicht gezielt auf den phosphoreintragsgefährdeten Flächen umgesetzt, da bei der Maßnahmenplanung andere Umweltziele im Vordergrund stehen.

Mit einer Änderung des rechtlichen Rahmens hat die Europäische Kommission 2014 den Abgabetermin für den Ex-post-Bewertungsbericht um ein Jahr bis Dezember 2016 verlängert und auch inhaltlich neue Anforderungen gesetzt. Das Evaluierungsteam ist bestrebt, die neuen Anforderungen in das bestehende Design einzubetten, um an die schon in der Halbzeitbewertung und weiteren Evaluierungsschritten erarbeiteten Strukturen und Ergebnisse anknüpfen zu können.

1 Einleitung

Der vorliegende Bericht zur laufenden Bewertung von *PROFIL* 2007-2013 bezieht sich auf den Zeitraum vom 1. Mai 2014 bis zum 30. April 2015. Mit einer Änderung des rechtlichen Rahmens hat die Europäische Kommission 2014 den Abgabezeitraum für den Ex-post-Bewertungsbericht um ein Jahr bis Dezember 2016 verlängert und auch inhaltlich neue Anforderungen gesetzt. Dies hat auch die Aktivitäten der laufenden Bewertung von *PROFIL* beeinflusst.

Der Berichtszeitraum war von der Fortsetzung der laufenden Evaluierungstätigkeiten geprägt (Auswertung von Förderdaten, Befragungen, Durchführung von Fallstudien). Dabei werden die Aktivitäten nun auf die Erstellung des Ex-post-Berichtes fokussiert.

In Abstimmung mit dem Auftraggeber werden in dem vorliegenden Bewertungsbericht aktuelle Ergebnisse der bisherigen Evaluation in knapper Form dargestellt.

In Kapitel 2 werden die Bewertungsaktivitäten kurz beschrieben. Dies umfasst sowohl die übergeordnete Organisation der Evaluierung als auch die Aktivitäten zu denjenigen Maßnahmen und Vertiefungsthemen, die in diesem Bericht näher betrachtet werden.

Kapitel 3 liefert eine kurze Darstellung von Ergebnissen zu ausgewählten Maßnahmen und Vertiefungsthemen. Auch im Sinne einer schnellen Erfassbarkeit werden die Darlegungen quantitativ kurz gehalten. Ausführlichere Auswertungen wurden und werden den Fachreferaten und Programmverantwortlichen in Niedersachsen und Bremen zur Verfügung gestellt.

In Kapitel 4 erfolgt ein Ausblick, in dem auf die Änderung des rechtlichen Rahmens und deren Konsequenzen für das Evaluierungsdesign und die Ex-post-Berichtslegung eingegangen wird.

2 Bewertungsaktivitäten

Ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Bewertungsaktivitäten ist der **Lenkungsausschuss** der 7-Länder-Evaluation, der im Berichtszeitraum am 11./12. November 2014 zu seiner 9. Sitzung in Bremen zusammenkam. Der Vorsitz des Lenkungsausschusses obliegt der EU-Koordinierungsstelle in der Niedersächsischen Staatskanzlei (seit 25.09.2013). Mit diesem Wechsel wurde rückwirkend eine Geschäftsordnung in Kraft gesetzt, die wesentliche Aufgaben und Verfahrensabläufe des Lenkungsausschusses festlegt.

Die Bundesländer waren intensiv mit der Erstellung der neuen Programme und der EU-Genehmigungsprozedur beschäftigt. Informationsaustausch und anknüpfende Diskussionen bezogen sich daher auch auf die Herausforderungen der neuen Förderperiode 2014 bis 2020.

Die Gestaltung des Abschlusses der aktuellen Förderperiode und dessen Implikationen auf die Erstellung der Ex-post-Evaluierungsberichte waren weitere Punkte. Struktur der Berichte und Verfahren zur Berichtslegung wurden besprochen.

Vertiefende Beiträge seitens des Evaluationsteams erfolgten länderübergreifend zu folgenden Themen:

- Beteiligungsprozesse und Zusammenarbeit in der Fördermaßnahme Dorfentwicklung – Ergebnisse der Dorfstudien,
- Diversifizierung in der Landwirtschaft: Status quo, Erfolgs- und Hemmfaktoren. Erste Ergebnisse einer aktuellen Befragung,
- Förderung der Verarbeitung und Vermarktung: Untersuchung von Förderwirkungen. Erste Ergebnisse einer aktuellen Befragung.
- Wirkung von ELER-Maßnahmen auf die Tiergerechtigkeit: Erste Ergebnisse der Evaluierung der Maßnahme 215 „Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren“.

Eine **Begleitausschusssitzung** zu *PROFIL* hat im Jahr 2014 nicht stattgefunden. Der jährliche Zwischenbericht 2013 mit Stand vom 11.06.2014, der eine Zusammenfassung des Berichtes 2014 zur laufenden Bewertung enthält, wurde im Umlaufverfahren vom Begleitausschuss angenommen.

Auf der **Homepage** der 7-Länder-Evaluierung (www.eler-evaluierung.de) werden das Evaluierungsteam und die Evaluierungsthemen präsentiert sowie laufend aktuelle Publikationen zum Download bereitgestellt. Dort finden sich nicht nur Berichte und Vorträge aus dem laufenden Evaluierungsprojekt, sondern auch die Berichte aus den zurückliegenden Förderperioden sowie aktuelle Dokumente zur kommenden Förderperiode.

2.1 Maßnahmenbewertungen

In allen Maßnahmenbewertungen wurden die laufenden Evaluierungstätigkeiten fortgeführt (insbesondere Auswertung von Förderdaten, Primärerhebungen und Literatur, Durchführung von Befragungen und Fallstudien). Die Aktivitäten konzentrierten sich zunehmend auf die Erstellung der Ex-post-Bewertungsberichte.

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt lag dabei auf der Integration der Empfehlungen der Ex-post-Guidelines der EU-KOM (Juni 2014) in die bereits geplante Bewertungsstruktur. Im Ergebnis wird die Berichtsstruktur angepasst und um einzelne methodische Bausteine ergänzt. Letzteres betrifft insbesondere eine nochmalige (Ex-post-)Prüfung der Interventionslogik und Relevanz von Maßnahmen, wie in den Guidelines von der EU-KOM betont.

Besondere Aktivitäten in einzelnen Maßnahmenbereichen werden nachfolgend berichtet.

2.1.1 Schwerpunkt 1

ELER-Code 111: Berufsbildung

Im Jahr 2014 lag das Hauptgewicht der Arbeiten auf der Auswertung der Förderdaten und Literaturrecherchen. Des Weiteren wurde eine Analyse von Zahlstellendaten über Auszahlungen in den ELER-Codes 111 und 114 durchgeführt, um räumliche und betriebsgrößenabhängige Schwerpunkte der Förderung herauszuarbeiten. Ergebnisse zu beiden Maßnahmen sind in **Kapitel 3.1.1** dargestellt.

ELER-Code 114: Einzelbetriebliche Beratung

Aktivitäten neben der o. g. Auswertung waren die Vor- und Aufbereitung der Befragungs- und Förderdaten aus den Vorjahren für die Ex-post-Bewertung, Informationsgespräche zur Entwicklung der Maßnahme sowie Literaturrecherchen. Exemplarische Ergebnisse aus der 2013 durchgeführten Befragung der Betriebe, die an einer einzelbetrieblichen Beratung teilgenommen haben, sind im Bewertungsbericht 2014 dargestellt und im Juli 2014 auf einer Dienstbesprechung im ML („Ausrichtung der Beratungsförderung ab 2015“) vorgestellt worden.

ELER-Code 121: Agrarinvestitionsförderung

Die fortlaufenden Auswertungen von Förderdaten und Auflagenbuchführungen der geförderten Betriebe wurden auch 2014 fortgesetzt. Vor dem Hintergrund der 2014 geänderten GAK-Förderungsgrundsätze sowie der verringerten Finanzansätze in Niedersachsen lag ein besonderes Interesse auf der Entwicklung der Förderzahlen im vergangenen Jahr. In **Kapitel 3.1.2** werden diesbezüglich Ergebnisse geförderter Betriebe dargestellt.

Darüber hinaus wurde im Frühsommer 2014 eine schriftliche Primärerhebung bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Einkommenskombinationen (ungeachtet dessen, ob und durch welche Maßnahme diese gefördert wurden) durchgeführt. Eine Auswertung dieser Befragung findet sich in **Kapitel 3.3.1**.

ELER-Code 123: Verarbeitung und Vermarktung

Der Schwerpunkt der Arbeiten für diese Maßnahme lag – neben der fortlaufenden Aufbereitung von Förderdaten und der Auswertung vorliegender Projektabschlussbögen – in der Durchführung einer ergänzenden Befragung in Form von Telefoninterviews mit etwa 50 % der in Niedersachsen geförderten Unternehmen. Auf Grundlage der erhobenen Daten wurde eine Abschätzung von Wirkungen im Hinblick auf die Bewertungsfragen der EU-KOM vorgenommen. Die Ergebnisse sind in **Kapitel 3.1.3** dieses Bewertungsberichts dargestellt.

ELER-Code 125-A: Flurbereinigung

Anfang 2014 erfolgte eine schriftliche Befragung von Landwirten zu betriebswirtschaftlichen Wirkungen der Flurbereinigung auf den individuellen Betrieb. Die Befragung konzentriert sich auf

Flurbereinigungsverfahren, in denen die vorläufige Besitzeinweisung in den Jahren 2007 bis 2012 stattgefunden hat. In jedem der 63 ausgewählten Verfahrensgebiete wurden bis zu sieben Landwirte befragt, die in der Regel jeweils mehr als fünf Hektar LF im Gebiet bewirtschaften; in der Summe waren dies 431 Landwirte. Der Rücklauf beträgt 46 % (196 beantwortete Fragebögen). Die Antworten werden derzeit noch ausgewertet. Eine Präsentation der Ergebnisse erfolgt im Rahmen der Ex-post-Bewertung.

Wie schon zur Halbzeitbewertung wurde im März 2015 erneut ein Fragebogen an die Ämter für regionale Landesentwicklung (ÄrL) verschickt, mit dem für eine Stichprobe von 22 geförderten Verfahren genauere Informationen zu Zielen, durchgeführten Projekten und Wirkungen der einzelnen Verfahren erhoben werden sollen.

Die Fallstudien zu den Wirkungen der Flurbereinigung wurden weiter fortgeführt. Die Erhebungen für die Verfahrensgebiete Hammeniederung II (Landkreis Osterholz-Scharmbeck) und Oelerse (Landkreis Peine) wurden im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen. Die Ergebnisse sämtlicher Fallstudien werden im Rahmen der Ex-post-Bewertung präsentiert.

ELER-Code 125-B: Ländlicher Wegebau

Im Rahmen der Evaluation der Maßnahme 125-B wurde 2014 eine schriftliche Befragung der Gemeinden im Hinblick auf die Förderung des ländlichen Wegebaus durchgeführt. Die Stichprobe (n=80) umfasste auch Gemeinden, in denen in der aktuellen Förderperiode keine Wegebauvorhaben umgesetzt wurden. Thematische Schwerpunkte des Fragebogens waren der Bedarf an Wegebaumaßnahmen und Hemmnisse in der Inanspruchnahme der Förderung. Die Ergebnisse werden in dem **Kapitel 3.1.4** kurz zusammengefasst. Eine ausführliche Darstellung findet sich im Modulbericht im **Anhang 2**.

2.1.2 Schwerpunkt 2

ELER-Code 214: Agrarumweltmaßnahmen

Im Berichtszeitraum lag ein Schwerpunkt der Arbeiten auf der Analyse der Inanspruchnahme/Akzeptanz von Agrarumweltmaßnahmen im Teilnehmer-Nichtteilnehmer-Vergleich sowie differenziert nach verschiedenen Betriebsgruppen. Die Auswertungen sind noch nicht abgeschlossen. Neben der Beantwortung nach dem Umfang des Wirkungsbeitrages der Maßnahmen zu ihren formulierten Haupt- und Nebenzielen, sollen auch Indizien für mögliche Mitnahmen gesammelt werden.

Die vom NLWKN in einem vorläufigen Bericht zusammengestellten Wirkungskontrollen im Themenfeld „Biodiversität“ für Maßnahmen des KoopNat und des NAU/BAU werden derzeit ausgewertet und mit den Erkenntnissen aus der Halbzeitbewertung abgeglichen. Sie fließen zusammen

mit den Ergebnissen aus der Akzeptanzanalyse (s. o.) in die Netto-Wirkungsbewertung der Maßnahmen zur Ex-post-Bewertung ein.

Im Berichtsjahr stand zudem die Bewertung der Wasserschutzwirkung im Mittelpunkt der Arbeiten. Als Wirkungsindikator hat die EU-KOM den Indikator „Veränderung von Nährstoffbilanzen“ vorgegeben. Der Indikator wird zum einen auf regionaler Ebene maßnahmenübergreifend berechnet (s. Vertiefungsthema 4: Wasser). Über betriebliche Nährstoffbilanzen (Hoftor-/Flächenbilanz) oder die Bilanzierung der Nährstoffe auf einzelnen Flächen wird hingegen die Wirkung einzelner Maßnahmen erfasst. Ziel der Ex-post-Bewertung ist es, die Berechnungen zur Reduktion von Nährstoffsalden zur Halbzeitbewertung, die auf Literaturangaben und Expertenschätzungen beruhen, anhand einer statistischen Auswertung betrieblicher Daten zu verifizieren. Dazu stehen mehrere Datensamples zur Verfügung, die im Bewertungsbericht 2014 näher beschrieben wurden. Die Auswertungen dauern noch an.

ELER-Code 216: Beihilfen für nichtproduktive Investitionen

Diese Maßnahme wurde mit dem 3. Änderungsantrag im Rahmen des Health Check neu in PROFIL aufgenommen (Förderrichtlinie „Spezieller Arten- und Biotopschutz“ vom 04.09.2012). Die Fördermaßnahme umfasst Bewirtschaftungsmaßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Entwicklung naturschutzfachlich wertvoller Offenlandflächen (insbesondere Kalktrockenrasen, Bergwiesen und Hochmoore) mit anschließender Nutzungsmöglichkeit.

Aufgrund der Heterogenität der Einzelmaßnahmen kam dem Fallstudienansatz eine besondere Bedeutung zu. Die Fallstudie in den Landkreisen Northeim, Goslar und Diepholz wurde 2014 begonnen und im Berichtsjahr abgeschlossen. Die Ergebnisse werden im **Kapitel 3.2.1** kurz zusammengefasst. Eine ausführliche Darstellung findet sich im Modulbericht im **Anhang 3**.

2.1.3 Schwerpunkt 3

ELER-Code 311: Diversifizierung

Im Frühsommer 2014 wurde im Rahmen der Evaluation der AFP-Diversifizierung (in Niedersachsen nicht gefördert) eine länderübergreifende schriftliche Primärerhebung bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Einkommenskombination durchgeführt. Ziel der Erhebung war die Beurteilung der Bedeutung landwirtschaftsnaher Einkommenskombinationen und die Identifizierung von Erfolgs- und Hemmfaktoren der Diversifizierung. Zu den Ergebnissen für Niedersachsen siehe **Kapitel 3.3.1**.

ELER-Code 322: Dorferneuerung und -entwicklung

Der wesentliche Arbeitsschritt im Berichtszeitraum war die erneute Durchführung der Dorfstudie. Bei der als Vorher-Nachher-Vergleich angelegten Fallstudie erfolgte entsprechend dem Untersuchungsdesign eine erneute Bereisung der ausgewählten Dörfer. Dabei fanden Dorfbegehungen

und Expertengespräche in den Dörfern statt. Die Gespräche wurden transkribiert und die Ergebnisse fließen in die Ex-post-Bewertung ein. Ein Ausschnitt dieser Ergebnisse ist im Vergleich mit Hessen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern im **Kapitel 3.3.2** zu finden.

Neben der regelmäßigen Auswertung der Förderdaten wurde im Berichtszeitraum die im Jahr 2012 begonnene Dorfdatenbank um die Förderdaten des Jahres 2014 ergänzt und erneut ausgewertet. Hintergrund der Erstellung der Dorfdatenbank ist die Sammlung von Daten über Dorferneuerungsdörfer, die in dieser Förderperiode hauptsächlich gefördert wurden. Die Ergebnisse werden ebenfalls in den Ex-post-Bericht einfließen.

2.1.4 Integrierte ländliche Entwicklungsprozesse in den Schwerpunkten 3 (ILEK/ILE-ReM) und 4 (Leader)

Der Schwerpunkt der Bewertungsaktivitäten im Hinblick auf die integrierten ländlichen Entwicklungsprozesse der Schwerpunkte 3 und 4 lag in der Vorbereitung und Durchführung einer Gesamtanalyse der verschiedenen bisher durchgeführten Erhebungen. Ziel dieser Analyse ist es insbesondere, Bedingungen zu identifizieren, unter denen die Förderung von integrierten Regionalentwicklungsprozessen erfolgreich ist. Zur Anwendung kommen verschiedene Verfahren(sschritte) multivariater Analysen wie explorative Faktoranalyse, Regressionsanalyse und Strukturgleichungsmodelle. Im Berichtszeitraum wurden erste Analyseschritte durchgeführt. Die Analyse wird in den kommenden Monaten abgeschlossen. Eine ausführliche Darstellung der Vorgehensweise findet sich in **Anhang 1**.

2.2 Programmdurchführung

Implementationskostenanalyse

Der Entwurf des Modulberichts zur Implementationskostenanalyse liegt der Staatskanzlei und der ELER-Verwaltungsbehörde seit August 2014 zur Abstimmung vor.

2.3 Programmwirkungen

Vertiefungsthema 2: Dynamik im Agrarsektor

Aufbauend auf weiteren statistischen Analysen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Zahlstellendaten und Agrarstatistiken wurden das Konzept und Untersuchungsfragen für die Fallstudien überarbeitet und spezifiziert. Ziel der Fallstudien ist es, Erklärungsansätze für die regionalspezifischen Wirkungszusammenhänge zwischen wesentlichen Determinanten der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit und dem *PROFIL*-Förderprogramm zu liefern.

Dazu werden in einem ersten Schritt in jeder Region Fokusgruppendifkussionen und Experteninterviews durchgeföhrt. Die Fokusgruppendifkussionen werden mit Beratern der Landwirtschaftskammer, privaten Beratern, Mitarbeitern der Bewilligungsstellen, Vertretern von Verbänden (z. B. Bauernverband und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft), Maschinenringen, dem Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich sowie Raiffeisen- und Volksbanken durchgeföhrt. Zusätzlich werden Interviews mit weiteren Experten aus diesen Bereichen geföhrt, um eine vielschichtige und ausreichende Grundlage zu haben, relevante Einflussfaktoren und Wirkungszusammenhänge in den Regionen ableiten zu können. In einem zweiten Schritt werden dann Fokusgruppendifkussionen mit Akteuren aus verschiedenen Regionen für die bundeslandübergreifenden Analysen durchgeföhrt.

Ergebnisse der ersten Runde der Fokusgruppendifkussionen und Experteninterviews in den zwei niedersächsischen Fallregionen sind in **Kapitel 3.4.1** zusammengefasst.

Vertiefungsthema 4: Wasser

Das Vertiefungsthema zur Bewertung der Programmwirkungen auf Grundwasser und Oberflächengewässer befindet sich in Bearbeitung. Schwerpunkte der Arbeit waren die Ermittlung der Programmwirkungen anhand der Indikatoren „Nährstoffbilanzsalden“ sowie „Nährstoffgehalte in Oberflächengewässer“. Gegenüber der Halbzeitbewertung fokussiert die Betrachtung der Nährstoffbilanzen auf die regionale Ebene. Die Wirkungen des Programms werden dabei maßnahmenübergreifend untersucht. Als Datengrundlage werden Berechnungen genutzt, die im Rahmen weiterer Projekte am Thünen-Institut für Ländliche Räume durchgeföhrt werden (vgl. Heidecke et al., 2014). Ein zweiter Schwerpunkt bestand in der Abschätzung der Wirkungen ausgewählter Maßnahmen auf diffuse Phosphoreinträge in Fließgewässer Niedersachsens und Bremens. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse ist in **Kapitel 3.4.2** zu finden.

Vertiefungsthema 5: Klima

Das Vertiefungsthema Klima untersucht die Programmwirkungen, unter Berücksichtigung aller relevanten Maßnahmen, auf Beiträge zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung. Letzteres wurde durch die Ex-post-Guidelines neu in den Bewertungskanon aufgenommen. Der Klimaschutzaspekt wird fachlich weiter differenziert in die Vermeidung von Treibhausgasemissionen, z. B. durch Steigerung der Energieeffizienz, energetische Gebäudesanierungen, Verzicht auf mineralische Stickstoffdüngung und die zusätzliche Bindung von CO₂, z. B. in Holzvorräten oder durch Humusaufbau. Ein weiterer Wirkungspfad ist die Substitution fossiler durch regenerative Energieträger. Die Bearbeitung versucht, soweit wie möglich Wirkungen in Form von CO₂-Äquivalenten zu quantifizieren und vorsichtige Effizienzbetrachtungen durchzuführen. Die Fertigstellung des Berichtes ist für Ende 2015 geplant.

Vertiefungsthema 6: Lebensqualität

Im Vertiefungsthema „Lebensqualität“ wurden die Aufarbeitung der methodischen Grundlagen und die quantitative Inzidenzanalyse auf Basis des ausgewählten Indikatorensets abgeschlossen.

Um die Frage zu klären, welche Wirkungen die Maßnahmen auf die verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität haben, wurden für alle Maßnahmenbereiche Wirkungspfade formuliert. Im nächsten Schritt galt es, den Stand der Evaluierungsergebnisse im Hinblick auf den Mitteleinsatz, die Wirkungsrichtung und den Umsetzungserfolg der einzelnen Maßnahmen zusammenzutragen. Hierzu war eine umfangreiche Befragung der jeweiligen Maßnahmenbearbeiter notwendig. Neben Ergebnissen zu einzelnen Indikatoren, die zur Operationalisierung der Dimensionen von Lebensqualität herangezogen werden können, war hierbei die für die Schwerpunkte 3 und 4 durchgeführte Zuwendungsempfängerbefragung eine wichtige Informationsquelle, um auch subjektive Einschätzungen zur Wirkungsweise der Maßnahmen berücksichtigen zu können. Nach Abschluss dieses Arbeitsschrittes erfolgt zusammenfassend eine Diskussion und Einordnung der Ergebnisse vor dem Hintergrund der im Literaturteil dargestellten Befunde aus der auf repräsentativen Fallzahlen basierenden Forschung zu Lebensqualität und Lebenszufriedenheit.

2.4 Netzwerkaktivitäten

Tabelle 1: Austausch mit EvaluatorInnen

Was?	Wer mit wem?
Stakeholder-Workshop des EU-Forschungsprojekts ENVIEVAL – Entwicklung und Anwendung neuer Methodengerüste für die Evaluation der Umweltwirkungen von Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum, 02.07. und 03.07.2014 in Budapest	Evaluatoren, ELER-Administration, Wissenschaftler
Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) „Professionalisierung in und für Evaluationen“ am 10.-12.09.2014 in Zürich, Session des AK Strukturpolitik zum Thema „Wie viel Evaluation steckt in Rechnungshofprüfungen?“	Evaluatoren, Auftraggeber, Wissenschaftler
DVS-/DVL-Tagung am 18./19.11.2014 in Gotha „Naturschutz und die Reform der Agrarpolitik – Bilanz, Erkenntnisse und der weitere Weg“	Evaluatoren, Auftraggeber, Wissenschaftler
Expertenworkshop zur Befragung von Pensionspferdehaltern in Niedersachsen, Braunschweig am 12.02.2015	Berater der LWK NI, Praktiker
Vortrag beim „Treffpunkt Direktvermarktung“ der LWK NI am 03.03.2015 in Barsinghausen: „Einkommensdiversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe: Bedeutung und Einflussfaktoren“	Berater der LWK NI, Praktiker
Workshop Ex-post-Evaluation 2007-2013 am 25.3.2015 in Kassel, ausgerichtet von MEN-D	Evaluatoren

Tabelle 2: Austausch mit der Wissenschaftsgemeinschaft

Was?	Wer mit wem?
Vortrag: Greening nationale Umsetzung und ihre Potenziale, auf dem Landesnaturschutztag, Mainz 06.05.2014 (Reiter).	VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Verbände
Vortrag: Demographic change: challenges and actions in rural development policy. Auf Jahrestagung der Regional Studies Association: Diverse regions: building resilient communities and territories : 16.-18.06.2014 ; Dokuz Eylül University, Izmir (Pollermann)	VertreterInnen aus Wissenschaft (international)
Vortrag: Kooperationen zwischen Dörfern, Gemeinden und Regionen: Ansätze für Zusammenarbeit in der Politik zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Ergebnisse aus der 7-Länder-Evaluation 2007-2015; Dorfsymposium Interdisziplinärer Arbeitskreis Dorfentwicklung (Bleiwäscher Kreis), Dipperz, 13./14.10.2014 (Moser, Peter)	VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Verbände
Tagung „Umbau statt Zuwachs“, Loccum, 1./2.12.2014 (Fengler)	VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Verbände
Vortrag: Greening und dessen potentielle Auswirkungen auf Agrarumweltmaßnahmen, TU Braunschweig, 03.12.2014 (Reiter)	Seminar im Rahmen der Vorlesung Agrarökologie
Netzwerktreffen Dorferneuerung und -entwicklung, Gotha, 10./11.03.2015 (Fengler; Peter)	VertreterInnen aus Verwaltung und Wissenschaft
Workshop zu TRUSTEE Task 3.3 “Governance on local level”: Vergleich unterschiedlicher Rahmenbedingungen von LEADER in Frankreich, Deutschland und Italien, INRA Paris 12.03.2015 (Pollermann, Raue, Schnaut)	VertreterInnen aus Wissenschaft
Vortrag: Tierschutzwirkungen der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum. Ergebnisse aus der Evaluierung der Maßnahme „Förderung umwelt- und tiergerechter Haltungsverfahren“ auf den KTBL-Tagen 2015 „Herausforderung Tierwohl“ 14. - 15.4.2015 (Bergschmidt)	VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Verbände
Symposium „Alle kommen zu Wort!“ – Moderation in der Dorfentwicklung, Göttingen, 20./21.04.2015 (Moser; Fengler; Peter)	VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Verbände

Tabelle 3: Mitwirkung an der Weiterentwicklung des CMEF

Was?	Wer mit wem?
Unterarbeitsgruppe der Bund-Länder AG Monitoring/Indikatoren – Monitoring Handbuch (Grajewski)	Für Monitoring Zuständige aus Bund und Ländern, MEN-D, BLE, Thünen-Institut
EU-Experten Ausschuss für Evaluation “Evaluation Expert Committee” (EEC), diverse Treffen (Grajewski)	Austausch der Mitgliedstaaten mit der EU-KOM über Evaluierungsfragen
Technical Meeting des Rural Development Committee (RDC), Brüssel (Grajewski)	Austausch der Mitgliedstaaten mit der EU-KOM über Monitoringfragen

2.5 Veröffentlichungen der ProjektmitarbeiterInnen

Veröffentlichungen von Mitgliedern des Projektteams, die im Zusammenhang mit der 7-Länder-Evaluation stehen:

- Bergschmidt A, Renziehausen C, Brinkmann J, March S (2014) Application of the welfare quality protocols for the evaluation of agricultural policies. In: Mounier L, Veissier I, (eds) Proceedings of the 6th International Conference on the Assessment of Animal Welfare at the Farm and Group Level WAFL 2014; Clermont-Ferrand, France; September 3-5, 2014. Wageningen: Wageningen Academic Publ, p 201
- Bergschmidt A, Renziehausen C, Brinkmann J, March S (2014) Tiergerechtheit landwirtschaftlicher Nutztierhaltung: Verbesserung durch ergebnisorientierte Honorierung? *Ländl Raum (ASG)* 65(2):32-33
- Eberhardt W, Küpper P, Steinführer A (2014) Was soll und kann Bürgerengagement leisten? Zur Übertragung von Verantwortung für die regionale Daseinsvorsorge an die Bürger: Nahversorgung und Feuerwehr im Vergleich. *Kritischer Agrarbericht*:168-172
- Eberhardt W, Pollermann K, Küpper P (2014) Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen: Impulse für die Praxis. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), 62 p
- Fährmann B, Schnaut G, Raue P (2014) Interview: "Für fondsübergreifende Ansätze müssen die Ressorts aufeinander zugehen und gemeinsame Strukturen schaffen". *LandInForm*(2):22-23
- Forstner B, Grajewski R (2014) Beurteilung von alternativen Finanzierungsarten und -instrumenten zur Umsetzung von investiv ausgerichteten Fördergrundsätzen der GAK. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 123 p, Thünen Working Paper 29
- Grajewski R, Meyer S (2014) Stand der Evaluation in der Strukturpolitik. In: Böttcher W, Kerlen C, Maats P, Schwab O, Sheikh S (eds) Evaluation in Deutschland und Österreich: Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DEGEval - Gesellschaft für Evaluation. Münster; New York; München; Berlin: Waxmann, pp 37-59
- Pollermann K (2014) Leitfaden zur Erstellung einer integrierten Entwicklungsstrategie zur Bewerbung als AktivRegion in der ELER Förderperiode 2014-2020 in Schleswig-Holstein : Stand 29.7.2014 [online]. Kiel: Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, 42 p, in: http://www.schleswig-holstein.de/UmweltLandwirtschaft/DE/NaturschutzForstJagd/17_laendlicheEntwicklung/01_AktivRegion/PDF/Leitfaden_blob=publicationFile.pdf>
- Pollermann K, Raue P, Schnaut G (2014) Beiträge von LEADER zur Daseinsvorsorge durch integrierte Entwicklungsstrategien und modellhafte Projekte. *Dortmunder Beitr Raumplanung* 143: 75-86.
- Pollermann K, Raue P, Schnaut G (2014) Demographic change: challenges and actions in rural development policy. In: *Diverse regions: building resilient communities and territories: Annual European Conference; Sunday 15th - Wednesday 18th June 2014 ; Dokuz Eylül University, Faculty of Business, Izmir, Turkey. Izmir: Dokuz Eylül University: 107-108.*
- Pollermann K, Raue P, Schnaut G (2014) Multi-level Governance in rural development: Analysing experiences from LEADER for a Community-Led Local Development (CLLD): Paper contribution for 54th European Regional Science Association (ERSA) Congress, 26th-29th August 2014 in St. Petersburg. 21 S.

- Pollermann K, Raue P, Schnaut G (2014) Opportunities for a participative approach in rural development: Findings from LEADER in Mecklenburg-Vorpommern and the requirements for Community Led Local Development. *Landbauforschung Appl Agric Forestry Res* 64(3/4): 127-138.
- Pollermann K (2014) Processes of cooperation in rural areas: obstacles, driving forces, and options for encouragement. In: Kasabov E (ed) *Rural cooperation in Europe: in search of the 'relational rurals'*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan: 210-227
- Röder N, Osterburg B, Liebersbach H, Bormann K (2014) Faktencheck Agrarpolitik : Beitrag der EU-Agrarreform zur Bewirtschaftung organischer Böden im Einklang mit Natur- und Klimaschutz - Möglichkeiten und Grenzen. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 58 p, Thünen Working Paper 24

3 Ausgewählte Ergebnisse

3.1 Schwerpunkt 1

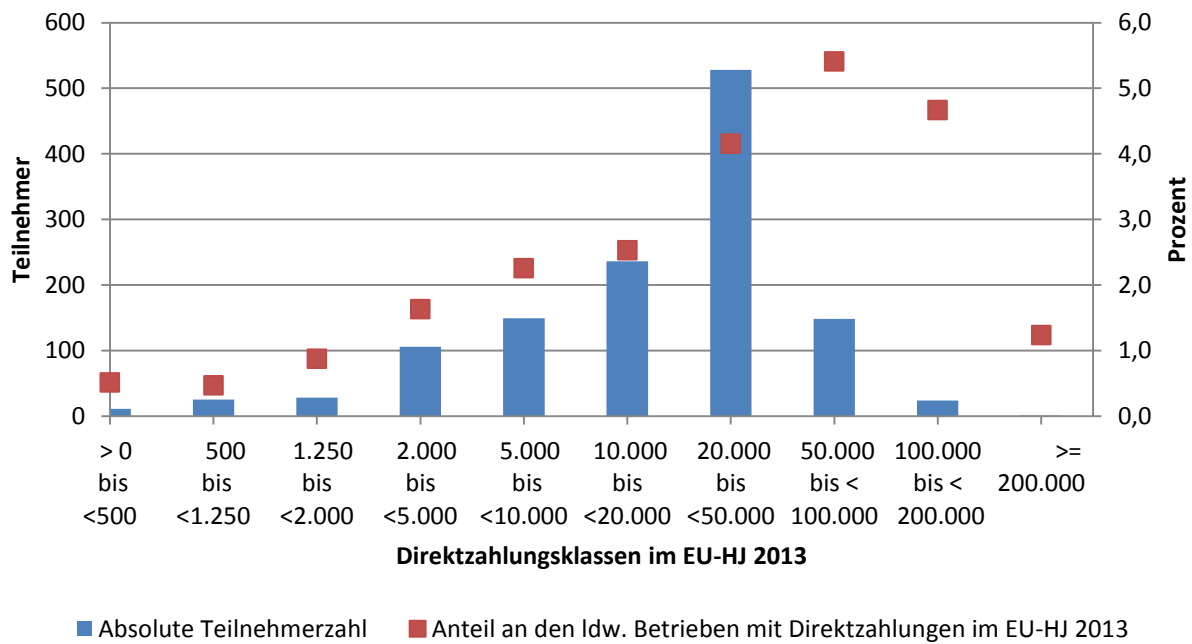
3.1.1 Berufsbildung und Einzelbetriebliche Beratung (ELER-Codes 111 und 114)

Nachfolgend wird die betriebsgrößenabhängige und regionale Inanspruchnahme von Berufsbildungsmaßnahmen (111) und einzelbetrieblicher Beratungsförderung (114) bei landwirtschaftlichen Betrieben analysiert. Grundlage bilden die Daten der Zahlstelle aus der sogenannten „X-Liste“ für die 1. und 2. Säule der GAP. Zunächst wurden die landwirtschaftlichen Betriebe ermittelt, die im EU-Haushaltsjahr (HJ) 2013 Direktzahlungen erhalten haben. Für diese Betriebe wurde in einem weiteren Auswertungsschritt analysiert, ob sie im Zeitraum der EU-Haushaltsjahre 2007 bis 2014 mindestens einmal an einer der o. g. Maßnahmen teilgenommen haben. Die Ergebnisse wurden nach Direktzahlungsklassen und Regionen zusammengefasst.

3.1.1.1 Berufsbildungsmaßnahmen (ELER-Code 111)

Gemäß der Richtlinie können neben landwirtschaftlichen BetriebsleiterInnen auch Auszubildende, mithelfende Familienangehörige u. ä. eine Förderung erhalten. Landwirtschaftliche Betriebsinhaber bilden somit nur eine Teilmenge des Teilnehmerspektrums ab. Des Weiteren können Interessenten auch mehrfach an Kursen teilnehmen. **Abbildung 1** stellt hingegen nur die grundsätzliche Inanspruchnahme (mindestens ein Kurs im Zeitraum 2007 bis 2014 besucht) dar. Insgesamt lag der Anteil an landwirtschaftlichen Betrieben, die an einer oder mehreren Berufsbildungsmaßnahmen teilgenommen haben, bei rund drei Prozent. Interpretiert man den Umfang an Direktzahlungen als Maß für die Betriebsgröße, so nimmt die Weiterbildungsneigung auf niedrigem Niveau mit zunehmender Betriebsgröße zu. Nur in den beiden höchsten Klassen ist ein zurückgehendes Interesse zu verzeichnen.

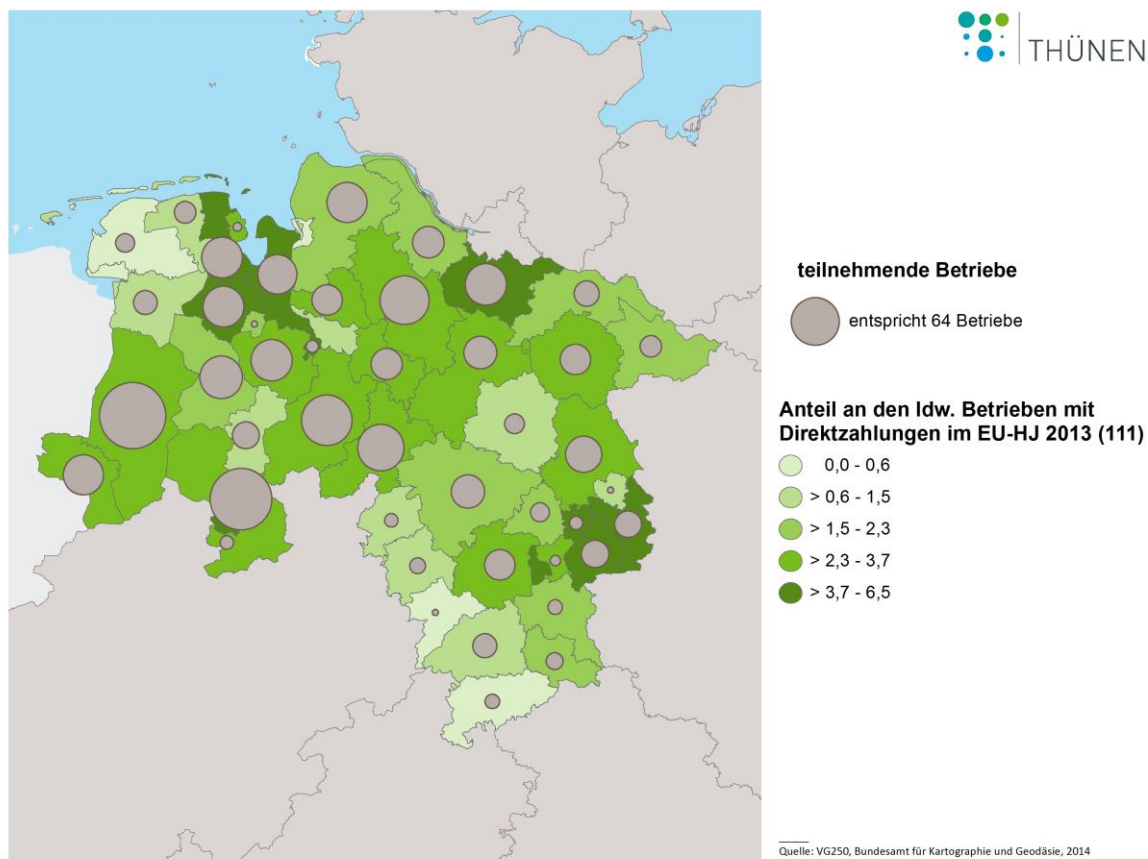
Abbildung 1: Inanspruchnahme von Berufsbildungsmaßnahmen nach Betriebsgröße (Höhe Direktzahlungen) im Zeitraum 2007 bis 2014



Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Zahlstelle Niedersachsen.

Die absoluten Zahlen der an Berufsbildungsmaßnahmen teilnehmenden Betriebe sind räumlich sehr unterschiedlich verteilt (s. **Karte 1**). Die meisten Teilnehmenden finden sich in den westlichen Landesteilen Niedersachsens. In Relation zu den insgesamt im EU-HJ 2013 vorhandenen Betrieben mit Direktzahlungen lassen sich einige regionale Schwerpunkte erkennen.

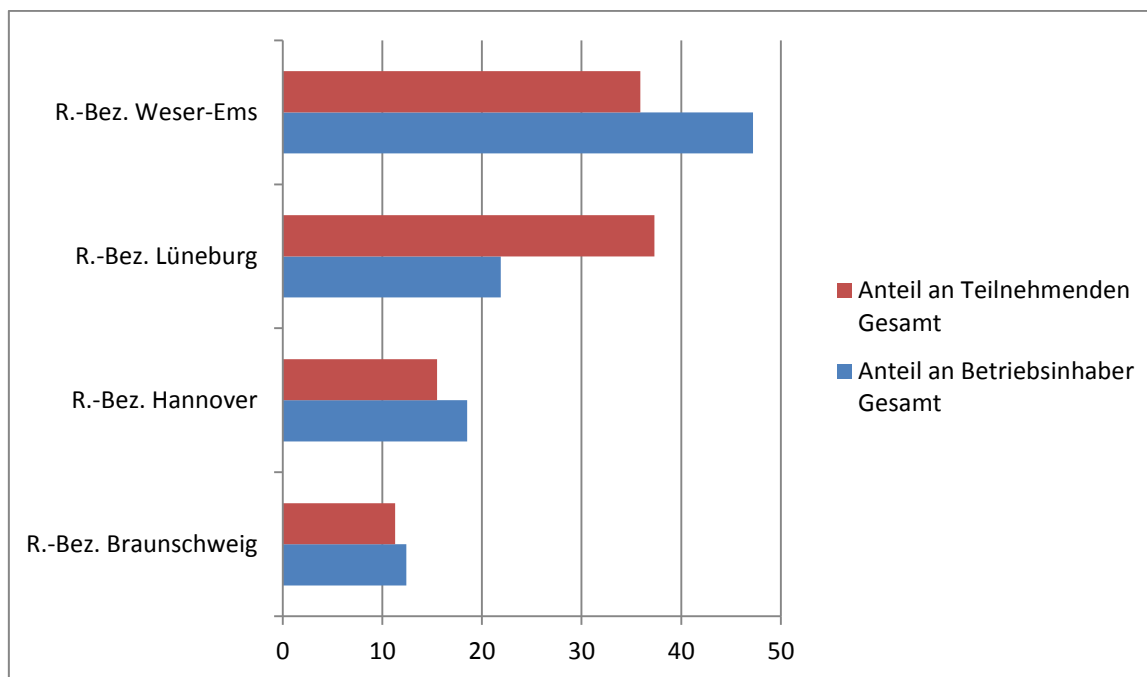
Karte 1: Inanspruchnahme der Berufsbildungsmaßnahme durch landwirtschaftliche Betriebe im Zeitraum 2007 bis 2014



Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Zahlstelle Niedersachsen.

Die regionalen Schwerpunkte treten auf Basis der statistischen Regionen (ehemalige Regierungsbezirke) deutlich hervor (s. **Abbildung 2**). Fast 70 % der Betriebsinhaber bzw. fast drei Viertel der Teilnehmenden insgesamt stammen aus den Landkreisen in den Regionen Weser-Ems und Lüneburg im Westen bzw. Nordwesten von Niedersachsen.

Abbildung 2: Regionale Verteilung der Betriebsinhaber und der Teilnehmenden insgesamt an Weiterbildungsveranstaltungen im Zeitraum 2010 bis 2013, in Prozent aller Teilnehmenden

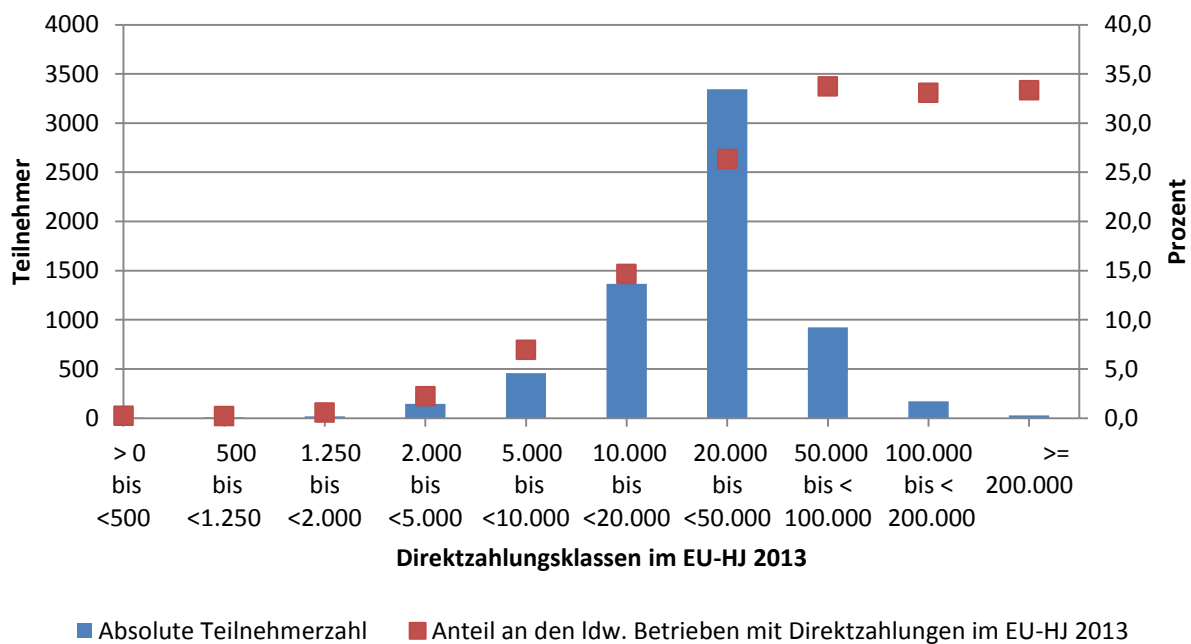


Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten in den vorgelegten Teilnehmerlisten der Bildungsträger.

3.1.1.2 Einzelbetriebliche Beratung (ELER-Code 114)

Die Einzelbetriebliche Beratung ist von 13 % der Betriebe, die im EU-HJ 2013 Direktzahlungen erhielten, in Anspruch genommen worden. Das Interesse an einer Teilnahme nimmt mit steigender Betriebsgröße zu, wie **Abbildung 3** zeigt. Bei Betrieben, die mehr als 20.000 Euro an Direktzahlungen im EU-HJ 2013 erhielten, wurden im betrachteten Zeitraum mehr als ein Viertel der Betriebe beraten.

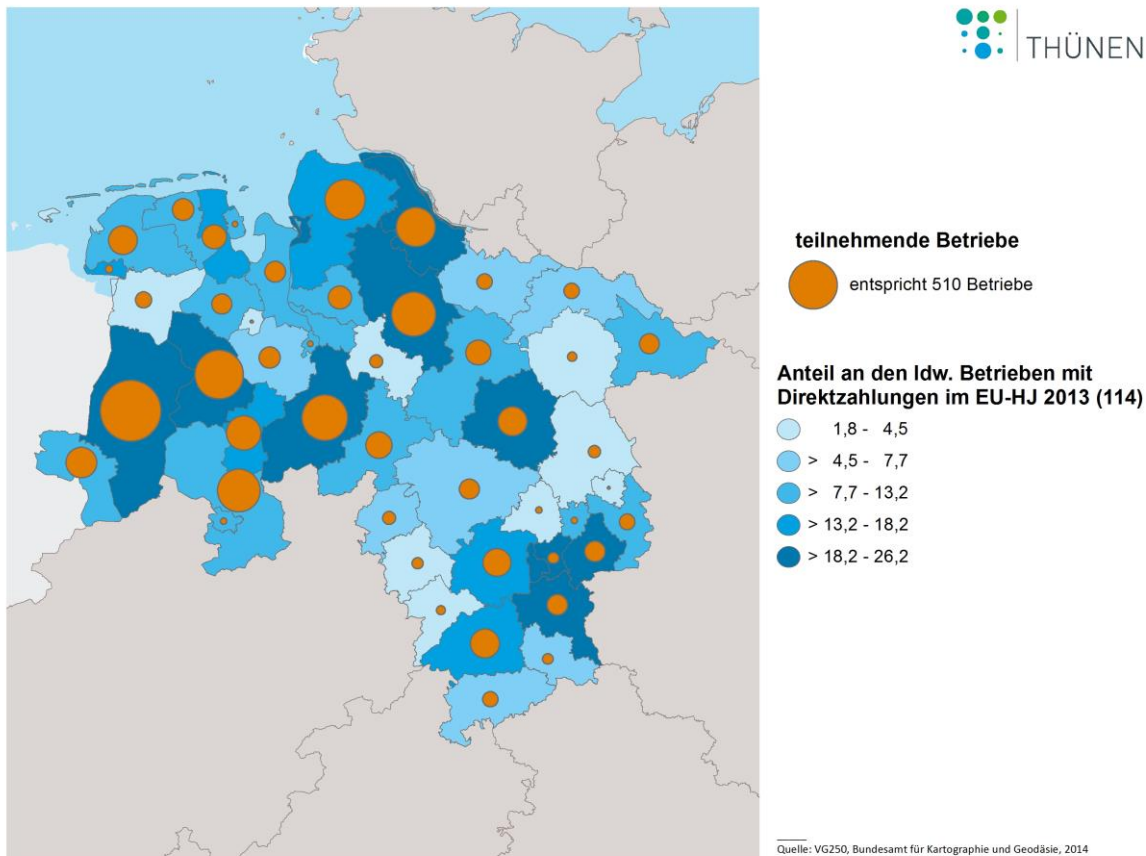
Abbildung 3: Inanspruchnahme der Einzelbetrieblichen Beratung nach Betriebsgröße (Höhe Direktzahlungen) im Zeitraum 2007 bis 2013



Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Zahlstelle Niedersachsen.

Die meisten Teilnehmerbetriebe kamen aus den westlichen Landesteilen Niedersachsens und drei Landkreisen in der statistischen Region Lüneburg (Cuxhaven, Stade und Rotenburg). Hier lag z. T auch der relative Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe mit Direktzahlungen hoch. Einen hohen Teilnehmeranteil mit 20 und mehr Prozent aller Betriebe findet man aber auch in den Landkreisen Rotenburg und Stade, in Celle und südlich von Braunschweig in den Kreisen Wolfenbüttel und Goslar (s. **Karte 2**).

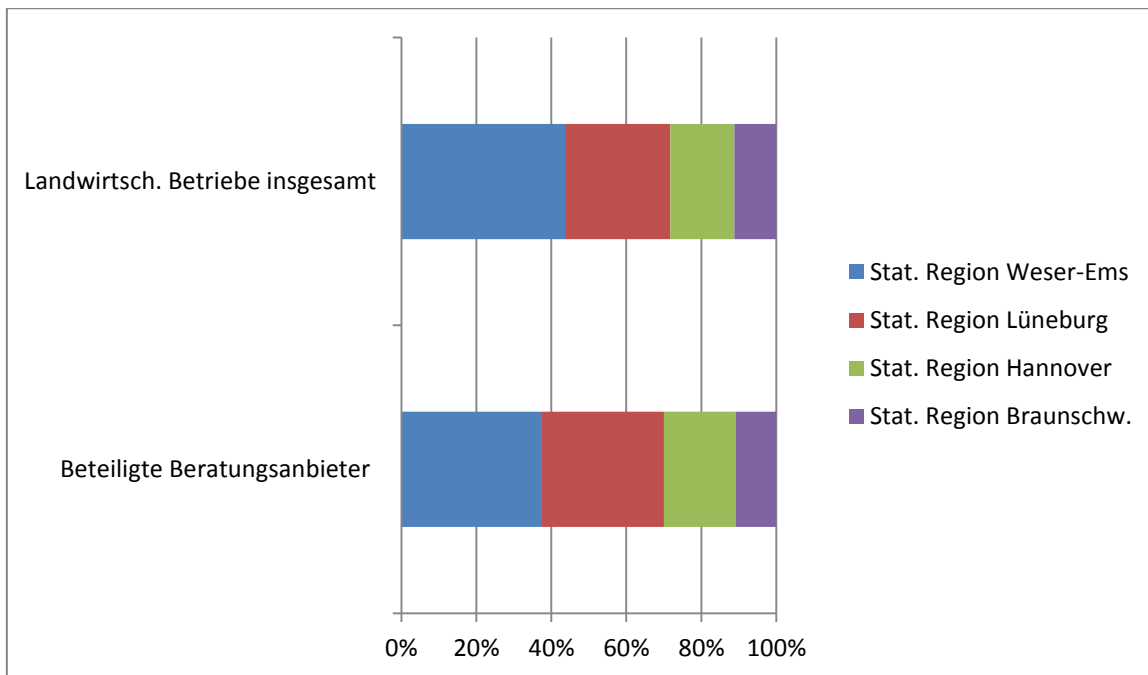
Karte 2: Inanspruchnahme der Einzelbetrieblichen Beratung im Zeitraum 2007 bis 2013



Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Zahlstelle Niedersachsen.

Die regionale Verteilung der an der einzelbetrieblichen Beratung teilnehmenden Betriebe entspricht ungefähr der Verteilung der beteiligten Beratungsanbieter und der insgesamt vorhandenen Betriebe in Niedersachsen. Rund zwei Drittel der im Rahmen dieser ELER-Maßnahme aktiven Beratungsanbieter und rund 72 % der niedersächsischen Betriebe sind in den Regionen Weser-Ems und Lüneburg ansässig (s. **Abbildung 4**). In den Jahren 2007 bis 2013 haben insgesamt 144 Beratungsanbieter in unterschiedlichen Zeiträumen geförderte Beratungen durchgeführt, davon 30 Anbieter in jedem der sieben Förderjahre. Eine überdurchschnittliche Inanspruchnahme an der einzelbetrieblichen Beratung ist in der Region Weser-Ems mit ihren vorwiegend tierhaltenden Betrieben zu verzeichnen. Ihr Anteil an den niedersächsischen Betrieben 2010 beträgt rund 44 % und in den Jahren 2010 bis 2013 über 52 % bei den durchgeführten Beratungen.

Abbildung 4: Regionale Verteilung der beteiligten Beratungsanbieter im Zeitraum 2007 bis 2013 und der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe 2010



Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Bewilligungsstelle und der Landwirtschaftszählung 2010.

3.1.2 Einzelbetriebliche Investitionsförderung (ELER-Code 121)

Mit der Agrarreform 2014 wurden die AFP-Förderungsgrundsätze der GAK umfassend reformiert mit der Folge, dass die Erfüllung besonderer Anforderungen aus mindestens einem der Bereiche Verbraucher-, Umwelt- oder Klimaschutz nun Fördervoraussetzung ist. In Niedersachsen und Bremen wurde die Erfüllung besonderer Anforderungen zur Verbesserung des Tierschutzes und der Tierhygiene gemäß der Anlage 1 der Förderrichtlinie Fördervoraussetzung für die Basisförderung in Höhe von 20 % des zuwendungsfähigen Investitionsvolumens. Bei Erfüllung der Anforderungen für „bestmögliche tiergerechte Haltung“ gemäß der Anlage 2 der Förderrichtlinie beträgt der Fördersatz nunmehr 30 % der Bemessungsgrundlage bei Investitionen in Rinderställe und 40 % bei anderen Stallbauten. Das maximal förderfähige Investitionsvolumen beträgt 1,0 Mio. Euro gegenüber 0,75 Mio. Euro im Vorjahr. Neu in Niedersachsen und Bremen ist die Junglandwirteförderung (JLF) in Höhe von zusätzlich 10 %-Punkten zum Fördersatz (maximal 40 %) bzw. maximal 20.000 Euro.

3.1.2.1 Outputanalyse

In **Tabelle 4** wird das Fördergeschehen in den Jahren 2013 und 2014 miteinander verglichen. Da aufgrund der verschärften Fördervoraussetzungen – namentlich aufgrund der 2 GV/ha-Grenze –

das ML einen Rückgang der Zahl der Anträge gegenüber den Vorjahren um 75 % erwartete, wurde der Mittelantrag für 2014 deutlich zurückgefahren. Dies zeigt sich in der drastischen Reduzierung sowohl der Anzahl der Anträge als auch des förderfähigen Investitionsvolumens und der beantragten Zuschüsse. Das mittlere förderfähige Investitionsvolumen je Förderfall ist dagegen nahezu konstant geblieben; bei den mittleren Zuschüssen und damit auch beim Subventionswert ist umgekehrt sogar ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Tabelle 4: Fördergeschehen 2013 und 2014 im Vergleich

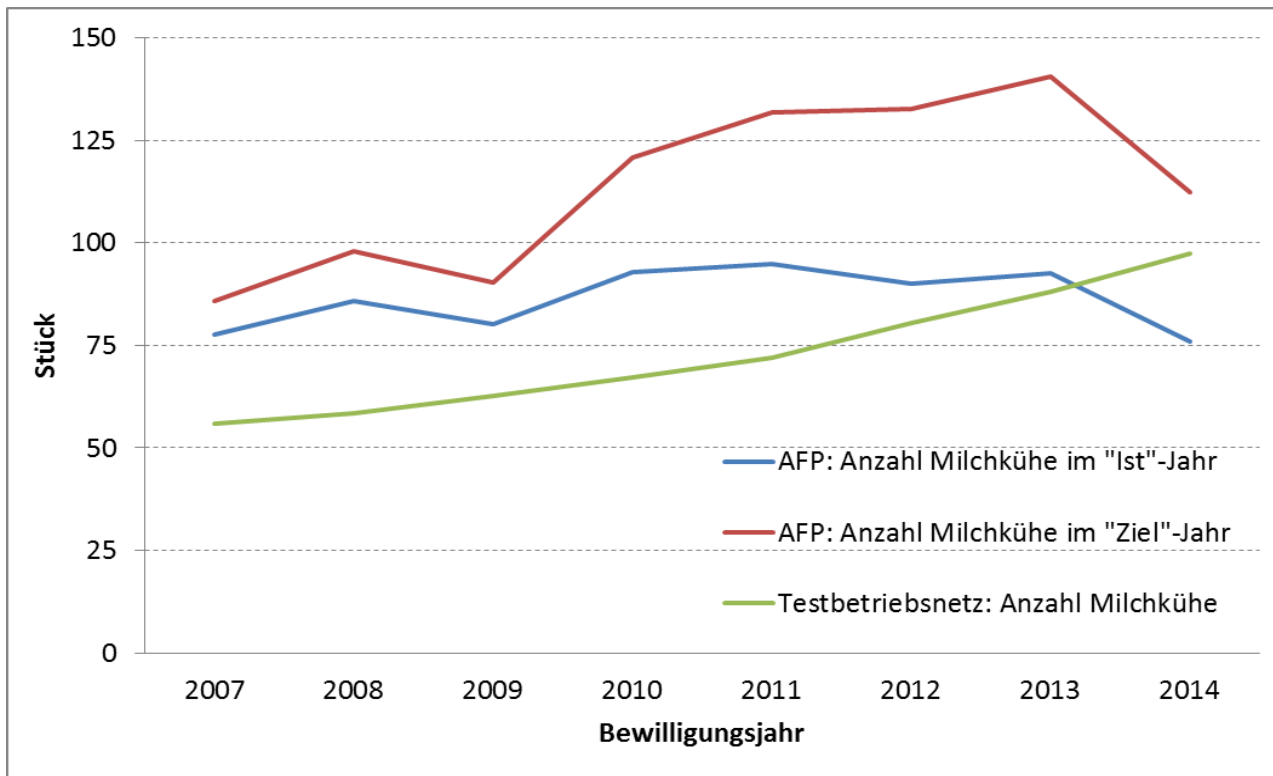
	2013	2014	Differenz
Anzahl Förderfälle	418	61	-85,4 %
... davon Ökobetriebe	13 (3,1 %)	4 (6,6 %)	-
... davon mit JLF	-	4	-
Förderfähiges Investitionsvolumen	241,28 Mio. Euro (577.000 Euro/Vorhaben)	33,60 Mio. Euro (551.000 Euro/Vorhaben)	-86,1 % (-4,6 %)
Summe Zuschüsse	43,48 Mio. Euro (104.000 Euro)	8,29 Mio. Euro (136.000 Euro)	-80,9 % (+30,6 %)
Mittlerer Subventionswert	19,8 %	25,9 %	+30,8 %

Quelle: AFP Bewilligungsdaten (2013), Investitionskonzepte (2014); eigene Berechnungen; JLF = Junglandwirteförderung.

2013 lag der mittlere Subventionswert aller Förderfälle unterhalb des Regelfördersatzes von 20 %. Dies ist darauf zurückzuführen, dass 128 von 418 Förderfällen (30,6 %) mit umfangreichen Investitionen von der Deckelung des förderfähigen Investitionsvolumens auf 0,75 Mio. Euro betroffen waren. Im Jahr 2014 lagen dagegen nur 12 von 61 (19,7 %) Förderanträgen über dem maximal förderfähigen Investitionsvolumen von 1,0 Mio. Euro.

Förderschwerpunkt des AFP waren in der Förderperiode 2007-2013 Rationalisierungs- und Wachstumsinvestitionen in der Milchviehhaltung (Stallneubau, Melk- und Fütterungstechnik). Im Laufe der Förderperiode ergaben sich diesbezüglich wesentliche Veränderungen, die sich in der **Abbildung 5** widerspiegeln. Zu Beginn der Förderperiode war eine AFP-Förderung nur innerhalb der nachgewiesenen betrieblichen Milchreferenzmenge (nach Abschluss der Investition) möglich. Folglich planten die AFP-geförderten Milchviehbetriebe in den Bewilligungsjahren 2007, 2008 und 2009, ihre Milchviehbestände bis zum Abschluss des geförderten Vorhabens im „Ziel“-Jahr nur geringfügig aufzustocken. Die geförderten Betriebe hatten allerdings – im Verhältnis zu spezialisierten niedersächsischen Milchviehbetrieben im deutschen Testbetriebsnetz – vor der Durchführung der geförderten Investition (im „Ist“-Jahr) überdurchschnittlich große Milchviehbestände. Mit dem Erlass des ML vom 06.10.2009 entfiel diese Wachstumsbeschränkung. So wurden in den folgenden Bewilligungsjahren umfangreichere Wachstumsinvestitionen von den AFP-Fördermittelempfängern geplant (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Entwicklung der Milchkuhbestände von AFP-geförderten Betrieben und von Referenzbetrieben des BMEL-Testbetriebsnetzes



Quelle: AFP-Investitionskonzepte 2007-2014 (n = 2.164), BMEL-Testbetriebsnetz; eigene Berechnungen

Die betrieblichen Wachstumsschritte und damit die Inanspruchnahme der AFP-Förderung sind als Vorbereitung der Milchviehhalter auf das Ende der Milchquotenregelung zum 31.03.2015 zu sehen. Die Attraktivität der Fördermaßnahme hat sich dabei seit 2011 durch folgende Änderungen sukzessive verringert:

- Absenkung des Regelfördersatzes von 25 % auf 20 %,
- Streichung des erhöhten Fördersatzes bei Erfüllung besonderer Anforderungen gemäß der Anlage 1 der Förderrichtlinie für Investitionen in die Rinderhaltung und
- Absenkung des maximal förderfähigen Investitionsvolumens von ursprünglich 1,5 Mio. Euro auf 0,75 Mio. Euro im Jahr 2013.

Außerdem führten die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen für landwirtschaftliche Investitionen ab etwa 2010 dazu, dass geplante Investitionen auch ohne Förderung einfacher finanziert werden konnten.

Förderschwerpunkt im AFP 2014 ist der Tierschutz, des Weiteren Umwelt- und Klimaschutz. Zwar waren die Fördersätze wieder höher als zuvor (s. o.). Jedoch schlossen zusätzliche Fördervoraussetzungen und -auflagen (wie das Erfüllen der Anlage 1 für die Regelförderung, Obergrenzen bei

den Tierzahlen nach Abschluss der geförderten Investition (z. B. 300 Rinder), Einhaltung eines Tierbesatzes von max. 2 GV/ha LF sowie das geforderte Vorhandensein einer Güllelagerkapazität für mindestens 9 Monate) zahlreiche investitionswillige Betriebe, insbesondere größere und intensiv wirtschaftende, von vornherein von der Förderung aus. Folglich sind die durchschnittlichen Kuhbestände der geförderten Betriebe 2014 deutlich gesunken (vgl. Abbildung 5).

3.1.2.2 Wirkungsanalyse

Im Rahmen des EU-Monitorings wurden die Analysen des Vorjahres fortgeschrieben mit Daten des Bewilligungsjahres 2011 und des Wirtschaftsjahres 2013/14 der Auflagenbuchführung der geförderten Betriebe. Wie in den Vorjahren ergeben diese Vorher-Nachher-Vergleiche bei 163 untersuchten Milchviehbetrieben einen Wachstumssprung. So stockten die Betriebe ihre Milchkuhbestände (MK) im Mittel um rund 35 % auf und steigerten den Betriebsertrag (BE) sowie die Bruttowertschöpfung (BWS) um 66 % bzw. 59 %. Gleichzeitig ging im Mittel der Betriebe die Zahl der Voll-Arbeitskräfte (AK) um 9 % zurück, d. h. der Wachstumseffekt wird bezüglich der Beschäftigung durch den Rationalisierungseffekt überkompensiert. Auch strukturell vergleichbare Milchviehbetriebe¹ des deutschen Testbetriebsnetzes in Niedersachsen wuchsen innerhalb dieses Zeitraumes. Diese erhöhten ihren Milchviehbestand allerdings nur um 17 % und konnten den Betriebsertrag lediglich um 17 % sowie die Bruttowertschöpfung um 32 % steigern. Die Zahl der Voll-Arbeitskräfte erhöhte sich bei den Testbetrieben leicht um 5 %, aber eben auch deutlich weniger als die Zahl der Milchkühe, so dass auch hier im Mittel der Testbetriebe ein Rationalisierungseffekt zu verzeichnen ist.

3.1.3 Verarbeitung und Vermarktung (ELER-Code 123)

Der Schwerpunkt der Arbeiten für diese Maßnahme lag – neben der fortlaufenden Aufbereitung von Förderdaten und der Auswertung vorliegender Projektabschlussbögen (n=47; Stand: März 2015) – in der Durchführung einer ergänzenden Befragung in Form von Telefoninterviews mit etwa 50 % der geförderten Unternehmen.² Den Interviewteilnehmern wurde vor dem jeweils 30- bis 45-minütigen Gespräch ein eigens entwickelter Interviewleitfaden zugesandt, um zu gewährleisten, dass die Fragen möglichst vollständig beantwortet werden können. Bei der Auswahl der untersuchungsrelevanten Zuwendungsempfänger war die sektorale Verteilung der Förderfälle unter Berücksichtigung des Zuwendungsvolumens entscheidend. Das Ziel der Primärerhebung ist u. a. die Schaffung einer breiteren und präziseren Bewertungsgrundlage der Fördermaßnahme,

¹ Es wurden nur Betriebe verglichen, deren Betriebsertrag im Jahr 2011, bei den geförderten Betrieben also vor der Umsetzung des geförderten Vorhabens, 150.000 bis 500.000 Euro betrug.

² Die Erhebung fand zeitgleich in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hessen statt. Die Untersuchung schließt insgesamt 100 Unternehmen ein, weshalb eine telefonische Befragung aus Zeit- und Kostengründen der persönlichen Befragung vor Ort vorgezogen wurde.

wobei insbesondere die Wirkungen der geförderten Investitionen im Vordergrund stehen. Erste vorläufige Ergebnisse hierzu werden im Anschluss, gemeinsam mit Ergebnissen der ausgewerteten Evaluierungsbögen, vorgestellt. Dabei steht die Wirkungserfassung, die sich an der Beantwortung der CMEF-Fragen orientiert, im Vordergrund. Darüber hinausgehende Aspekte und ein Bezug zu Ergebnissen der Befragung aus den anderen Bundesländern werden im Ex-post Bericht dargestellt.

3.1.3.1 Maßnahmenvollzug

Seit Beginn der Fördermaßnahme 2007 wurden in den Bundesländern Niedersachsen und Bremen insgesamt 68 Projekte mit etwa 184,2 Mio. Euro an förderfähigen Kosten und 40,8 Mio. Euro Zuschuss bewilligt.³ Das entspricht ca. 81 % der ursprünglich eingeplanten öffentlichen Mittel bzw. 68 % der ursprünglich geplanten Projektvorhaben. Die Projekte verteilen sich auf die Sektoren Getreide und Saatgut (21), Obst und Gemüse (13), Kartoffeln (11), Fleisch (11), Milch (7), Eier und Geflügel (4) und Sonstige (1) (vgl. **Tabelle 5**).

Ein etwas differenziertes Bild zeigt sich in der sektoralen Verteilung der bewilligten Mittel, bei der im Vergleich zur Anzahl der Förderfälle ein deutlicher Anteilszugewinn des Milchsektors sowie ein etwas weniger ausgeprägter Anteilszugewinn im Fleischsektor zu erkennen ist. Dies ist auf die relativ großen Investitionsvorhaben zurückzuführen, die sowohl im Milch- (5,5 Mio. Euro) als auch im Fleischsektor (3,4 Mio. Euro) höher ausfielen als im Durchschnitt aller Projekte (2,7 Mio. Euro).

Tabelle 5: ELER-Code 123: Förderfälle und bewilligte Fördermittel nach Sektoren

Sektor	Förderfälle		Förderfähige Kosten		Zuschuss	
	(absolut)	(%)	(Euro)	(%)	(Euro)	(%)
Getreide und Saatgut	21	30,9	53.093.236	28,8	11.538.995	28,3
Obst und Gemüse	13	19,1	25.461.521	13,8	5.735.475	14,1
Fleisch	11	16,2	37.211.170	20,2	7.983.645	19,6
Kartoffeln	11	16,2	22.777.719	12,4	5.413.403	13,3
Milch	7	10,3	38.725.487	21,0	8.552.781	21,0
Eier und Geflügel	4	5,9	6.369.157	3,5	1.441.549	3,5
Sonstiges	1	1,5	547.227	0,3	136.807	0,3
Summe	68	100,0	184.185.516	100,0	40.802.655	100,0

Quelle: Sachstand der Evaluierung April 2014 (LWK)

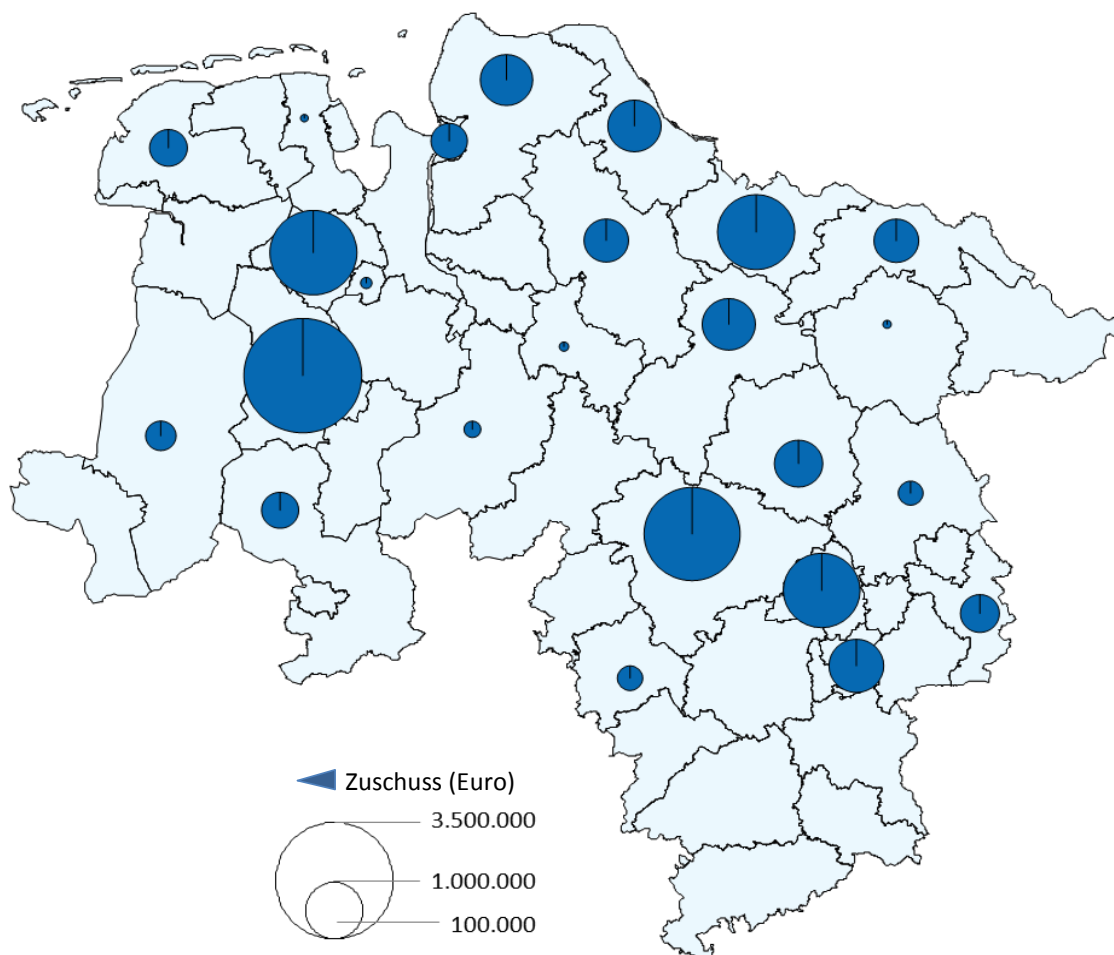
³ Sachstand Evaluierung April 2014 (LWK, 2014); ohne Projekte mit Totalsanktionen, aufgehobenen oder widerrufenen Zuwendungsbescheiden. Eine fehlende Zuordnung von Sektoren wurde ergänzt durch Daten aus den Erhebungsbögen.

3.1.3.2 Datenmaterial

Wie eingangs erwähnt, werden die wesentlichen Wirkungen der Fördermaßnahme im Rahmen der Beantwortung der CMEF-Fragen erfasst. Für die Auswertung auf Basis der Evaluierungsbögen lagen insgesamt 47 abgeschlossene Projekte mit einem Gesamtvolumen an förderfähigen Kosten in Höhe von 106,7 Mio. Euro und 23,3 Mio. Euro Zuschuss vor. Damit decken die betrachteten Fälle 57 % der bis Ende 2013 bewilligten Zuschüsse ab. Die sektorale Verteilung der Projekte entspricht in etwa dem Stand der Bewilligungsdaten (vgl. Tabelle 5). Räumlich konzentrieren sich die Förderfälle eng an den Produktionsrichtungen der Landwirtschaft. Die räumliche Verteilung der Zuschüsse (vgl. **Karte 3**) zeigt hingegen, dass die meisten Fördergelder den Landkreisen Cloppenburg (relativ große Investitionen) und der Region Hannover (relativ viele Projekte; n=6) zufließen.

Bei der Auswertung der Daten wurden mehrfach geförderte Betriebsstätten zusammengefasst, um Doppelzählungen zu vermeiden. Daraus ergaben sich 40 Betriebsstätten, von denen zwei aus der Wirkungsanalyse ausgeschlossen wurden, da es sich um Neugründungen handelte, die zu verzerrten Ergebnissen (Über- und/ oder Unterschätzung) führen würden.

Im Rahmen der Befragung sollten etwa 50 % der in Niedersachsen geförderten Unternehmen abgedeckt werden, was zu einem Stichprobenumfang von n=22 führte. Diese ausgewählten Unternehmen bilden insgesamt 37 Projekte mit einem Gesamtvolumen an förderfähigen Kosten in Höhe von 140,5 Mio. Euro und 30,8 Mio. Euro Zuschüssen (76 % der insgesamt bewilligten Mittel) ab. Die Auswahl der befragten Unternehmen orientierte sich an der sektoralen Förderfallverteilung, so stammen die untersuchten Fälle aus den Sektoren Fleisch, Milchverarbeitung, Getreide und Saatgut, Obst und Gemüse sowie Kartoffeln.

Karte 3: ELER-Code 123: Zuschüsse in den Landkreisen Niedersachsens

Quelle: Auf Basis der Daten der Erhebungsbögen (n=47), sowie durch Ergänzungen der LWK.

3.1.3.3 Ergebnisse

Frage I: Inwieweit haben die geförderten Investitionen zur Einführung von neuen Technologien und Innovationen beigetragen?

Unter „Innovation“ wird seitens der EU die Fähigkeit verstanden, „(...) neue Ideen aufzugreifen und sie durch die Verwendung neuer Verfahren, Produkte oder Dienstleistungen besser und schneller als die Konkurrenz in kommerzielle Ergebnisse umzusetzen.“ (EU-KOM, 2010).

Ergebnisse aus den Erhebungsbögen

Für die Beurteilung des Beitrags der geförderten Investitionen zur Einführung von neuen Technologien und Innovationen wurden aus den Erhebungsbögen folgende Kennzahlen herangezogen:

- Haupt- und Nebenziele der Investitionen,⁴
- Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Gesamtumsatz, Markteinführung von neuen Produkten und Produktlinien,⁵
- Anzahl von neu eingeführten Technologien im Unternehmen/in der Branche.

In Hinblick auf die Einführung von Innovationen geht aus den Abschlussbögen hervor, dass die geförderten Investitionen keinen nennenswerten Beitrag leisten. Das zeigen einerseits die mit der geförderten Investition verbundenen Ziele der Zuwendungsempfänger (ZE). So wurde zwar in 28 Fällen (60 %) Innovation als ein relevantes Investitionsziel angegeben, jedoch fiel die Gewichtung mit durchschnittlich 10,6 % relativ gering aus.⁶ Dies entspricht etwa 2,6 Mio. Euro an gewährten Zuschüssen (vgl. **Tabelle 6**).

Tabelle 6: ELER-Code 123: Haupt- und Nebenziele der Investition

Zielkategorie	Ø Gewichtung	Ø Gewichtung*Zuschuss	Zielnennung	kein Ziel	Summe
	(%)	(€)	(Anzahl)	(Anzahl)	(Anzahl)
Wettbewerbsfähigkeit	50,3	10.936.468	47	0	47
Qualität	31,4	7.513.750	45	2	47
Innovation	10,6	2.591.382	28	19	47
Sonstiges	2,4	537.896	11	36	47
Umwelt	5,2	1.692.438	26	21	47
Summe	100,0	23.271.934			

Eigene Berechnung auf Basis von n=47 Projektabschlussbögen

Zum anderen waren die durchschnittlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung⁷, die als Hinweis auf Innovationsaktivitäten der Unternehmen/Betriebe interpretiert werden können, sowohl vor Durchführung der geförderten Investitionen (0,30 %) als auch in der anschließenden Betrachtung (0,45 %) vergleichsweise gering. Die Zahl der Betriebsstätten, die überhaupt Ausgaben für F&E tätigten (n=8 bzw. 21 %), veränderte sich hingegen nicht, so dass der zu beobachtende Anstieg der Ausgaben für F&E auf diese 8 Betriebsstätten zurückführbar ist (vgl. **Tabelle 7**). Wie bereits in der Halbzeitbewertung 2010 erläutert, sind die als gering einzustufenden Innovationsaktivitäten vornehmlich auf die Größenbeschränkung der Fördermaßnahme zur Marktstrukturverbesserung auf KMU zurückzuführen. Solche Aktivitäten finden eher in F&E-Abteilungen

⁴ Erhebungseinheit sind Projekte (n=47).

⁵ Erhebungseinheit sind Betriebsstätten (n=40); davon werden die zwei Neugründungen nicht betrachtet.

⁶ Jeder Förderempfänger musste die mit der Investition verbundenen Ziele gewichten. Es standen dabei die in Tabelle 6 aufgeführten Kategorien zur Verfügung. Die Angaben mussten sich je Projekt zu 100 % aufsummieren.

⁷ Gemessen am Gesamtumsatz.

größerer Marktteilnehmer und/oder im Verbund mit Universitäten und Forschungseinrichtungen statt.⁸

Tabelle 7: ELER-Code 123: F&E-Aktivitäten

Kennzahlen	Vorher	Nachher	Veränderung	
			(absolut)	(relativ)
Ausgaben für F&E/ \emptyset Gesamtumsatz	0,26	0,38	0,12	47 %
Betriebsstätten mit F&E-Aktivitäten	8	8	0	0 %

Quelle: Eigene Berechnung; n=38 Betriebsstätten.

Die betriebliche Einführung von neuen Produkten und Produktlinien kann ebenfalls auf Innovationen hindeuten. Es ist allerdings zu beachten, dass nicht jedes auf Betriebsebene neu eingeführte Produkt oder jede neue Produktlinie zwangsläufig eine Innovation darstellt. Betrachtet man die Anzahl der Betriebsstätten, die im Rahmen der geförderten Investitionen neue Produkte (n=7) oder neue Produktlinien (n=3) eingeführt haben, kann verglichen mit der Gesamtzahl der Betriebsstätten (n=38) auch hier von keinem nennenswerten Effekt der geförderten Investitionen ausgegangen werden. Zudem sind diese Kennzahlen mit der Unschärfe behaftet, nicht ausschließlich im Zusammenhang mit den geförderten Investitionen zu stehen, sondern sie sind auf die Gesamtveränderung in den Betriebsstätten/Unternehmen bezogen. Infolgedessen kann der aus den Daten ermittelte Effekt im Hinblick auf die Fragestellung nochmals geringer ausfallen.

Die Anzahl der im Rahmen der geförderten Investitionen neu eingeführten Technologien deutet ebenfalls auf geringe Innovationstätigkeiten hin. So wurden zwar in 23 Projekten (44,7 %) neue Technologien eingeführt, davon waren jedoch nur fünf (10,6 %) innerhalb der Branche neu. Dies deutet darauf hin, dass die geförderten Investitionen hauptsächlich mit der Einführung des derzeitigen Stands der Technik einhergehen und nicht mit der Umsetzung von Innovationen.

Ergebnisse aus den Interviews

In den Interviews wurden die ZE direkt nach der Einführung von Innovationen im Zuge der Investitionen befragt und darüber hinaus danach, welchen Beitrag hierbei die Förderung leistete. Dies hat den Vorteil, dass der Fördereffekt unmittelbar, d. h. nicht indirekt über die Wirkungen der geförderten Investitionen, analysiert werden kann.⁹ Ergänzend fließen die Angaben der ZE zu ihren zentralen Investitionszielen in die Untersuchung mit ein.

Insgesamt gaben 15 Unternehmen (68 %) an, keine Innovationen, sondern vornehmlich den gegenwärtigen Stand der Technik der Branche eingeführt zu haben. Ein marginaler Teil der Befrag-

⁸ Vergleich Halbzeitbewertung 2010. Teil II – Kapitel 5.

⁹ Mit den Angaben des Erhebungsbogens ist die direkte Untersuchung von Förderwirkungen nicht möglich, da hier nur aus den Investitionswirkungen auf die Förderwirkung geschlossen wird.

ten hätte auch in gebrauchte Anlagen mit älterer Technik investiert. Dies war aber durch den Förderausschluss von gebrauchten Anlagen und Maschinen untersagt. In vier Fällen (18 %) war eine Antwort nicht möglich und drei Befragte (14 %) gaben letztlich an, dass sie Innovationen umgesetzt haben. Das waren z. B. eine besondere Art der Kühlung im Obst- und Gemüsebereich oder die Einführung einer optoelektronischen Sortieranlage für Kartoffeln, durch die sich die Sortierleistung stark verbesserte. Auch bei der Verladung von Getreide wurde eine Innovation implementiert, durch die das betreffende Unternehmen nach eigenen Ausführungen die Produktqualität weit über den Standard anheben konnte. Von diesen drei Unternehmen hätten zwei ohne die Maßnahme zur Marktstrukturförderung keine Innovationen umgesetzt. Es wäre zwar trotzdem investiert worden, jedoch mit einer weniger modernen Ausführung. Folglich ist in diesen beiden Fällen ein positiver Fördereffekt in Hinblick auf die Einführung von Innovationen zu erkennen. Bezugsnehmend auf die Gesamtzahl (n=22) ist dieser Effekt jedoch gering.

Des Weiteren sollten die ZE in der offen gestellten Frage ihre zentralen Investitionsziele angeben. Davon nannte nur eine Person (4,5 %) „Innovation“ in dem Zusammenhang. Das zeigt die geringe Bedeutung und unterstreicht abermals die zuvor genannten Resultate.

Zusammenfassung

Die Analyse der Kennzahlen aus den Erhebungsbögen ergibt, dass die geförderten Investitionen einen positiven Beitrag zur Einführung von neuen Technologien leisten. Ein wesentlicher Grund dürfte hierbei sein, dass die Förderung von gebrauchten Anlagen und Maschinen ausgeschlossen ist sowie der Umstand, dass mit Neuinvestitionen der jeweils inhärente technische Fortschritt im Unternehmen realisiert wird, ohne eigene F&E-Leistungen erbringen zu müssen. Daher handelte es sich bei den neuen Technologien vorwiegend um den gegenwärtigen Stand der Technik und nicht um Innovationen, weil diese zwar neu im Unternehmen, aber branchenweit nur in geringem Umfang neu waren. Weitere Indizien, die auf geringe Innovationseffekte schließen lassen, waren die relativ niedrigen Ausgaben der Betriebsstätten für F&E, die geringe Anzahl von Betriebsstätten mit neuen Produkten und/oder Produktlinien sowie die gewichteten Angaben der Investitionsziele. Die Resultate finden sich auch in den Befragungsergebnissen wieder. Geringe Abweichungen gab es bei den Zielnennungen, so dass Innovationen in der Befragung fast gar keine Rolle spielten. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die Frage offen gestellt und nach den Hauptzielen gefragt wurde. Im Hinblick auf Einführung von Innovationen stellte sich anhand der Befragungsergebnisse lediglich für zwei Unternehmen ein positiver Fördereffekt dar. Für die gesamte Fördermaßnahme hingegen ist der Effekt somit als gering einzustufen.

Frage II: Inwieweit haben die geförderten Investitionen zur Verbesserung der Effizienz in der Verarbeitung und Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse beigetragen?

Eine Produktion ist dann effizient, wenn ein gegebener Ertrag mit minimalem Aufwand (Faktoreinsatz) erzielt oder bei gegebenem Aufwand ein maximaler Ertrag erreicht wird. Um sich der Messung der Effizienz in der Verarbeitung und Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Produkte zu nähern, können mehrere Messgrößen herangezogen werden.

Ergebnisse der Erhebungsbögen

Für die Beurteilung des Beitrags der geförderten Investitionen zu Effizienzverbesserungen werden der Gesamtumsatz und/oder die Bruttowertschöpfung (BWS) der geförderten Betriebsstätten ins Verhältnis zu den nachfolgenden Kennzahlen gesetzt:

- Faktoreinsatz Rohwaren in Euro,
- Faktoreinsatz Arbeit in Vollzeitäquivalenten (FTE)¹⁰,
- Arbeitsproduktivität (BWS/FTE),
- Faktoreinsatz Personalaufwand in Euro,
- Faktoreinsatz Energie¹¹ in kWh.

Zur Effizienzanalyse (vgl. **Tabelle 8**) wurde zunächst der Einsatzfaktor Rohwaren in Bezug zur BWS gesetzt (BWS/Rohwareneinsatz). Im Vorher-Nachher-Vergleich hat sich der wertmäßige Rohwareneinsatz über alle Betriebsstätten hinweg um 53,7 % (481,5 Mio. Euro) erhöht. Ein Zuwachs zeigte sich dabei in 34 von 38 Förderfällen. Die BWS aller Betriebsstätten ist um 25,9 % (50,6 Mio. Euro), bzw. in 33 von 38 Betriebsstätten, gestiegen. Eine gesunkene BWS war in fünf Fällen zu erkennen und betraf die Sektoren Fleisch (n=2), Obst und Gemüse (n=1), Kartoffeln (n=1) und Milchverarbeitung (n=1). Setzt man die beiden Kennzahlen ins Verhältnis (BWS/ Rohwareneinsatz), dann ergibt sich im Vorher-Nachher-Vergleich ein Effizienzverlust von 18 %. Diese Entwicklungstendenz zeigte sich in 22 von 38 Betriebsstätten. Eine Ursache könnte darin liegen, dass u. a. insgesamt gestiegene Rohstoffpreise von den Unternehmen nicht vollständig kompensiert werden konnten. Des Weiteren ist diese Kennzahl auch ein Maß für die Wertschöpfungstiefe.¹² Folglich wäre zu konstatieren, dass sich die Wertschöpfungstiefe in der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den untersuchten niedersächsischen Betrieben verringerte.

Ein wesentlicher Einsatzfaktor in den Unternehmen ist der Arbeitseinsatz, dessen Effektivität mit der Arbeitsproduktivität (BWS/FTE) ermittelt wird. Die Anzahl an Vollzeitbeschäftigten (FTE) stieg über alle Betriebsstätten hinweg um 18,8 % (430 FTE) auf insgesamt 2.721 FTE an. Bei Einschluss der Neugründungen erhöht sich die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze um weitere 190 FTE. Eine positive Beschäftigungsentwicklung war dabei in 27 Betriebsstätten zu erkennen, in neun Fällen blieb das Niveau unverändert und in zwei Fällen (je ein Fall aus den Bereichen Kartoffeln (n=1) sowie Getreide (n=1)) waren nach den geförderten Investitionen Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Die Arbeitsproduktivität (BWS/FTE) stieg um 6 % auf insgesamt 90.300 Euro, wobei 26 Betriebsstätten einen Zuwachs verbuchen konnten. In neun Fällen war die Entwicklung rückläufig, wovon in fünf Fällen die gesunkene BWS dafür ausschlaggebend war. Insgesamt deutet der Beschäftigtenzuwachs auf Wachstumseffekte der verarbeitenden Betriebe hin. Anhand

¹⁰ FTE = Full Time Equivalent (Vollzeitäquivalent).

¹¹ Näherungsweise aus der Summe aus den Angaben: zugekaufte und selbsterzeugte Energie in kWh.

¹² Bezugnehmend zur Halbzeitbewertung, in der die Kennzahl bereits erläutert wurde.

der Daten bleibt jedoch offen, ob beispielsweise noch andere Effekte (Rationalisierung) wirkten bzw. ob die Veränderungen tatsächlich auf die geförderten Investitionen zurückzuführen sind. Als zentrale Ursache für die Produktivitätssteigerung dürfte die Einführung von neuen Technologien bzw. Anlagen/ Maschinen zu nennen sein. Das höhere Produktivitätsniveau spiegelt sich indes auch in einem um 13,3 % höheren Gesamtumsatz je Beschäftigtem von 780.400 Euro und damit in einem Effizienzgewinn wider.

Eine zusätzliche relevante Größe ist der Personalaufwand je FTE. Der Personalaufwand ist über alle Betriebsstätten hinweg um 10,5 % (10,6 Mio. Euro) gestiegen, wobei ein Zuwachs in 28 Betriebsstätten zu erkennen war. In 8 Betriebsstätten war der Personalaufwand nach den Investitionen geringer, insbesondere in den Sektoren Getreide (3) und Kartoffeln (3). Der Personalaufwand je FTE ist absolut um 7 % gesunken, der Faktor Arbeit hat sich somit verbilligt. Allerdings zeigte sich diese Entwicklung nur in 19 Betriebsstätten, ein Rückgang hingegen in 16. Gleichzeitig hat sich aber die Arbeitsproduktivität um 6 % erhöht, weshalb bei einer gemeinsamen Betrachtung beider Verhältniszahlen eine Effizienzverbesserung zu erkennen ist.

Tabelle 8: ELER-Code 123: Kennzahlen zur Effizienzanalyse

Kennzahlen (absolut)	Maßeinheit	Vorher (absolut)	Nachher (absolut)	Veränderung	
				(absolut)	(relativ)
Gesamtumsatz	€	1.577.582.120	2.123.840.280	546.258.160	34,6%
Bruttowertschöpfung (BWS)	€	195.114.571	245.686.725	50.572.154	25,9%
Rohwareneinsatz	€	896.299.258	1.377.844.550	481.545.292	53,7%
Arbeitskräfte (Vollzeitäquivalent)	FTE	2.291	2.721	430	18,8%
Zugekaufte Energie	kWh	338.909.261	360.986.375	22.077.114	6,5%
Personalaufwand	€	101.363.515	111.972.729	10.609.214	10,5%
Berechnungen zur Effizienz und Produktivität (aus den absoluten Kennzahlen)		Vorher (absolut)	Nachher (absolut)	Veränderung (absolut) (relativ)	
Arbeitsproduktivität (BWS/FTE) in €/FTE		85.167	90.281	5.114	6,0%
BWS/ Rohwareneinsatz		0,22	0,18	-0,04	-18,1%
BWS/ Personalaufwand		1,92	2,19	0,27	14,0%
Energieproduktivität (BWS/ zugekaufte Energie) in €/kWh		0,58	0,68	0,10	18,2%
Gesamtumsatz/ FTE in €/FTE		688.612	780.436	91.824	13,3%
Rohwareneinsatz/ Gesamtumsatz		0,57	0,65	0,08	14,2%
Personalaufwand/ FTE in €/FTE		44.245,00	41.146,02	-3.099	-7,0%

Eigene Berechnungen; n=38 Betriebsstätten.

Aus den Befragungen ergab sich auch eine Bedeutung des Faktors Energie, z. B. bei der Trocknung oder im Bereich Kühlung, im Hinblick auf die Fragestellung, weshalb in dem Zusammenhang die Energieproduktivität (BWS/ Energieeinsatz¹³ in kWh) untersucht wurde. Insgesamt stieg die von den Unternehmen zugekaufte Energie in kWh um 6,5 % (22,1 Mio. kWh), bzw. in 31 von 40 Betriebsstätten. Die Energieproduktivität hat sich hingegen um 18 % erhöht, was bedeutet, dass sich die Energieeffizienz in den untersuchten Unternehmen verbessert hat (vgl. Tabelle 8).

Ergebnisse aus den Interviews

Der erste Hinweis auf Relevanz ergibt sich aus den Angaben der Befragten zu ihren wesentlichen Investitionszielen. Im Anschluss daran werden die Ergebnisse der Befragung zu den Wirkungen hinsichtlich Effizienz, Produktivität und Beschäftigung vorgestellt.

Bezüglich der Investitionsziele gaben 6 von 22 Befragten den Aspekt „Effizienz“ an, davon hauptsächlich im Getreide- und Milchsektor. In Bezug auf die mit den geförderten Investitionen in Verbindung gebrachten Wirkungen ergibt sich folgendes Bild: Von den Befragten gaben 18 von 22 (82 %) an, Effizienzgewinne umgesetzt zu haben. Am häufigsten wurden hierbei – mit Bezug auf Kostensenkung – die Aspekte Energie (12), Produktion (3) sowie Kühlung (2) genannt¹⁴. Anhand der Aussagen wird deutlich, dass Unternehmen auch ohne intendiertes Effizienzziel nach eigenen Einschätzungen dennoch positive Effekte erzielten. Im Wesentlichen ist dies auf neu eingeführte Technik bzw. Anlagen/ Maschinen zurückzuführen, die, bedingt durch technischen Fortschritt, in der Regel effizienter sind als ihre Vorgänger. Eine genaue Quantifizierung der Effekte war der Mehrheit der Befragten jedoch nicht möglich, u. a. weil die Anlagen noch nicht ausreichend lange in Betrieb waren.

Gleichzeitig wurden in 11 von 22 Fällen (50 %) Produktivitätssteigerungen erreicht. Davon wurde am häufigsten die Arbeitsproduktivität genannt (8), insbesondere im Getreide- und Milchsektor. Ein Teil der Landhandelsunternehmen (3) gab indes an, dass sich die Schlagkraft und/oder Verladezeiten aufgrund der geförderten Investitionen deutlich verbessert haben. In dem Zusammenhang wurden gleichzeitig Beschäftigungseffekte untersucht. Von 22 Befragten konnten 10 den Beschäftigungsstand halten und in 12 Fällen konnten sogar neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine aussagekräftige Quantifizierung war allerdings nicht möglich, auch weil teilweise an anderer Stelle in den Unternehmen Arbeitskräfte eingespart wurden. Einige Befragte gaben an, dass die geförderten Investitionen aufgrund gesteigerter Produktivität zu Rationalisierungen führten, die dann jedoch durch höhere Wachstumseffekte überkompensiert wurden.

Zusammenfassung

Anhand der ausgewerteten Erhebungsbögen zeigten sich Produktivitätsverbesserungen für die untersuchten Faktoren Arbeit und Energie. Der Faktor Rohwaren verteuerte sich hingegen in Be-

¹³ Hier wird die Kennzahl Zugekaufte Energie in kWh herangezogen.

¹⁴ In den Subantworten war die Nennung mehrerer Ziele möglich.

zug auf die BWS. Die Befragung kommt zu einem ähnlichen Resultat, weshalb von einem insgesamt positiven Beitrag der geförderten Investitionen im Hinblick auf die Effizienz der eingesetzten Produktionsfaktoren geschlossen werden kann. Die gestiegenen Beschäftigtenzahlen lassen darauf schließen, dass die Wachstumseffekte der geförderten Investitionen Rationalisierungseffekte überkompensieren.

Frage III: Inwieweit haben die geförderten Investitionen zur Qualitätsverbesserung von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen beigetragen?

Ergebnisse aus den Erhebungsbögen

Wie bereits zur Halbzeitbewertung dargelegt, kann mit Hilfe der Daten aus den Erhebungsbögen der Beitrag der geförderten Investitionen zur Qualitätsverbesserung von land- und forstwirtschaftlichen Produkten nur indirekt ermittelt werden. Dies erfolgt insbesondere durch eine Prüfung, ob im Zuge der geförderten Investitionen Qualitätsregelungen der EU gemäß Art. 22 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 1974/2006¹⁵ oder andere Qualitätsregelungen (wie z. B. QS) zur Anwendung kamen. In die Auswertung flossen daher folgende Indikatoren bzw. Kennzahlen:

- Haupt- und Nebenziele der Investitionen,
- Wertmäßiger Rohwareneinsatz aus etablierten Qualitätsprogrammen,
- Umsatzerlöse von Qualitätsprodukten, die im Sinne der EU-Verordnung hergestellt werden.

Anhand der Haupt- und Nebenziele, die mit den geförderten Investitionen erreicht werden sollen, wird eine hohe Bedeutung bezüglich Qualität erkennbar (45 von 47 Projekten). Die durchschnittliche Gewichtung dieses Investitionsziels (31,4 %), bzw. 7,5 Mio. Euro gewährte Zuschüsse, bekräftigt dies (vgl. Tabelle 6).

Der wertmäßige Rohwareneinsatz aus etablierten Qualitätsprogrammen wurde unter der Annahme, dass dadurch die Qualität in der Verarbeitung beeinflusst wird, als Kennzahl für die Analyse herangezogen. Über alle Betriebsstätten hinweg stieg der Rohwareneinsatz in 34 von 38 Betriebsstätten um 53,7 % (481,5 Mio. Euro). Allerdings blieb die Anzahl der Betriebsstätten (22), die Rohstoffe aus etablierten Qualitätsprogrammen der EU beziehen, im Vorher-Nachher-Vergleich annähernd identisch (+1), weil schon vor den Investitionen nach bestimmten Qualitätsstandards gearbeitet wurde (vgl. **Tabelle 9**).

Ein vergleichbares Bild zeigt die Entwicklung der Umsatzerlöse aus produzierten Qualitätsprodukten gemäß EU-Verordnung. So verzeichneten die insgesamt erzielten Umsatzerlöse aus anderen Qualitätsregelungen einen Zuwachs von 34 % (99,5 Mio. Euro). Die Anzahl der zugehörigen Betriebsstätten blieb jedoch unverändert (14); diese verteilen sich schwerpunktmäßig auf die

¹⁵ Biokennzeichnungsverordnung, Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen, traditionelle Spezialitäten, Titel VI Gemeinsame Marktorganisation Wein.

Sektoren Obst- und Gemüse (5), Kartoffeln (4) und Fleisch (3). Die erzielten Umsatzerlöse aus ökologisch erzeugten Produkten stiegen im Vorher-Nachher-Vergleich um 117 % (1,6 Mio. Euro). Die Anzahl der zugehörigen Betriebsstätten war allerdings sowohl vorher (3) als auch nachher (2) gering. Der Umsatzanstieg verlief in beiden Betriebsstätten, die aus dem Obst- und Gemüsektor stammen, ähnlich. Mögliche anerkannte einzelstaatliche Lebensmittelqualitätsregelungen kamen in Niedersachsen nicht zur Anwendung. Auch Erzeugnisse mit regionalen Herkunftsbezeichnungen¹⁶ spielten keine Rolle.

Tabelle 9: ELER-Code 123: Umsatzerlöse aus produzierten Erzeugnissen, die den Qualitätsregelungen der EU entsprechen

Kennzahlen (€)	Vorher	Nachher	Veränderung	
	(absolut)	(absolut)	(absolut)	(relativ)
ökologisch erzeugte Produkte	1.353.000	2.942.000	1.589.000	117%
andere Qualitätsregelungen ¹⁷	294.976.721	394.433.966	99.457.245	34%

Eigene Berechnungen; n=38 Betriebsstätten.

Mit Hilfe der Daten lässt sich konstatieren, dass der Aspekt Qualität bei den Investitionsmotiven eine große Rolle spielte. In Bezug auf Investitionswirkungen lassen sich anhand der zur Verfügung stehenden Indikatoren jedoch nur geringfügige Effekte ableiten, die auf Qualitätsverbesserungen hindeuten.

Ergebnisse aus den Interviews

Im ersten Schritt wurden die ZE nach ihren wesentlichen Investitionszielen befragt, um so Rückschlüsse auf die Bedeutung des Aspektes Qualität zu ziehen. Im Anschluss wurden sie nach den Wirkungen hinsichtlich Qualität befragt. Dies hat gegenüber der Untersuchung der Erhebungsbögen den Vorteil, mögliche Effekte verursachungsgerechter zu ermitteln. Das Fragespektrum umfasste folgende Aspekte:

- Verbesserung der Produktqualität,
- Anlass in Qualität zu investieren,
- Honoriert der Markt Qualitätsverbesserungen?
- Mussten Lieferanten ihre angebotenen Qualitäten anpassen?

¹⁶ EU-Gütezeichen: geschützte Ursprungsbezeichnung (g.u.); geschützte geografische Angabe (g.g.A.); garantierte traditionelle Spezialitäten (g.t.S.).

¹⁷ Z. B. DIN EN ISO 9000ff, EUREP-GAP, HACCP, GMP, GQ, QQS, IFS, QM Milch, QS.

Von 22 Befragten gaben 11 (50 %) als wesentliches Investitionsziel an, dass sie die Qualität ihrer Produkte sichern und/oder steigern wollten. Die Nennungen stammten größtenteils aus den Sektoren Obst und Gemüse, Getreide und Saatgut sowie Kartoffeln.

In Hinblick auf die wesentlichen Wirkungen ergaben sich nachfolgende Ergebnisse: In 18 von 22 Betrieben (82 %) wurden Qualitätsverbesserungen realisiert. Am häufigsten fanden die Verbesserungen im Rahmen der Produktqualität statt, z. B. aufgrund besserer Kühlung, Reinigung, Trocknung oder des Einstiegs in QS-IFS-Zertifikate.¹⁸ Qualitätseffekte konnten aber auch in Form von Produktdifferenzierung erzielt werden. So gelang es z. B. einem Unternehmen, durch den Bau von mehreren kleinen Lagerparzellen einzelne Qualitäten von Getreide zu separieren. In fünf Fällen wurden Verbesserungen in der Prozessqualität angegeben, die letztlich ebenso zur Produktqualität beitragen. Für zwei Fälle gab es keine Nennungen. In zwei weiteren Fällen wurde keine Verbesserung der Qualität erreicht, da z. B. eine schon bestehende Produktionslinie im Rahmen einer Erweiterungsinvestition lediglich dupliziert wurde bzw. Kapazitätserweiterungen im Vordergrund standen. In sieben Betriebsstätten ging eine Verbesserung der Qualität mit positiven Preiseffekten einher, z. B. in Form eines Kühlaufschlages gelagerter Ware oder durch Differenzierung. Ansonsten führten Qualitätseffekte aus Sicht der Befragten dazu, die Anforderungen der Kunden erfüllen zu können. In drei Fällen wurden Qualitätseffekte auch in Verbindung mit positiven Nachfrageeffekten gebracht.

Für 11 der befragten Unternehmen bestand ein Anlass, um in die Qualitätsverbesserung zu investieren, darin, die Anforderungen des Marktes erfüllen zu können oder vereinzelt auch, um gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Hierzu äußerten sich insbesondere Betriebe aus den Sektoren Getreide und Saatgut, Kartoffeln sowie Obst und Gemüse. Mögliche Qualitätsprobleme im Vorfeld der Investitionen gab es nach Aussagen der Befragten hingegen nicht, so dass die Anforderungen des Marktes/Handels als treibende Kraft zu identifizieren sind.

Ferner wurde untersucht, ob sich die Anforderungen an die Rohwarenlieferanten in Folge der geförderten Investitionen verändert haben, beispielsweise durch Zertifizierungen. Die Mehrheit der Befragten (16) gab hierzu an, dass keine Modifizierungen notwendig waren. Dies sei vielmehr ein fortlaufender Prozess, der sich am Marktgeschehen orientiert. Es gab dennoch drei Fälle, in denen Lieferanten nach Aussagen der Befragten Anpassungen der bereitgestellten Qualitäten vornahmen.

Zusammenfassung

In beiden Untersuchungen (Auswertung der Erhebungsbögen und der Interviews) zeigt sich eine hohe Bedeutung für die Unternehmen, in Qualität zu investieren, auch wenn die Tendenz in der Befragung etwas schwächer ausgeprägt ist. Bei den Wirkungen hingegen zeigt sich ein differenziertes Bild. So sind anhand der Daten aus den Erhebungsbögen keine nennenswerten Effekte

¹⁸ In den Subkategorien waren Mehrfachnennungen möglich.

abzuleiten, die darauf hinweisen, dass die geförderten Investitionen zu Qualitätsverbesserungen beigetragen haben. Anhand der Befragungsergebnisse haben die geförderten Investitionen jedoch im erheblichen Maße zu Qualitätsverbesserungen beigetragen. Der Unterschied dürfte daher resultieren, dass die Beurteilung von Qualitätseffekten mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Indikatoren im Erhebungsbogen im Vergleich zur Befragung nur eingeschränkt möglich ist und in der Befragung wesentlich stärker differenziert wird. Das Hauptmotiv für Investitionen in Qualitätsverbesserungen bestand für die Mehrheit der Befragten darin, Markt-/Handelsanforderungen weiterhin erfüllen zu können. Andernfalls bestünde die Gefahr des Marktaustritts. In wenigen Fällen gelang es Unternehmen, einen Preisaufschlag, der in Verbindung mit Qualitätseffekten genannt wurde, am Markt durchzusetzen.

Frage IV: Inwieweit haben die geförderten Investitionen den Marktzugang und den Marktanteil land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, auch in Bereichen wie erneuerbare Energien, verbessert?

Ergebnisse aus den Erhebungsbögen

Für die Auswertung wurden folgende Kennzahlen herangezogen:

- Anteil wertmäßiger Rohwaren am Gesamtumsatz,
- Anteil vertraglich gebundener Rohwaren.

Eine Möglichkeit der Bemessung verbesserter Absatzmöglichkeiten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe besteht darin, den Anteil der wertmäßigen Rohwaren am Gesamtumsatz zu untersuchen. In Frage II wurde hierzu bereits dargestellt, dass über alle Betriebstätten hinweg die wertmäßigen Rohwaren um 53,7 % gestiegen sind. Dies kann u. a. auf Nachfragesteigerungen der verarbeitenden Unternehmen infolge von Wachstumseffekten – dafür sprechen Umsatz- und BWS Entwicklung – oder, wie erläutert, auch auf Preiseffekte zurückzuführen sein. Insgesamt haben sich die Umsatzanteile der Rohwaren von 57 % auf 65 % nach den Investitionen erhöht. Dies entspricht einem Anstieg von ca. 14 %, was auf verbesserte Absatzmöglichkeiten der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe hindeuten kann (vgl. Tabelle 8).

Zur Beantwortung der Frage wurde außerdem die Entwicklung des Anteils der vertraglich gebundenen Rohwaren untersucht. Vor dem Hintergrund, dass die Förderung mit der Auflage verbunden ist, dass min. 40 % der mit den geförderten Investitionen geschaffenen Kapazitäten durch Verträge mit Rohwarenlieferanten abgedeckt werden müssen, wird die Kennzahl auch zur Beurteilung des „Erzeugernutzens“ (z. B. Absatzsicherheit) herangezogen.¹⁹ Im Vorher-Nachher-Vergleich haben sich die vertraglich gebundenen Rohwaren um etwa 64,9 % erhöht (315,1 Mio. Euro). Dabei wuchs die Anzahl der entsprechenden verarbeitenden Betriebsstätten

¹⁹ Förderauflage zur Vertragsbindung entsprechend der Richtlinie; fünfjährige Lieferverträge über 40 % der mit den Investitionen geschaffenen Kapazitäten.

ähnlich stark (68,4 %) von 19 auf 32 an (vgl. **Tabelle 10**).²⁰ Die untersuchten Betriebsstätten, die vor den Investitionen keine Kontrakte entsprechend der Förderaufgabe besaßen, stammen hauptsächlich aus den Bereichen Getreide/Saatgut und Fleisch. Dies dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass diese Marktteilnehmer eine andere Ausgestaltung ihrer Lieferbeziehungen bevorzugen, z. B. mündliche Verträge und/oder kürzere Vertragslaufzeiten. In Bezug auf die gesamten Rohwaren hat sich der Anteil der Vertragsware insgesamt um 4 Prozentpunkte auf 58 % erhöht.

Tabelle 10: ELER-Code 123: Vertraglich gebundene Rohwaren der untersuchten Betriebsstätten

Kennzahlen	Vorher	Nachher	Veränderung	
			(absolut)	(relativ)
vertraglich gebundene Rohwaren (Euro)	485.902.398	801.053.315	315.150.917	64,9%
-zugehörige Betriebsstätten-	19	32	13	68,4%
Anteil an gesamten Rohwaren	54 %	58 %	4,0	7,2%

Eigene Berechnung; n=38 Betriebsstätten.

Ergebnisse aus den Interviews

Im Rahmen der Interviews wurden insbesondere der Aspekt der Vertragsbindung und die davon ausgehenden Effekte auf Erzeuger untersucht.

Auf die Frage, ob die gewöhnlichen Lieferbeziehungen auf Grund der Förderaufgabe der fünfjährigen Vertragsbindung beeinflusst wurden, antworteten 10 Befragte, dass sich eine formale Änderung ergeben hat. Dies was insbesondere in dem Bereich Getreide/Saatgut der Fall, wo tendenziell kürzere Laufzeiten (1-2 Jahre) seitens der Landwirte angestrebt werden. In dem Zusammenhang wurde u. a. das Argument der Bindungsangst der Erzeuger genannt. Insgesamt stellten die mit der Förderaufgabe verbundenen jeweiligen Anpassungen aber keine Schwierigkeiten für die verarbeitenden Unternehmen dar. Ein Grund dafür ist, dass zuvor schon langfristige Lieferbeziehungen, auch ohne Fünfjahresverträge, zwischen den Akteuren bestanden. Für diese Unternehmen ergaben sich demnach kaum Änderungen. In zwei Fällen führten die veränderten Kontraktbedingungen zu höheren Auszahlungs-/Lieferpreisen. Für etwas weniger als die Hälfte der Befragten (45 %) ergaben sich hingegen keine Änderungen, da z. B. ohnehin langjährige Lieferverträge und/oder -beziehungen bestanden oder, weil bei Erzeugerorganisationen oder bei Genossenschaften ohnehin eine Andienungspflicht besteht. Von zwei Personen gab es keine Angaben.

Zusammenfassung

Aus den Daten der Erhebungsbögen geht hervor, dass sich die Absatzmöglichkeiten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe tendenziell verbessert haben. Dies konnte aus der beobachteten

Veränderung des in Euro bewerteten Rohwarenbezuges, dessen Anteil am Gesamtumsatz und den vertraglich gebundenen Rohwaren abgeleitet werden. Gleichzeitig konnten Erzeuger ihren Absatz und/oder ihre Zuwächse durch längerfristige Lieferverträge absichern. In den Interviews zeigte sich allerdings auch, dass Erzeuger längerfristige Bindungen nicht immer positiv bewerten, was z. B. im Bereich Getreide zu beobachten war. Es gab jedoch keine Probleme in der Umsetzung der fünfjährigen Lieferverträge.

Frage V: Inwieweit haben die geförderten Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft beigetragen?

Eine hohe Wettbewerbsfähigkeit ist sowohl für die geförderten Unternehmen als auch für die Rohwarenlieferanten von entscheidender Bedeutung. Es wird davon ausgegangen, dass sich eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Unternehmen positiv auf die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohwaren auswirkt (vgl. Frage IV) und schließlich auch Erzeuger davon profitieren.

Ergebnisse aus den Erhebungsbögen

Die Wettbewerbsfähigkeit wird durch verschiedene Einflussfaktoren bestimmt, z. B. durch Bruttowertschöpfung, Arbeitsproduktivität, Qualitätsaspekte oder Innovationstätigkeiten, deren Untersuchung bereits Bestandteil der voranstehenden Fragen I-IV war. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der geförderten Unternehmen hin. Dies drückt sich insbesondere in der verbesserten Arbeitsproduktivität (6,0 %) sowie der gestiegenen Bruttowertschöpfung (25,9 %) aus, was bei der Mehrheit der Unternehmen zu beobachten war (vgl. Tabelle 8). Gleichzeitig ist es den Unternehmen gelungen, Effizienzverbesserungen zu erreichen. Im Hinblick auf Qualität und Innovationseffekte konnten anhand der Daten aus den Erhebungsbögen nur geringe Verbesserungen abgeleitet werden.

Die Bruttowertschöpfung spiegelt die Leistungsfähigkeit der Unternehmen wider und ist als Basis für die Entwicklung und Stärkung des Markterfolges von Bedeutung. In **Tabelle 11** ist die Entwicklung der BWS der untersuchten Unternehmen nach Verarbeitungssektoren dargestellt. Dabei zeigt sich, dass insgesamt in jedem Sektor Zuwächse zu verzeichnen waren, wobei die größten Zuwächse dort erreicht wurden, wo in der Ausgangssituation die BWS gering war (kleine Unternehmen und/oder wenig Förderfälle).

Tabelle 11: ELER-Code 123: Sektorale Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Sektoren	Vorher (absolut)	Nachher (absolut)	Veränderung	
			(absolut)	(relativ)
Fleisch	94.548.421	106.318.668	11.770.247	12,4%
Milch	24.093.059	32.956.644	8.863.585	36,8%
Getreide und Saatgut	15.027.785	24.660.146	9.632.361	64,1%
Obst und Gemüse	5.694.435	13.574.971	7.880.535	138,4%
Kartoffeln	51.607.423	60.296.411	8.688.988	16,8%
Sonstige	4.143.448	7.879.885	3.736.437	90,2%
Summe	195.114.571	245.686.725	50.572.154	25,9%

Eigene Berechnungen; n=38 Betriebsstätten.

Ergebnisse aus den Interviews

Im Rahmen der Unternehmensbefragung wurden einerseits die wesentlichen Investitionswirkungen erfasst, um daraus Rückschlüsse auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit zu ziehen. Andererseits wurde den Unternehmen direkt die Frage gestellt, ob sich aus ihrer Sicht die Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat und welchen Anteil daran die geförderten Investitionen haben. Sie sollten dabei ihre Aussagen auf den Zeitraum ein Jahr vor den Investitionen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Befragung (1. Halbjahr 2014) beziehen. Im Vergleich zu den Erhebungsbögen wird dadurch i.d.R. ein längerer Wirkungszeitraum der Investitionen in der Analyse berücksichtigt.

Anhand der angeführten wesentlichen Investitionswirkungen kann eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen abgeleitet werden. Z. B. wurden in jeweils 19 von 22 Unternehmen (86 %) Wachstumseffekte bzw. Vermarktungsvorteile (in 7 Fällen wurden z. B. neue Kunden bzw. Märkte erschlossen) realisiert. Jeweils 18 Befragte (82 %) gaben an, Qualitätsverbesserungen und/oder Effizienzsteigerungen erreicht zu haben. Letztlich ist aber auch die Zahl der Unternehmen mit Produktivitätssteigerungen (50 %), mit Erhalt von Beschäftigung (45 %) und/oder mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze (55 %) ein Ausdruck verbesserter (ausreichender) Wettbewerbsfähigkeit. Für zwei Unternehmen (9,1 %) liegen keine Angaben vor. Die befragten Unternehmen kommen in der zusammenfassenden Beurteilung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu einem in der Tendenz ähnlichen Ergebnis (vgl. **Tabelle 12**).

So gaben 20 von 22 Unternehmen an, dass sich ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat, wobei in 9 Fällen die geförderten Investitionen den Hauptanteil daran trugen und in 5 Unternehmen zumindest einen teilweisen Anteil. Die Wettbewerbsfähigkeit in der Zeit vor den Investitionen beurteilten die Unternehmen mit gut bis sehr gut (14 %), neutral/ausreichend (45 %) und schlecht bis sehr schlecht (14 %). Letztere stammen aus den Bereichen Kartoffeln (2) und Getreide (1). Die restlichen Unternehmen konnten keine Antwort geben.

Tabelle 12: ELER-Code 123: Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit nach Angaben der Unternehmen

Wettbewerbsfähigkeit	Förderfälle	Verteilung
(Einschätzung der Befragten; n=22)	(Anzahl)	(relativ)
Verbesserung	20	91%
dav. geförderte Investition trägt Hauptanteil	9	41%
dav. geförderte Investition hat teilweise Anteil	5	23%
dav. keine Angabe zur Investitionsbedeutung	6	27%
keine Verbesserung	.	0%
keine Aussage	2	9%
Summe	22	100%

Eigene Berechnung, n=22 befragte Unternehmen.

Zusammenfassung

Sowohl die Analyse der Erhebungsbögen als auch die Ergebnisse der Interviews zeigen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Betriebe insgesamt verbessert hat, wovon auch die liefernden Erzeuger in Form von Absatzsicherheit profitieren dürften. Das Ausgangsniveau der Wettbewerbsfähigkeit war nach Angaben der Befragten mehrheitlich gut bis neutral/ausreichend und nur in drei Fällen unzureichend. Mit Hilfe der geförderten Investitionen konnte das ohnehin gute Niveau gehalten und z. T. Verbesserungen erzielt werden. 70 % der Befragten beurteilten ihre gegenwärtige Wettbewerbsfähigkeit mit gut bis sehr gut, vor der Investition waren es nur 14 %.

Untersuchung von Mitnahmeeffekten

„Mitnahmeeffekte sind dadurch gekennzeichnet, dass zwar eine Aktivität gefördert und durchgeführt wurde, diese aber auch ohne Förderung stattgefunden hätte“ (Toepel, 2000). Die Wahrscheinlichkeit für Mitnahmeeffekte ist bei investiven Fördermaßnahmen wie der Marktstrukturförderung besonders hoch, weshalb die Analyse auch im Hinblick auf die Effektivität und Effizienz der Fördermaßnahme von Relevanz ist.

Die Ermittlung von Mitnahmeeffekten ist mit Hilfe der Daten der Erhebungsbögen nicht möglich. Deshalb wurde dieser Aspekt im Rahmen der Unternehmensbefragung aufgegriffen. Hierbei wurde den Unternehmen die Frage gestellt, ob sie die geförderten Investitionen auch ohne die Marktstrukturförderung durchgeführt hätten. Sie sollten sich zudem auf den Investitionszeitpunkt, das -volumen und auf die -ausführung beziehen. Daraus werden folgende Kategorien abgeleitet (vgl. **Tabelle 13**), um mögliche Mitnahmeeffekte einzuordnen:

- Vollständige Mitnahme, wenn alle Kriterien – Zeit, Volumen, Ausführung – mit gleich angegeben wurden.

- Partielle Mitnahme, wenn mindestens ein Kriterium – Zeit, Volumen, Ausführung – anders ausgefallen wäre.
- Keine Mitnahme, wenn Investitionen ohne Förderung nicht durchgeführt wären.

Tabelle 13: ELER-Code 123: Einordnung von Mitnahmeeffekten

Mitnahme	Intervall	Förderfälle	Verteilung
Einordnung	(relativ)	(Anzahl)	(relativ)
Vollständige Mitnahme	100%	2	9%
Partielle Mitnahme	0% < > 100%	16	73%
Keine Mitnahme	0%	3	14%
keine Angabe möglich		1	5%
Summe		22	100%

Eigene Berechnungen, n=22 befragte Unternehmen.

Von 22 befragten Unternehmen hätten 18 (82 %) auch ohne Marktstrukturförderung investiert, was auf eine insgesamt hohe Mitnahmetendenz hindeutet. Davon hätten zwei Unternehmen ihre Investitionen identisch durchgeführt (vollständige Mitnahme), die anderen 16 Unternehmen zumindest teilweise (partielle Mitnahme). Betrachtet man Letztere, dann ist zu konstatieren, dass davon 75 % die Investitionen „später“ bzw. in „Teilschritten“ durchgeführt hätten (Vorzieheffekt der Förderung). Das „Investitionsvolumen“ wäre bei neun Unternehmen (69 %) geringer ausgefallen (Quantitätseffekt der Förderung), wobei eine geeignete Quantifizierung allerdings nicht möglich war. Die „Ausführung“ der Investitionen hätte sich ohne die Förderung bei 56 % der Befragten geändert, z. B. in Form einer weniger modernen Ausstattung (Qualitätseffekt der Förderung). Zu keinen Investitionen wäre es hingegen in drei Unternehmen (14 %) gekommen, hauptsächlich aufgrund unzureichender Finanzmittel oder, wie in einem Unternehmen, aufgrund von Unsicherheit. Die Größe eines Unternehmens oder die Sektorzugehörigkeit spielten bei den untersuchten Fällen keinen erkennbaren Einfluss.

3.1.4 Ländlicher Wegebau (ELER-Code 125-B)

Die Ergebnisse der Befragung der Gemeindevertreter zur Förderung des Ländlichen Wegebbaus sind in dem beigefügten Modulbericht (**Anhang 2**) ausführlich beschrieben und diskutiert. Die wichtigsten Befragungsergebnisse können stichwortartig wie folgt zusammengefasst werden:

- Die ELER-Förderung ist das entscheidende Finanzierungsinstrument für den ländlichen Wegebau. Ein Wegebau ohne Förderung findet nur selten statt.
- Der Bedarf an Wegebauförderung und die politische Bereitschaft, in diesem Bereich zu investieren, ist nach wie vor hoch.

- Die in einzelnen Regionen geringe Inanspruchnahme der Förderung ist vorwiegend auf die Finanzierungsprobleme der Gemeinden zurückzuführen.
- Im Rahmen von 125-B erfolgt in erster Linie der Ausbau von Ortsverbindungswegen sowie von Haupterschließungswegen in der Feldflur.
- Es dominiert der Ausbau in Asphaltbauweise, daneben haben Schotterwege eine gewisse Bedeutung.
- Der Bedarf an Fördermitteln ergibt sich nicht aus dem Neubau von bisher unbefestigten Wegeverbindungen, sondern allein aus dem erforderlichen Ausbau von Wegen, die in den 1970er- und 1980er-Jahren mit zu geringer Ausbaubreite und zu schwacher Befestigung ausgebaut wurden.
- Viele Gemeinden wünschen einen breiteren Ausbau und/oder eine stärkere Befestigung, als seitens der ÄRL letztendlich bewilligt wurde. Die Bewilligungsbehörde orientiert sich offensichtlich noch stark an den Empfehlungen der RLW99 (Standard-Ausbaubreiten von 3,0 m), obwohl die Förderbestimmungen des Landes Niedersachsen eine flexiblere Bewilligungspraxis ermöglichen.

Bezüglich der fördertechnischen Abwicklung wird die Erreichbarkeit der zuständigen Stellen bei den ÄRL sowie die Kompetenz der dortigen Ansprechpartner als besonders positiv bewertet. Kritik wurde an dem mitunter sehr späten Zeitpunkt der Bewilligung sowie an dem aufwendigen Antragsverfahren geübt. Die späte Bewilligung führt nicht nur zu einem verwaltungstechnischen Mehraufwand, sie führt auch zu deutlichen Kostensteigerungen (Preisaufschläge der Baufirmen in den Herbstmonaten).

Auf der Grundlage der Befragungsergebnisse werden u. a. folgende Empfehlungen diskutiert.

- Entlastung der Gemeindehaushalte durch eine grundsätzliche Umsteuerung in der Finanzierung und die Heranziehung der Flächeneigentümer über Beiträge zu Unterhaltungsverbänden (durch die Änderung des Realverbandsgesetzes und die damit mögliche Neugründung von Realverbänden sind wichtige Voraussetzungen hierfür schon geschaffen worden).
- Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für die Heranziehung von Betreibern von Biogasanlagen zu den Kosten für den Wegebau und die Wegeunterhaltung.
- Überprüfung der Praxis der Bewilligungsbehörden bezüglich der förderfähigen Wegebreite. Eine Wegebreite von 3,0 m sollte eine Ausnahme, nicht den Regelfall darstellen. Die neue RLW, in der eine Regelbreite von 3,5 m für Wirtschaftswege vorgesehen ist, befindet sich derzeit zwar noch in der Anhörung, sie sollte aber Grundlage für die Bewilligungspraxis sein.
- Weiterhin Nutzung aller verwaltungstechnischen Möglichkeiten zur Beschleunigung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens und zur Unterstützung der Zuwendungsempfänger bei der Antragsvorbereitung.

- Einführung eines Vorauswahlverfahrens und Einforderung von detaillierten Planunterlagen nur für Wege, die für eine Förderung mit großer Sicherheit auch in Frage kommen, sofern dies ohne eine weitere Verzögerung des Bewilligungsverfahrens umsetzbar erscheint.
- Überprüfung des Finanzansatzes für den Wegebau in der Förderperiode 2014 bis 2020 vor dem Hintergrund der von den Gemeindevertretern beschriebenen Bedarfe.

3.2 Schwerpunkt 2

3.2.1 Beihilfen für nichtproduktive Investitionen (ELER-Code 216)

Ziel dieser Maßnahme ist die Erhaltung und Pflege von Offenlandschaften in Natura-2000-Gebieten. Im Fokus stehen hierbei insbesondere die Bergwiesen des Harzes, die Kalktrockenrasen Südniedersachsens sowie die Hochmoore in den Landkreisen Diepholz und Nienburg. Zuwendungsempfänger sind laut Richtlinie ausschließlich die Unteren Naturschutzbehörden der Landkreise (UNBn) sowie der NLWKN. In Bremen wurde die Maßnahme zwar angeboten, aber nicht nachgefragt.

Für die Offenlandpflege wurde eine Fördersumme von knapp 2,7 Mio. Euro bewilligt. Das ursprünglich eingeplante Fördervolumen konnte damit erreicht werden. Ausgezahlt wurden bis zum 31.12.2014 mit rund 200.000 Euro etwa 8 % der bewilligten Mittel. Abschließende Daten zum Auszahlungsstand liegen derzeit noch nicht vor.

Im Rahmen der Evaluation der Fördermaßnahme 216 („Spezieller Arten- und Biotopschutz“) wurde eine Fallstudie zur Förderung der „Offenlandpflege“ (siehe **Abbildungen 6 und 7**) durchgeführt. Darin erfolgten leitfadengestützte Interviews mit den zuständigen MitarbeiterInnen bei den UNBn sowie eine Vor-Ort-Besichtigung der durchgeführten Pflegemaßnahmen. Im Landkreis Northeim wurden ergänzende Gespräche mit einzelnen SchäferInnen geführt, die auf den Pflegeflächen die Beweidung durchführen.

Abbildung 6: Pflegefläche (Kalktrockenrasen mit Orchideen) auf der Weper südlich von Fredelsloh



Quelle: Eigene Aufnahme, Mai 2014.

Abbildung 7: Anlage von Wällen zur Verbesserung des Wasserrückhalts im Mittleren Wie-tingsmoor (Landkreis Diepholz)



Quelle: Eigene Aufnahme, Januar 2015.

Die Fallstudie hat gezeigt, dass positive Wirkungen insbesondere für die Biotopentwicklung und auch für den floristischen und den faunistischen Artenschutz erzielt werden. Daneben leistet die Maßnahme einen wichtigen Beitrag zu Verbesserung des Landschaftsbildes und zur Stärkung des

öffentlichen Nutzungswertes von Natura-2000-Gebieten. Insgesamt stellt die Maßnahme 216 eine wichtige Ergänzung zum Kooperationsprogramm Naturschutz (KoopNat) dar. Es wird dem Land daher empfohlen, in diesem Bereich eine Förderung auch künftig anzubieten.

Auf der Grundlage der mit den vier UNBn geführten Gespräche und der dort benannten Probleme mit der verwaltungstechnischen Umsetzung werden u. a. folgende Empfehlungen für die weitere Umsetzung der Fördermaßnahme formuliert:

- Nutzung aller Vereinfachungsmöglichkeiten in der verwaltungstechnischen Umsetzung,
- stärkere Nutzung von Bewilligungskorridoren mit Flexibilität bestimmter Gewerke bzw. Positionen untereinander, um zeitnäher und flexibler agieren zu können,
- detailliertere Vorgaben seitens der Bewilligungsbehörde (NLWKN) bezüglich des erforderlichen Konkretisierungsgrades der Antrags- und Abrechnungsunterlagen,
- stärkere Koordinierung der UNBn durch den NLWKN in verfahrenstechnischen Fragen und Förderung eines intensiveren Informationsaustausches zwischen den Landkreisen,
- Einsatz ausreichender personeller Ressourcen bei den UNBn für die Umsetzung von Pflegemaßnahmen im Rahmen von Natura-2000 (insbesondere auch Vorhaltung ausreichender Kompetenzen in den Bereichen Projektsteuerung, Ausschreibung und Vergabe).

Eine ausführliche Beschreibung der im Rahmen der Fallstudie betrachteten Fördervorhaben sowie eine vorläufige Bewertung der Fördermaßnahme und eine ausführliche Diskussion der oben genannten Empfehlungen zur verwaltungstechnischen Umsetzung der Förderung finden sich in dem beigefügten Modulbericht (**Anhang 2**).

3.3 Schwerpunkt 3

3.3.1 Förderung von Investitionen in Diversifizierung

Einkommenskombinationen spielen in der niedersächsischen Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Nach der Agrarstrukturerhebung 2013 haben knapp 33 % der niedersächsischen Betriebe ein weiteres landwirtschaftsnahes Einkommensstandbein neben der landwirtschaftlichen Urproduktion. Dabei haben die Erzeugung erneuerbarer Energien, Lohnarbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe, (Pensions-)Pferdehaltung, Direktvermarktung und Fremdenverkehr die größte Bedeutung. Diese Standbeine führen dazu, dass in Niedersachsen 2.000 Familien-Arbeitskräfteinheiten sowie 11.800 Fremd-Arbeitskräfteinheiten vollständig oder teilweise in der Einkommenskombination beschäftigt sind (Destatis, 2014). Allerdings erfasst die Officialstatistik abgesehen von der Erzeugung erneuerbarer Energien keine Aktivitäten, die steuerrechtlich eigenständige Gewerbebetriebe darstellen. Die „wahre“ Bedeutung der Einkommenskombinationen ist daher nicht bekannt.

Investitionen in die Schaffung oder den Ausbau von weiteren Einkommensstandbeinen neben der landwirtschaftlichen Urproduktion wurden in Niedersachsen in der Förderperiode 2007-2013 mit dem AFP (siehe Kapitel 3.1.2) und der Maßnahme 311 (Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten) gefördert. Ob diese Förderung oder andere Faktoren zum Erfolg der Diversifizierungsaktivitäten landwirtschaftlicher Betriebe beitragen und welche wesentlichen Hemmfaktoren für die Entwicklung neuer Einkommensstandbeine bestehen, ist im Rahmen der Evaluation zu klären.

Aus diesen Gründen wurde im Rahmen der Evaluation im Juni/Juli 2014 eine umfangreiche schriftliche Primärerhebung bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Einkommenskombination (ohne Nebenerwerb) in den Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen durchgeführt. Die BetriebsleiterInnen wurden befragt zu den Themen Betriebsstruktur, Haushalt, Diversifizierungsaktivitäten, deren Erfolgs- und Hemmfaktoren für bisherige und zukünftige Entwicklungen sowie zu Investitionen, Förderung und Beratung. In Niedersachsen wurden in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer rund 1.500 Betriebe angeschrieben. Die Rücklaufquote betrug nur rund 10 %, was neben dem umfangreichen Fragebogen am sehr frühen Beginn der Erntearbeiten im Jahr 2014 gelegen haben dürfte.

Nachfolgend werden wesentliche Ergebnisse der Befragung der niedersächsischen Betriebe zusammengefasst.

Die Primärerhebung bestätigt, dass die „wahre“ Bedeutung der Einkommenskombinationen größer ist, als es die Officialstatistik ausweist. So sind bei den befragten BetriebsleiterInnen mehr als 90 % der Diversifizierungsaktivität „gastronomische Angebote“ (z. B. Bauernhofcafé), rund 70 % Diversifizierungsaktivität „Ferienwohnungen/-häuser“ und selbst 12,5 % des Ab-Feld-Verkaufs steuerrechtlich als Gewerbebetriebe eingestuft und folglich nicht in der Agrarstrukturerhebung erfasst.

Die Diversifizierungsaktivitäten (im Mittel drei Aktivitäten je Befragtem) trugen im Durchschnitt der letzten drei Jahre rund 45 % zum Haushaltseinkommen der Befragten bei. Einkommenssteigerung und -sicherung in Verbindung mit schlechten Chancen für Wachstum in der Urproduktion waren auch die am häufigsten genannten Motive für den Einstieg in die Diversifizierung. Für die konkret ausgewählte(n) Diversifizierungsaktivität(en) sprachen aus Sicht der Befragten der geeignete Standort bzw. die geeignete Lage des Betriebes, das Nutzen von Synergien (Altgebäude, Grünland) sowie die persönliche Neigung.

Rund 70 % der Befragten nahmen für Investitionen in die Diversifizierung Fremdkapital in Anspruch. Schwierigkeiten bei der Finanzierung dieser Investitionen waren die Ausnahme. Nur in Einzelfällen wollte die Hausbank das Vorhaben außerhalb der Urproduktion zunächst nicht finanzieren. Die Wirkung in Anspruch genommener Investitionsförderung (i. d. R. AFP, nur wenige Umnutzungsförderung bzw. Dorferneuerung) bestand in „Wachstumseffekten“, d. h. sie hatte positive Effekte auf die Investitionsentscheidung und deren Umfang, und in „Vorzieheffekten“,

d. h. sie führte zu einer beschleunigten Projektumsetzung. Ohne die Möglichkeit, Fördermittel in Anspruch nehmen zu können, hätten ca. zwei Drittel derjenigen, die Fördermittel in Anspruch genommen haben, nicht, nur in geringerem Umfang oder später und in mehreren Einzelschritten in die Diversifizierung investiert. Rund ein Drittel hätte ohne Förderung identisch investiert.

Als wesentlicher Erfolgsfaktor für die Diversifizierung konnte das in der erweiterten Betriebsleiterfamilie (Betriebsleiterfamilie plus ggf. Altenteiler- und Hofnachfolgerfamilie) gebündelte Humankapital identifiziert werden. Dieses umfasst zum einen die fachliche Kompetenz der Beteiligten im Hinblick auf die Produktionstechnik und Betriebswirtschaft, aber auch ganz wesentlich deren soziale Kompetenz, insbesondere Kommunikationsfähigkeit und der Umgang mit Kunden und Mitarbeitern. Der (potenzielle) Nachfrager verlangt eine herausragende Qualität der angebotenen Produkte oder Dienstleistungen „vom Bauernhof“ sowie eine authentisch vermittelte Transparenz der Produktion und Verarbeitungskette. Ökologische Produktion gilt dabei als Gütesiegel oder „Vertrauensvorschuss“ v. a. bei Fleischwaren und bei weniger transparenter Vermarktung über den Lebensmitteleinzelhandel.

Auch ist das Vorhandensein von Familienarbeitskräften ein unverzichtbarer Erfolgsfaktor im Fall von arbeitsintensiven Diversifizierungsaktivitäten, die nicht mechanisierbar, geschweige denn automatisierbar sind. Zuverlässige Fremdarbeitskräfte sind gerade im ländlichen Raum knapp, und eine Vollzeitbeschäftigung von Fremd-AK oft wirtschaftlich nicht realisierbar. So verwundert es nicht, dass die Arbeitsplatzeffekte, die von den Diversifizierungsaktivitäten ausgehen, nach Ansicht von regionalen Experten, mit denen die Untersuchungsergebnisse diskutiert wurden, als eher gering angesehen werden und vorwiegend in den Bereichen geringfügige Beschäftigung, Teilzeit- und Saison-AK angesiedelt werden.

Als wesentliche Hemmnisse für den Erfolg in der Diversifizierung wurden ein hohes Maß an Bürokratie und rechtliche Auflagen genannt, insbesondere bezüglich Baurecht und Dokumentationspflichten. Das Hemmnis Baurecht ist im Zusammenhang mit der Gewerblichkeit vieler Diversifizierungsaktivitäten zu sehen. Mit Gewerblichkeit kann der Verlust der Privilegierung im Baurecht (Bauen im Außenbereich) verbunden sein, was Investitionsvorhaben unmöglich machen kann. Außerdem ist für den Gewerbebetrieb neben der Buchführung für das landwirtschaftliche Unternehmen eine eigene Buchführung notwendig, es ist Gewerbesteuer zu entrichten und die Pauschalisierung der MwSt. ist ab einer bestimmten Größenordnung nicht mehr erlaubt.

Als ein weiterer wesentlicher Hemmfaktor konnte die Arbeitssituation auf den befragten Betrieben identifiziert werden. Die Arbeitsbelastung ist hoch und die Verfügbarkeit von Fremd-AK wie bereits dargestellt eingeschränkt. Vor dem Hintergrund der vom Kunden erwarteten Transparenz der (kurzen) Prozesskette wurde darüber hinaus der Verlust regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Hemmnis benannt. In der Studie nicht genannt als Hemmfaktor wurde hingegen die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns.

Zusammenfassend wird deutlich, dass die fachlichen und „sozialen“ Kompetenzen der beteiligten Betriebsleiterfamilien maßgebliche Erfolgsfaktoren der Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe sind. Diese können in erster Linie durch eine profunde Bildung und Fachberatung positiv beeinflusst werden, so dass von Seiten der Evaluatoren der Ausbau der Ausbildung, Beratung und von Schulungen im Themenbereich Diversifizierung empfohlen wird. Zum Abbau von maßgeblichen Hemmfaktoren wird empfohlen, eine großzügigere und einheitlichere Auslegung der Privilegierung im Baurecht (Stichwort: „mitgezogene Privilegierung“) sowie eine finanzielle Förderung der Einstellung von Fremdarbeitskräften (Lohnkostenbeihilfe) zu erwägen. Des Weiteren sollten, falls regionale Wertschöpfungsketten ein wichtiges politisches Ziel sind, regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen erhalten und gefördert werden. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in ländlichen Räumen ist eine Grundvoraussetzung für mehr Diversifizierungsaktivitäten und sollte für deren Entwicklung ebenfalls verbessert werden.

3.3.2 Dorferneuerung und -entwicklung (ELER-Code 322)

Die Bewertung der Maßnahme Dorferneuerung und -entwicklung basiert auf zwei Schwerpunkten: der Untersuchung aller Förderprojekte sowie einer als Einzelfallanalyse konzipierten Untersuchung in ausgewählten Dörfern mit einem breiten Untersuchungsansatz. Mit dieser sogenannten Dorfstudie wird die Bewertung der Fördermaßnahme Dorferneuerung hinsichtlich der Analyse der Umsetzungsprozesse sowie ihrer Wirkungen vertieft. Ein Fokus der Untersuchung lag auf der Beteiligung der Bevölkerung und dem bürgerschaftlichen Engagement, das durch die Förderung initiiert wird. Beteiligung ist ein zentraler Aspekt in der Dorferneuerung und -entwicklung, oft auch formal verankert.

Die Ergebnisse der Dorfstudien in den Ländern Hessen (HE), Mecklenburg-Vorpommern (MV), Niedersachsen/Bremen (NI/HB) und Nordrhein-Westfalen (NRW)²¹ liefern vielfältige Hinweise auf die besondere Relevanz von Beteiligung. Sie fügen sich in die aktuellen Diskussionen um die zunehmende Bedeutung von Beteiligung (BMEL, 2015; Steinführer, 2015) für die Gestaltung der sich verändernden Rahmenbedingungen (demografischer Wandel, kommunale Finanznot, Engpässe bei der Daseinsvorsorge) ein.

Die folgende Ergebnisdarstellung fasst in einem **Ländervergleich** die spezifisch ausgestalteten und auf Beteiligung ausgerichteten Förderrahmen und -vorgaben zusammen und zeigt die verschieden verlaufenden **Beteiligungsprozesse** in der Planungs- und Umsetzungsphase in den vier

²¹ Schleswig-Holstein hat die Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung in den LEADER-Ansatz integriert, daher wurde hier keine Dorfstudie umgesetzt. In die Untersuchungen wurden für einen Vorher-Nachher-Vergleich zwischen fünf und acht Förderschwerpunkte einbezogen und über den gesamten Förderzeitraum begleitet (Feldphasen: 2009 zur Bestandsaufnahme – vorher, 2014 zur Wirkungserhebung – nachher, in HE außerdem 2012). Angewandte Methoden waren Ortsbegehungen, Expertengespräche mit Orts-, Gemeinde- und VerwaltungsvertreterInnen sowie Gruppendiskussionen in HE.

Ländern. Die abschließenden Schlussfolgerungen und zentralen Empfehlungen beziehen sich ausschließlich auf die Dorferneuerung und -entwicklung in Niedersachsen.

Wie sich die Länder in der Ausgestaltung ihrer Fördermaßnahme auf Beteiligung fokussieren, zeigt **Tabelle 14**.

Tabelle 14: Ansätze für Beteiligung in der Förderausgestaltung der Maßnahme Dorferneuerung und -entwicklung

	Hessen (HE)	Niedersachsen (NI)	Mecklenburg-Vorpommern (MV)	Nordrhein-Westfalen (NRW)
Fokus	Einzeldorf/ Ortsteil Dorferneuerungskonzepte ¹	Einzeldorf/ Ortsteil Dorferneuerungspläne ²	Gemeinde Flächendeckende Dorferneuerungspläne (Gemeinde)	Gemeinde, Ortskern Einzelprojektförderung
Dorferneuerungspläne und -konzepte	Fördervoraussetzung. Fördervorgaben zu Inhalten, Struktur, Nutzungskonzepten	Fördervoraussetzung. Fördervorgaben zu Inhalten, Struktur	Förderfähig. Geringe Umsetzung	Förderfähig. Geringe Umsetzung
Beteiligungsstrukturen	Fördervoraussetzung. Beteiligte: Dorfbevölkerung, Gemeinde, Verwaltung, Planer. Arbeitskreis Dorferneuerung. Gesamte Förderzeit	Fördervoraussetzung. Beteiligte: Dorfbevölkerung, teilw. Gemeinde, teilw. Verwaltung, Planer. Arbeitskreis Dorferneuerung. Begrenzt auf Planerstellung	Keine Fördervoraussetzung	Keine Fördervoraussetzung

¹ seit 2012 Förderung von Kommunen über Integrierte kommunale Entwicklungskonzepte (IKEK)

² seit 2013 Förderung von Dorfregionen

Quelle: Eigene Darstellung nach Richtlinien zur Integrierten ländlichen Entwicklung und EPLR der Bundesländer.

3.3.2.1 Befunde: Beteiligung in der Planungsphase

Die unterschiedlichen Ansätze in den vier Ländern werden in der Planungsphase offensichtlich.

In **Hessen** basiert die Förderung auf den mit Beteiligung der Bevölkerung zu erstellenden Dorfentwicklungskonzepten. Die Erstellung wird durch eine externe Moderation bzw. ein Planungsbüro angeleitet und begleitet. Zu Beginn der Verfahren sind auf der Dorfebene Arbeitskreise zu gründen, über die die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger organisiert ist (Arbeitskreis-Dorferneuerung). Diese Arbeitskreise arbeiten über die gesamte Förderlaufzeit von acht Jahren zusammen. Daneben entstehen auch themen- und projektbezogene Arbeitsgruppen. Die konkret ausgestalteten inhaltlichen und thematischen Vorgaben zu den Dorfentwicklungskonzepten füh-

ren zu einer intensiven Auseinandersetzung der Beteiligten mit den aktuellen Themen wie demografischem Wandel und Innenentwicklung. Dabei werden Ziele für die (zukünftigen) Entwicklungen im Dorf und zukunftsorientierte Lösungen erarbeitet, z. B. Nutzungskonzepte für die Gemeinschaftseinrichtungen einer Kommune oder neue Trägermodelle für Gemeinschaftshäuser (Ergebnis Dorfstudie 2014). Dabei ist die Begleitung der Konzepterstellung durch die externe Moderation entscheidend. Ihre Aufgabe besteht darin, zum einen Begrifflichkeiten und Themen zu erklären und zum anderen die Abstimmung zwischen den beteiligten Ebenen zu begleiten. Aus der Sicht der haupt- wie ehrenamtlichen Beteiligten sind damit ein hoher zeitlicher Aufwand und eine intensive Beschäftigung verbunden: Es sind viele (zumeist Abend-)Termine erforderlich, um Inhalte zu erarbeiten und zu einer konkreten Projektliste zu kommen (Ergebnisse Dorfstudie 2012, 2014).

In **Niedersachsen** steht am Anfang der Dorferneuerung in den meisten Fällen eine Bürgerversammlung. Für die Beteiligung der Bevölkerung ist der sich gründende Dorferneuerungsarbeitskreis entscheidend, in dem neben Menschen aus dem Dorf auch MitarbeiterInnen der Verwaltung und der Bewilligungsstelle vertreten sind. Die Dorferneuerungspläne werden gemeinsam mit einem Planungsbüro erstellt, das den Dorferneuerungsarbeitskreis leitet und den Prozess begleitet. Die Phase der Planerstellung ist in NI geprägt von regelmäßigen Treffen des Arbeitskreises unter Einbeziehung einzelner Gruppen (z. B. Landwirte), von Ortsbegehungen sowie den Diskussionen und der Erarbeitung von Projektvorschlägen. Der Schwerpunkt liegt hier in der Regel auf baulich-gestalterischen Themen. Die Arbeit des Arbeitskreises endet leider häufig mit der Planerstellung. In einigen Dörfern bleibt er dennoch auf Engagement und Initiative der Mitglieder im Dorf oder der Gemeindeverwaltung bestehen. Aus den Gesprächen vor Ort konnte abgeleitet werden, dass in der Planungsphase eine hohe Erwartungshaltung der Teilnehmenden und Beteiligten an die Möglichkeiten der Dorferneuerung geweckt wird (Ergebnis Dorfstudie 2014).

In **Mecklenburg-Vorpommern** und **Nordrhein-Westfalen** kann es im Rahmen der Dorferneuerungsförderung zu Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern kommen. Sie ist aber ebenso wenig wie die Erstellung von Konzepten bzw. Plänen als Fördervoraussetzung oder Fördervorgabe programmiert. Wenn Gemeinden sich in **NRW** dazu entschließen, ein Dorf- bzw. Dorffinnenentwicklungskonzept (DIEK) zu erstellen, ist die enge Zusammenarbeit zwischen Gemeindeverwaltung, Ortsvorstehern, Vereinen, und Bewohnerinnen und Bewohnern gewünscht. Dieser Dialog kann unter Anleitung eines Planungsbüros erfolgen, das Verfahren zur Beteiligung ist formell nicht weiter geregelt. Im Förderzeitraum 2007 bis 2013 haben sich insgesamt 29 Gemeinden/Dörfer dazu entschlossen, ein Dorf- bzw. Dorffinnenentwicklungskonzept (DIEK) zu erstellen. Hierbei waren die Bevölkerung und sonstige Akteure vor Ort in „geeigneter“ Weise zu beteiligen. Die Anerkennung der Art und Weise dieser Beteiligungsprozesse obliegt den Bewilligungsbehörden. Mögliche Ansätze, welche Partizipationsformen zur Anwendung kommen können, sind in einer Handreichung für Akteure vor Ort aufgeführt (MKULNV, 2012). Ziel ist es, die Dorfentwicklung als dauerhaften Prozess in Gang zu bringen. Deshalb sollen auch nach Abschluss der Planungsphase die Arbeitskreise bestehen bleiben und ihre Arbeit fortsetzen (Bezirksregierung Düsseldorf, 2013). Ob sich nach Abschluss der Konzepterstellung aus der Beteiligung zukunftsfähige Strukturen in Form von

neuen Bürgervereinen und Trägerschaften entwickeln und es tatsächlich zu einer Verstärkung der Prozesse kommt, hängt stark vom Engagement der jeweiligen Akteure vor Ort ab. In Mecklenburg-Vorpommern spielen Beteiligungsverfahren im Rahmen von Dorfentwicklungsplänen bzw. -konzepten keine Rolle. Denn die Förderung basiert auf „alten“ Dorferneuerungsplänen aus dem Anfang der 2000er Jahre, neue Konzepte werden kaum erstellt.

3.3.2.2 Befunde: Beteiligung in der Umsetzungsphase

Die vier Länder haben die Weiterführung der Beteiligung der Bevölkerung in die Umsetzungsphase unterschiedlich ausgestaltet. In HE ist die Weiterführung des Arbeitskreises-Dorferneuerung Fördervoraussetzung. In NI ist seine Weiterarbeit nicht als Fördervorgabe formuliert. NRW und MV haben hierzu auch keine Fördervorgaben gemacht.

Im Folgenden werden die sich daraus ergebenden Unterschiede im Verlauf der Dorferneuerungsprozesse aus den Untersuchungsergebnissen ausgeführt.

In **Hessen** trägt vor allem der Arbeitskreis-Dorferneuerung von der Planungsphase aus als feste Gruppe die Umsetzung der Projekte und bringt sie voran, in dem sie weitere Vereine, Gruppierungen wie auch einzelne Personen zusammenführt: *„Es wurde der Sportverein mit der Jugend integriert. Die Gemeinschaft funktioniert sehr gut.“* (Mitglied Arbeitskreis-Dorferneuerung, Hessen). Die erstellten Dorfentwicklungskonzepte sind während der Umsetzung als Basis von Bedeutung. In den Untersuchungsdörfern der Dorfstudie konnte eine kontinuierliche und stabile Beteiligung über die gesamte Förderlaufzeit festgestellt werden. Auf der Dorfebene beteiligen sich im Arbeitskreis-Dorferneuerung und darüber hinaus die „üblichen Verdächtigen“ und „alten Hasen“ ebenso wie „neue Besen“, d. h. Personen, die sich projektbezogen einbringen und sich von den allgemeinen Entwicklungszielen der Förderung in der Dorfentwicklung, unabhängig von „Ver-einsmeierei“, angesprochen fühlen. In den Beteiligungsprozessen wird Ausgestaltung der Projekte an zukünftige Bedarfe und Nutzungsansprüche angepasst, so dass ein verbesserter Zuschnitt auf die dörflichen Gegebenheiten und Bedürfnisse gelingt. In den acht Untersuchungsdörfern konnten einzelne Personen als Leitfigur und Träger der Dorfentwicklung ausgemacht werden. Sie sind sowohl Ansprechpartner für die beteiligten Ebenen mit Multiplikator-Funktion im Dorf wie auch Bauherren und Baustellenleiter, Projektmanager und -entwickler und Controller. Brüche in der Beteiligung und Rückzug aus der Zusammenarbeit entstehen auf der Dorfebene, wenn sich der Prozess in der Planung verliert und eine Umsetzung ausbleibt. Es kommt zu Frustration bei den Beteiligten, wenn Entscheidungen und Abläufe nicht ausreichend und transparent kommuniziert werden. Andererseits entwickelte sich in den Dorfentwicklungsprozessen eine gute Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Ebenen: *„Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde ist zu loben: wir bekommen deutliche Unterstützung. Sie hat immer ein offenes Ohr“* (Vorsitzender Arbeitskreis-Dorferneuerung, Hessen, 2014). Auf der Ebene der Gemeinden wurde deutlich, dass die Umsetzungsphase die Verwaltungen vor hohe Anforderungen stellt. Häufige Personalwechsel

bedeuten Reibungsverluste durch Einarbeitung und Abstimmung und verzögern die Projektumsetzung.

In **Niedersachsen** entwickelt sich in der Umsetzungsphase ein breites Spektrum an Beteiligungsarten. Hier zeigt sich die Eigeninitiative der Dorfbevölkerung bei der Arbeit an konkreten Projekten. In einigen Fällen werden zentrale Akteure des Dorfes (z. B. Vorsitzender des Arbeitskreises Dorferneuerung) von der Verwaltung in die Projektumsetzung einbezogen, um die Beteiligung der Bevölkerung in der Umsetzungsphase weiterzuführen; in anderen Fällen führt der Dorferneuerungsarbeitskreis auf Betreiben der Gemeinde seine Aktivitäten über die gesamte Umsetzungsphase fort. Eine konkrete Vorgabe dazu von Seiten des Landes ist nicht formuliert. Entsprechend ist die Beteiligung je nach Engagement der Gemeinde sehr unterschiedlich. Auf der Seite der Verwaltung und Politik spielt die Offenheit für die Bedürfnisse und Interessen der Dorfebene eine entscheidende Rolle für eine gelingende Projektumsetzung. Wie die Dorfstudien zeigen, haben die Gemeindevertretungen eine zentrale Stellung im Hinblick auf Beteiligung in der Umsetzungsphase. Auch die Entscheidungshoheit der Kommune spielt dabei eine Rolle. Lässt sich ein mangelnder Wille zu einer ernst gemeinten Zusammenarbeit mit der Dorfbevölkerung erkennen, führt das zu Frust auf der Dorfebene: *„Ja, weil einfach der ursprüngliche Plan dessen, was dieser Arbeitskreis erarbeitet hat an Förderungsmaßnahmen, letztlich ja nur zu einem aus unserer Sicht geringen Teil umgesetzt wurde.“* (Ortsvorsteher). Der Eindruck auf der Dorfebene ist, *„Eigeninitiative ist, bedingt wahrscheinlich auch durch die politischen Konstellationen hier, von der Politik überhaupt nicht gewollt“* (Vorsitzender Arbeitskreis Dorferneuerung, Niedersachsen). Das Ziel der Aktivierung der Dörfer hin zu mehr Eigeninitiative wird nur in Einzelfällen erreicht.

Auch ohne Fokus im Förderrahmen und der Förderausgestaltung kommt es in den beiden Ländern **Mecklenburg-Vorpommern** und **Nordrhein-Westfalen** zu Beteiligung und Zusammenarbeit.

In **Mecklenburg-Vorpommern** wird in gemeinsamer Abstimmung innerhalb der Gemeindevertretungen von den Ortsteilvertretern die Entscheidung über Projektprioritäten getroffen. Gerade bei Arbeiten an Dorfgemeinschaftshäusern oder bei Projekten, die von Vereinen getragen werden, ist die Beteiligung im Zuge der Projektumsetzung besonders intensiv. Motiviert und angespornt durch den Fördergegenstand legt die Dorfbevölkerung selber Hand an, und es erfolgen Arbeiten „rund um“ das Förderprojekt in Eigenleistung wie z. B. Pflaster-, Garten- oder auch Näharbeit (z. B. Gardienen). Darüber hinaus erfolgt Beteiligung in Form von Sponsoring, verstärkt auch vor dem Hintergrund der engen kommunalen Haushalte: *„Die Bürger ... bringen auch ganz viel Eigeninitiative, Engagement, Ehrenamt. Ganz viel läuft über Ehrenamt, ... und über Sponsoren. Das ist ja jetzt so in den letzten Jahren“* (Bürgermeister, Mecklenburg-Vorpommern, 2014).

Der ländliche Raum **Nordrhein-Westfalens** ist von großen Gemeinden mit vielen Ortsteilen geprägt. Auf Ortsteilebene entwickeln sich temporäre, projektbezogene Aktivitäten und Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern z. B. im Rahmen der Teilnahme am Dorfwettbewerb, oder bei Baumaßnahmen in Eigenleistung am Dorfgemeinschaftshaus. Auch überörtliche Zusammenarbeit konnte in den Dorfstudien identifiziert werden, z. B. über die Entwicklung von

Tourismuskonzepten, die gemeinsame Nutzung von Sportstätten oder bei kirchlichen Aktivitäten. NRW verfolgt die Strategie, die Dorferneuerung mit dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, der im Land einen hohen Stellenwert hat, zu verknüpfen. Die Ergebnisse der Dorfstudie zeigen, dass die Wettbewerbsteilnahme im Dorf selbst zu ehrenamtlichem Engagement seitens der Bevölkerung führt, hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen den Ortsteilen / Dörfern konnte jedoch folgende Meinung eingefangen werden: *„Bei der Kirche arbeitet man zusammen, mit den Sportvereinen auch, ... in diesem Dorfwettbewerb kann man sagen, da ist man letztlich Kontrahent“* (Mitglied Arbeitskreis Dorf, Nordrhein-Westfalen, 2014). Wie in MV konnte auch in NRW die zunehmende Bedeutung von Spendengeldern ortsansässiger Firmen für die Umsetzung von Projekten als fruchtbare Art von Zusammenarbeit auf der örtlichen Ebene ermittelt werden.

In **Hessen** und **Nordrhein-Westfalen** werden im Prozess der Dorferneuerung und -entwicklung in der Zusammenarbeit auf der Dorfebene neue Beteiligungsformen ausprobiert. In NRW hat z. B. ein Dorfverein in Eigeninitiative eine schriftliche Bürgerbefragung zur örtliche Situation gestartet: *„Also diese Dorfbefragung, die wir gemacht haben, da ging's eigentlich mehr darum zu erfragen, wie fühlen sich die Leute hier, was finden sie gut, was finden sie nicht so gut“* (Mitglied Arbeitskreis Dorf, Nordrhein-Westfalen, 2014). Darüber hinaus kann es zur Gründung neuer Bürger- und Trägervereine kommen: *„Also, wenn man so will, ist aus dem Dorfentwicklungsplan vielleicht dieser Arbeitskreis Dorf entstanden, das könnte man schon sagen, vielleicht auf kleinen Umwegen, aber den gibt es jetzt. ... Wäre vielleicht auch so passiert, aber man hat vielleicht da die Notwendigkeit eher“* (Mitglied Arbeitskreis Dorf, Nordrhein-Westfalen, 2014).

In den Dorfstudien zeigte sich auch eine verbindende Gemeinsamkeit: In allen Ländern ist die Umsetzungsphase von der hohen Bürgerbeteiligung in Form von Eigenleistung „am Bau“ an konkreten Gemeinschaftsprojekten wie z. B. den Dorfgemeinschafts- oder Bürgerhäusern geprägt. Die (Zusammen-)Arbeit bei den baulichen Maßnahmen in den Dörfern, meistens Gemeinschaftseinrichtungen, führt die verschiedenen Vereine, Gruppen wie auch Einzelne auf den Baustellen zusammen und wirkt als „Zement“, der den Dorfentwicklungsprozess zusammenhält. Beispiele aus den vier Ländern zeigt die folgende **Abbildung 8**.

Abbildung 8: Projektbeispiele dörflicher Gemeinschaftsprojekte

Quelle: Eigene Darstellung (Fotos: Fengler, Moser, Peter, 2014).

Die Trägerschaft für das Haus der Generationen in Hessen hat der örtliche Heimatverein übernommen, der sich in der Umsetzungsphase sehr engagiert und mit vielen Aktivitäten eingebracht hat. Diese Trägerschaft ist quasi ein Modell für die zukunftsfähige Nutzung von Gemeinschaftseinrichtungen, die die Gemeinde auch in ihren weiteren Ortsteilen umsetzen möchte. Das Haus der Dienstleistungen in einem niedersächsischen Dorf entstand aus einer langen und intensiven Diskussion um die bauliche Umsetzung. Durch die Beteiligung im Dorf, hier bestand der Dorferneuerungsarbeitskreis auf Initiative der Gemeinde weiter, wurde hohe Eigenleistung bspw. beim Abriss des alten Gebäudes, dem Innenausbau und der Platzgestaltung eingebracht; vervollständigt durch Spenden für die Inneneinrichtung.

Es zeigte sich in allen Dorfstudien der vier Länder, dass die Beteiligung eine hohe Akzeptanz der geschaffenen Einrichtungen auslöst und damit auch zu einer höheren Identifikation mit dem Ort führt. Das ehrenamtliche Engagement bei den durchgeführten Projekten füllt die Häuser mit neuem Leben.

3.3.2.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Aus den Ergebnissen lassen sich wesentliche Faktoren für gelingende Beteiligungsprozesse zusammenfassen. Wenn Beteiligung in den Prozessen gewollt ist, sollten die Fördervorgaben den entsprechend strukturierten Rahmen bieten. Darüber hinaus braucht Beteiligung

- thematische und konzeptionelle Anleitung und Begleitung während der verschiedenen Phasen.
- Kontinuität und Stabilität der Beteiligten. Es gilt, Wechsel von Personal, Fördergrundlagen, Planern usw. zu vermeiden.

- die Offenheit der Gemeindevertretungen und der Verwaltungsebene für die Interessen und Bedürfnisse der Dorfebene.
- Transparenz der Entscheidungsstrukturen: die Grenzen und Möglichkeiten müssen offen dargestellt werden, und der Informationsfluss zwischen der Gemeindeverwaltung, der Dorfbewölkerung und der Bewilligungsstelle ist so zu gestalten, dass alle Beteiligten den gleichen Stand haben.
- ausreichend Ressourcen für die Umsetzung der entwickelten Ziele und Inhalte.

Die Möglichkeiten zur Beteiligung in der Planungsphase in Niedersachsen sind gut und werden genutzt. Die hier stattfindende Bearbeitung von Projektvorschlägen führt zu einer besseren Anpassung der Projekte an die dörflichen Gegebenheiten und Bedürfnisse. Die unterschiedliche Fortführung des Dorferneuerungs-Arbeitskreises nach Fertigstellung des Dorferneuerungsplans und der Vergleich zu Hessen zeigt, dass die Beteiligungspotenziale nicht in allen Dörfern ausgeschöpft wurden. Die Fortführung des Arbeitskreises hätte in den Dörfern grundsätzlich die Möglichkeit zur weiteren Einbeziehung der Bevölkerung geboten. In Hessen hat sich gezeigt, dass dies zu Diskussionsprozessen über die Jahre geführt hat, und im Endeffekt eine hohe Zufriedenheit der Akteure mit der Dorferneuerung zur Folge hatte. Dies war in Niedersachsen seltener der Fall. Wenn mehr Beteiligung über die Planungsphase hinaus erfolgen soll, muss diese auch gefordert und unterstützt werden.

Darüber hinaus sind die Gemeinden die zentralen Akteure – hier muss echte Beteiligung gewollt sein und nicht (nur) als Mittel zum Zweck der Fördergeldeinwerbung verstanden werden. Hier könnten Veranstaltungen, guten Beispiele u. ä. Überzeugungsarbeit leisten.

In mehreren Dörfern hat sich auch gezeigt, dass mit der Bürgerbeteiligung Hoffnungen geweckt wurden, die sich am Ende nicht erfüllt haben. Daher sollten Ziele, Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung deutlicher kommuniziert werden, um Frustration auf der Dorfebene vorzubeugen.

3.4 Programmwirkungen

3.4.1 Vertiefungsthema 2 – Dynamik im Agrarsektor

Übergeordnetes Ziel des Vertiefungsthemas 2 „Dynamik im Agrarsektor“ ist es, die Wirkungen der EPLR auf die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Agrarsektoren, unter Berücksichtigung der Einflüsse regionalspezifischer Determinanten, zu bewerten. Die regionalen Agrarsektoren der Bundesländer werden zusammen analysiert, da die einzelne Betrachtung der Bundesländer für diese Analysen zu wenige Vergleichsansätze bietet. Im Rahmen der Bewertung der Auswirkungen der EPLR auf die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Agrarsektoren sollen folgende Fragestellungen untersucht werden:

- Wie hat sich die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors unter Berücksichtigung der geleisteten ELER Förderzahlungen in der Vergangenheit entwickelt und welche regionalen Unterschiede lassen sich erkennen?
- Welches sind die wesentlichen Determinanten, die die Wirkungen der ELER Programme beeinflussen und wie ist deren regionale Bedeutung im Zusammenhang mit verschiedenen Maßnahmenkombinationen zu bewerten?
- Welche Erklärungsansätze lassen sich zu direkten und indirekten Wirkungen der EPLR unter Berücksichtigung regionaler Einflussfaktoren bestimmen?

Zur Bearbeitung und Beantwortung dieser Fragestellungen ist eine Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden notwendig. Hierzu werden statistische Ansätze mit vertiefenden (überwiegend) qualitativen Untersuchungen in Fallstudienregionen kombiniert.

In der aktuellen Bearbeitungsphase wurden das Konzept und Untersuchungsfragen für die Fallstudien überarbeitet und spezifiziert. Ziel der Fallstudien ist es, Erklärungsansätze für die regionalspezifischen Wirkungszusammenhänge zwischen wesentlichen Determinanten der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit und dem *PROFIL*-Förderprogramm zu liefern. Es wird untersucht, wie verschiedene regionale Faktoren und Hemmnisse unter Berücksichtigung der bestehenden Maßnahmenkombinationen die sektorale Wirkung der EPLR beeinflussen; zudem werden weiterführende Erklärungsansätze für regionalspezifische Wirkungszusammenhänge entwickelt.

Die folgende Darstellung fasst Ergebnisse der ersten Runde der Fokusgruppendifkussionen und Experteninterviews zu den regionalen Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors in den beiden Fallstudienregionen Nordseemarschen und -geesten und Leinebergland zusammen.

Ziel der ersten Runde der Fokusgruppendifkussionen und Interviews mit Mitarbeitern der Landwirtschaftskammer, Bewilligungsstellen, Vertretern verschiedener Verbände (Landvolk, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Maschinenringe) sowie von Raiffeisen- und Volksbanken war es, wesentliche regionale Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors in den Fallstudienregionen zu identifizieren. Dabei wurden Entwicklungen in den Primärsektoren, den vor- und nachgelagerten Bereichen und anderen Sektoren berücksichtigt. Die Diskussionen lassen sich in verschiedene mit den Stakeholdern identifizierte Hauptthemen strukturieren, aus denen die wesentlichen Einflussfaktoren hervorgehen.

3.5.1.1 Einflussfaktoren

Strukturwandel

Der Strukturwandel wird in der Region Nordseemarschen und -geesten als durchschnittlich eingeschätzt. Die geringe Parzellengröße und mögliche Vorgewendebreite, die kaum für große Maschinen geeignet sind, sowie eine nicht wachstumsgetriebene Mentalität und geringe Betriebs-

aufgabe werden als begrenzende Faktoren für einen stärkeren Strukturwandel gewertet. Dabei wurde auch hervorgehoben, dass viele Familienbetriebe nicht zu sehr vergrößern wollen und eine Milchviehhaltung ohne Zugang zur Weide ablehnen. Eine Ausnahme innerhalb der Region stellt das „nasse Dreieck“ dar, wo durch eine andere, eher wachstumsorientierte Mentalität, gezielte wachstumsorientierte Beratung (Beraterereffekt) und Nachahmefekte ein stärkerer Strukturwandel stattgefunden hat, beispielsweise im Milchsektor hin zu Betrieben mit mehr als 500 Milchkühen. Die vermehrte Stallhaltung führt zu einem höheren AK-Bedarf. Aber es stehen nur wenige Auszubildende zur Verfügung und Betriebe haben Probleme, gute Mitarbeiter zu finden.

Bei der Region Leinebergland handelt es sich überwiegend um eine Ackerbauregion mit einem relativ geringen Stellenwert der Tierhaltung. Der Strukturwandel ist hier stärker als im Nordwesten ausgeprägt. Gerade im Ackerbau ist ein deutliches Betriebswachstum zu beobachten. Im Zuge der Ausdehnung des Ackerbaus wird die Viehhaltung aufgegeben. Veränderte Familienstrukturen mit wesentlich weniger verfügbarer Familienarbeitskraft tragen zum Strukturwandel bei. Betriebe versuchen durch Zusammenschlüsse und Kooperation die Auslastung von Maschinen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Grundsätzlich hat in beiden Fallstudienregionen die Gründung von Lohnunternehmen stark zugenommen. Besonders hervorgehoben werden dabei die neuen (und vermehrten) Management-Herausforderungen an die Betriebsleitung (z. B. Mitarbeiterführung), die aus der wachstumsbedingten Gründung von Lohnunternehmen resultieren. Zum Teil werden die neuen Aufgaben von einem Steuerbüro übernommen, aber grundsätzlich entstehen dadurch neue Aufgaben und Themengebiete für die Beratung und Ausbildung der Landwirte.

Biogas

Die Biogasentwicklung ist in den Geestgebieten der Fallstudienregion Nordseemarschen und -geesten ein wesentlicher Faktor, der die Nachfrage nach Land erhöht und damit den Pachtpreis steigen lässt. Hier wurde von Pachtpreisen bis zu 1.000 Euro je ha berichtet. Ca. 50 % des angebauten Maises wird als Rohstoff für Biogasanlagen verwendet. Durch die Biogasanlagen, zum Beispiel im Landkreis Wittmund, entsteht eine große Flächenkonkurrenz für Milchviehbetriebe. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass nur eine begrenzte Fläche in der Region für Maisanbau geeignet ist, wodurch die Knappheit der Flächen steigt und damit die Pachtpreise für Ackerland weiter nach oben getrieben werden. Im Sog der steigenden Pachtpreise für Ackerland steigen auch die Pachtpreise für Grünland, wodurch weiterer Druck auf die Wettbewerbsfähigkeit des Milchsektors entsteht. Im Gegensatz dazu hat die Biogasentwicklung in den Landkreisen Friesland und Wesermarsch nur einen sehr geringen Einfluss auf die Pachtpreise, da hier kein Maisanbau möglich ist.

In der Region Leinebergland hat die Biogasentwicklung nur eine relativ geringe Bedeutung und wurde insgesamt nicht als wesentlicher Einflussfaktor für die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors identifiziert. Nur auf lokaler Ebene wurden Auswirkungen auf die Bodenpreise als relevant betrachtet, wobei die Entwicklung von lokalen „Biogas-Hotspots“ stark von

den dort tätigen Beratern abhängig sei. Ein wichtiger Einflussfaktor auf die Flächenknappheit und steigenden Bodenpreise ist die außerlandwirtschaftliche Landnutzung (z. B. für Infrastrukturprojekte). Bis zu 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche gingen zwischen 1979 und 2010 in der Region verloren.

Windenergie

Windenergie ist für die Einkommensdiversifizierung von landwirtschaftlichen Betrieben in den Küstengebieten der Fallstudienregion Nordseemarschen und -geesten von Bedeutung. Auch Photovoltaik wurde in diesem Zusammenhang als relevante Option zur Einkommensdiversifizierung (Verpachtung der Dächer) genannt. Allerdings wurde der Einfluss der Windenergie auf die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors in der gesamten Fallstudienregion als relativ gering eingeschätzt. Genehmigungen für neue Standorte sind schwer zu bekommen und an der Küste werden mittlerweile überwiegend alte Windmühlen durch neue und größere ersetzt (und weniger neue Standorte erschlossen). Geringe Auswirkungen auf den Pachtpreis wurden als Folge der Einkommensdiversifizierung und einer größeren Zahlungsbereitschaft für Pachtflächen identifiziert. Dabei wurde hervorgehoben, dass die Auswirkungen der Windenergie davon abhängen, wie die Verteilung der Einnahmen an die landwirtschaftlichen Betriebe im Umkreis der Windanlage erfolgt. Eine relativ gleichmäßige Verteilung der Einnahmen aus der Windenergie an alle lokalen Betriebe verringert das Risiko von Verdrängungseffekten durch die Betriebe, auf deren Land die Windanlagen installiert wurden.

Auch in der Fallstudienregion Leinebergland wurde der Einfluss der Windenergie auf die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors als gering eingeschätzt. Hervorzuheben ist hier, dass das Thema Windenergie nicht von den Teilnehmern der Fokusgruppendifkussion zur Diskussion gestellt wurde, sondern nur auf Nachfrage des Projektteams angesprochen wurde.

Marktpreise und Produktionskosten

Milchpreise und deren Schwankungen sind für die Wettbewerbsfähigkeit des Milchsektors in den Nordseemarschen und -geesten ein wesentlicher Einflussfaktor der Wettbewerbsfähigkeit des Milchsektors. In Regionen, in denen ein stärkeres Wachstum der Milchviehbetriebe stattgefunden hat (z. B. im Landkreis Wesermarsch), wirken sich außerdem hohe Kraftfutterkosten auf die Wettbewerbsfähigkeit aus. Der vermehrte Zukauf von Raps, Soja und Mais erhöht die Produktionskosten. Dies kann sich in diesen Regionen teilweise stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken als die Pachtpreisentwicklung, die innerhalb der Fallstudienregion aufgrund der kleinräumig variierenden Landnutzungs konkurrenzen deutliche Unterschiede aufweist (Pachtpreise von 250 Euro bis 1.000 Euro je ha). Neben den Kraftfutterkosten und Pachtpreisen werden auch höhere Diesel- und Düngerkosten hervorgehoben.

Auch in der Fallstudienregion Leinebergland wird die Marktpreisentwicklung im regionalen Produktionsschwerpunkt Ackerbau als ein wesentlicher Einflussfaktor eingeschätzt. Gute Getreide- und Zuckerrübenpreise haben die Entwicklung von Nebenerwerbsbetrieben im Ackerbaubereich

begünstigt, Betriebe mittlerer Größe um 70 ha am Leben erhalten und zur Reduzierung der Tierhaltung beigetragen.

Vermarktung

Die Situation im Verarbeitungs- und Vermarktungssektor wurde in der Fallstudienregion Nordseemarschen und -geesten unterschiedlich bewertet. Einerseits wurde hervorgehoben, dass die Milchvermarktung gut aufgestellt ist und funktionierende Vermarktungsstrukturen im Zuchtviehbereich bestehen, die sich besonders auf die Exportentwicklung positiv ausgewirkt haben. Andererseits wurden auch ein mangelnder Wettbewerb im Milchverarbeitungs- und -vermarktungssektor und daraus resultierende Abhängigkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe in Form von langfristigen Verträgen und Bindungen zu niedrigen Preisen kritisiert. Zum Teil wurde die Marktmacht der nachgelagerten Bereiche als der wesentliche Einflussfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Milch- und Fleischerzeuger identifiziert. Einheitlich wurde von allen Teilnehmern eine unzureichende Infrastruktur für eine Ausdehnung der Fleischproduktion in der Region hervorgehoben. Weite Transportwege wirken sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus und sind im Hinblick auf Tierwohl-Aspekte kritisch zu bewerten.

Auch in der Fallstudienregion Leinebergland wird die fehlende Infrastruktur im nachgelagerten Bereich der Schweine- und Rindermast als begrenzender Faktor der Wettbewerbsfähigkeit dieser Sektoren bewertet. Allerdings ist die Tierhaltung auch durch fehlendes Interesse und einen geringen Stellenwert bei Landwirten (gerade auch bei Junglandwirten) zurückgegangen, so dass die fehlende Infrastruktur im nachgelagerten Bereich nicht nur ein treibender Faktor des Rückgangs der Tierhaltung war, sondern auch als Konsequenz des Rückgangs der Tierhaltung zu betrachten ist. Auch die Siedlungsstruktur und die daraus resultierende Kompaktheit der Dörfer limitiert die Entwicklungsmöglichkeit der Tierhaltung, da Erweiterungen oder Neubauten nur in größerer Entfernung (Aussiedlung) möglich sind.

Regional- und Direktvermarktung

Regional- und Direktvermarktung wird in regionalen Entwicklungskonzepten als Entwicklungspfad hervorgehoben. Allerdings wird das tatsächliche Potenzial für eine Regional- und Direktvermarktung in der Fallstudienregion Nordseemarschen und -geesten unter den gegebenen Rahmenbedingungen eher skeptisch bewertet und nur als relevant für die Entwicklung und Ausnutzung von Nischen im Agrarsektor betrachtet. Ein Grund wird in der fehlenden Tradition einer Regionalvermarktung gesehen („*nur Gemüse wird auf wenigen Wochenmärkten angeboten*“). Direktvermarktung war in der Vergangenheit nur in wenigen Fällen im Verbund mit einem Hof-Café erfolgreich. Allerdings wird die Direktvermarktung durch Hofläden oft durch die starke Spezialisierung der Betriebe auf Milch erschwert. Das heißt der Hofladen kann an eigenen Produkten nur Milchprodukte anbieten und alle anderen Produkte (z. B. Gemüse) müssen zugekauft werden. Neben den höheren Kosten durch den Zukauf von Produkten wird der fehlende Spielraum für die Integration des zusätzlichen Arbeitsaufwands einer Direktvermarktung in das Betriebsmanagement als begrenzender Faktor dargestellt. Das Potenzial erscheint auch durch eine geringe Nachfrage nach

direktvermarkteten Produkten aufgrund der geographischen Lage der Region (fehlende Nachfrage aus Großstädten – kein „Speckgürtel“) begrenzt.

Teilnehmer in den Fokusgruppendifkussionen und Experteninterviews in der Fallstudienregion Leinebergland haben dem Thema Regional- und Direktvermarktung nur eine geringe Bedeutung beigemessen. Generell handelt es sich dabei eher um Einzelfälle und Nischen mit geringer Dynamik und Potenzial.

Allerdings wurde in beiden Fallstudienregionen hervorgehoben, dass die Rolle und der Einfluss der Beratung und Ausbildung auf die Realisierung von Nischen in der Regional- oder Direktvermarktung unbefriedigend sind. Um eine stärkere Umsetzung einer Regional- und Direktvermarktung, gerade auch in der bäuerlichen Landwirtschaft bei kleineren und mittleren Betrieben, zu erreichen, muss die Ausbildung und Beratung der Landwirte stärker auf diese Bereiche ausgerichtet sein (z. B. Knowhow zu einer besseren Integration des zusätzlichen Arbeitsaufwands in das Betriebsmanagement und welches Produkt unter welchen Bedingungen Potenzial für Stammkunden hat).

Beratung und Ausbildung

Ausbildung und Beratung wurden in beiden Fallstudienregionen als wichtige Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit identifiziert. Schlüsselaspekte sind hierbei die Ausbildung und Beratung von Junglandwirten und Nebenerwerbslandwirten, Integration neuer Beratungsschwerpunkte und ein stärkerer Fokus auf die Rolle der Frau in der Landwirtschaft.

Neue Schwerpunkte für die Ausbildung und Beratung sollten die veränderten Management-Herausforderungen an die Betriebsleiter reflektieren, die aus dem Betriebswachstum vom klassischen Familienbetrieb zum Lohnunternehmen entstanden sind. Personalmanagement und die Koordination der Tätigkeiten insbesondere von schnell gewachsenen Betrieben stellen neue Herausforderungen für die Betriebsleitung dar. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der Frau in der Betriebsentwicklung hervorgehoben (*„Frauen sind oft treibende Kraft des betrieblichen Wachstums“*). Außerdem übernehmen Frauen zumindest teilweise neue Aufgaben des Betriebsmanagements. Folglich sollten Beratungsseminare in den Bereichen Betriebswirtschaft und Büroaufgaben stärker auf die Rolle der Frau ausgerichtet sein. In diesem Zusammenhang wurde im Leinebergland der Beitrag der Förderung von Büromanagerinnen zur Verbesserung des Betriebsmanagements hervorgehoben. Die Seminare zur Förderung von Büromanagerinnen funktionieren sehr gut und sollten zukünftig weiter gefördert werden.

Neben den neuen Managementanforderungen wurde eine stärkere Berücksichtigung der Förderung von Kooperation innerhalb der Landwirtschaft und von Kommunikationsfähigkeiten der Landwirte als wichtiger Bestandteil der Ausbildung und Beratung in beiden Fallstudienregionen hervorgehoben. Unzureichende Kommunikationsfähigkeiten tragen zu dem schlechten Image der Landwirtschaft in der Bevölkerung bei und wirken sich somit negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors aus. Pädagogische Ausbildungen, auch in Kooperationen mit Schulen und in

Zusammenarbeit mit anderen Akteuren des ländlichen Raums, wurden als ein integrierter Ansatz zur Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit und der Imagebildung identifiziert. Mit der verstärkten Beratung von Junglandwirten wird die Erwartung verknüpft, zukunftsorientiert die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsförderung zu verbessern und die Umsetzung neuer innovativer Ideen zu fördern.

Weiterhin wurde in der Fallstudienregion Nordseemarschen und -geesten ein stärkerer Fokus der Beratung auf eine Steigerung der Energieeffizienz, klimarelevante Aspekte und Tierwohl als wichtige Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors gefordert. Dagegen wurde in der Fallstudienregion Leinebergland durch den Anstieg an Nebenerwerbsbetrieben im Ackerbaubereich eine verstärkte Nachfrage nach Beratungsangeboten für Nebenerwerbsbetriebe (z. B. zu Aspekten des Betriebsmanagements von Nebenerwerbsbetrieben, Weiterbildung zu neuen Richtlinien und Auflagen sowie die Förderung von Büromanagerinnen) berichtet.

Die Beratungsangebote werden meist von den Betrieben in Anspruch genommen, die ohnehin schon eine gute Betriebs- und Managementstruktur haben. Eine verbesserte Erreichung von Betrieben, die einen höheren Beratungsbedarf haben, würde die Effektivität der Beratung im Hinblick auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors erhöhen. Mögliche Lösungsansätze sollen mit den Akteuren in der zweiten Runde der Fokusgruppendifkussionen identifiziert und diskutiert werden.

Wegenetz

In beiden Regionen wurde der Zustand des Wegenetzes und der Brücken als wesentlicher Einflussfaktor für die zukünftige Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors hervorgehoben. Die Breite der Wege ist für neue Maschinen nicht mehr ausreichend und der Unterbau der Wege ist nicht stabil genug für die größeren Gewichte. Viele Brücken sind nicht für die höheren Gewichte ausgelegt und in einem schlechten Zustand. Da es sich überwiegend um Gemeindestraßen handelt, verursacht dies Finanzierungsprobleme für die Kommunen. Alternative Finanzierungsinstrumente wie eine „Treckermaut“ oder eine Finanzierung durch einen Zweckverband werden diskutiert und angedacht. Bei einem Zweckverband müssen die Landeigentümer sich an der Sanierung des Wegenetzes beteiligen. (vgl. Modulbericht Wegebau in Anhang 2) Es ist allerdings davon auszugehen, dass diese Kosten auf die Pachten übertragen werden und Pachtpreise sich erhöhen. Der dringende Handlungsbedarf wurde hier von allen Teilnehmern hervorgehoben, da der Zustand der Wege und Brücken die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit stark gefährdet.

Politische Auflagen

Als ein weiterer restriktiver Einflussfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit wurde in der Fallstudienregion Nordseemarschen und -geesten die zunehmende Komplexität von Umwelt- und Naturschutzaufgaben identifiziert (z. B. Auflagen in Wasser- und Vogelschutzgebieten). Neben den Auflagen für die Landbewirtschaftung erhöhen die Naturschutzaufgaben und -ausweisungen auch die Flächenknappheit auf regionaler Ebene (z. B. entlang der Ems), die sich in diesen Regionen dann auch durch einen höheren Pachtpreis ausdrückt. Dabei wurde betont, dass der bestehende Ver-

tragsnaturschutz nicht ausreichend honoriert wird, um die Nachteile für Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen. Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors wurden die Auflagen von der Mehrzahl der Akteure negativ bewertet. Allerdings wurde auch eine positive Wirkung einer stärkeren Umsetzung von Umwelt- und Naturschutz auf das gesellschaftliche Image der Landwirtschaft, und damit indirekt auch auf die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors, vereinzelte anerkannt.

Besonders hervorgehoben wurden auch die zukünftigen Auswirkungen der Düngeverordnung auf die Flächenknappheit. Da Landwirte mehr Land zur Gülleausbringung benötigen, werden die Nachfrage nach Land und damit der Pachtpreis weiter steigen. Außerdem wurde teilweise die Erwartung geäußert, dass Betriebe höhere Düngerkosten durch den Zukauf von Mineraldünger haben werden.

Die Düngeverordnung spielte in den Diskussionen in der Fallstudienregion Leinebergland eine untergeordnete Rolle. Hier wurden die negativen Auswirkungen der zunehmenden Komplexität der verschiedenen Auflagen und die fehlende Planungssicherheit durch häufige Änderungen oder Zusätze auf das Betriebsmanagement und in der Konsequenz auf die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors betont.

Image der Landwirtschaft:

Ein relativ negatives Image der Landwirtschaft (insbesondere in den verschiedenen Bereichen der Tierhaltung) wurde in beiden Fallstudienregionen als wichtiger Einflussfaktor der Wettbewerbsfähigkeit identifiziert. Dabei werden auch Probleme aus Regionen mit einer intensiven Tierhaltung auf andere Regionen mit relativ extensiver oder wenig ausgeprägter Tierhaltung übertragen (z. B. vom Emsland auf das Leinebergland). Als mögliche Lösungsansätze zur Verbesserung des Images wurden Kommunikationsmaßnahmen diskutiert. Diese seien für die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors durch Imagebildung und verbesserte Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten besonders relevant. Kommunikationsmaßnahmen sollten in die Ausbildung und Beratung integriert werden. Kooperationen mit Schulen und integrierte Ansätze mit anderen Akteuren des ländlichen Raums wurden als besonders wichtig erachtet.

3.5.1.2 Synthese und Ausblick

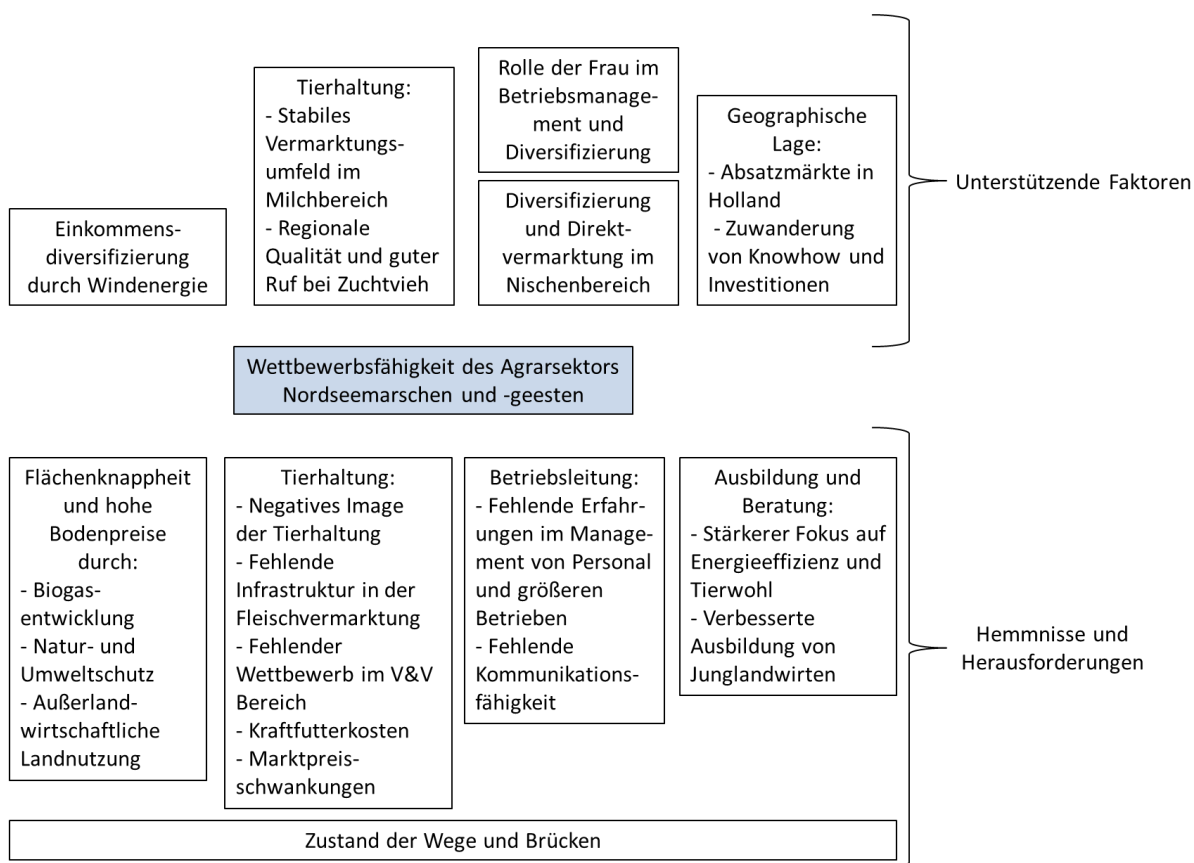
In einem ersten Schritt lassen sich aus den oben zusammengefassten Inhalten der Gruppendiskussionen und Interviews übergeordnete Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit der Agrarsektoren ableiten, die für beide Regionen bedeutend sind:

- Flächenknappheit und Entwicklung der Bodenpreise (Kauf und Pacht),
- Entwicklung der Produktpreise und deren Schwankungen,
- Infrastruktur und Wettbewerb in der Verarbeitung und Vermarktung in den Milch- und Fleischsektoren,

- neue Anforderungen an Betriebsleitung und Betriebsmanagement und daraus resultierende neue Schwerpunkte für Ausbildung und Beratung,
- Qualität der Ausbildung und Beratung und der Einfluss individueller Berater,
- Imageprobleme der Landwirtschaft und Tierhaltung,
- Kooperation und Kommunikation innerhalb der Landwirtschaft und mit der Bevölkerung,
- regionale Entwicklung im Bioenergiesektor,
- Zustand und Sanierung der Wege und Brücken.

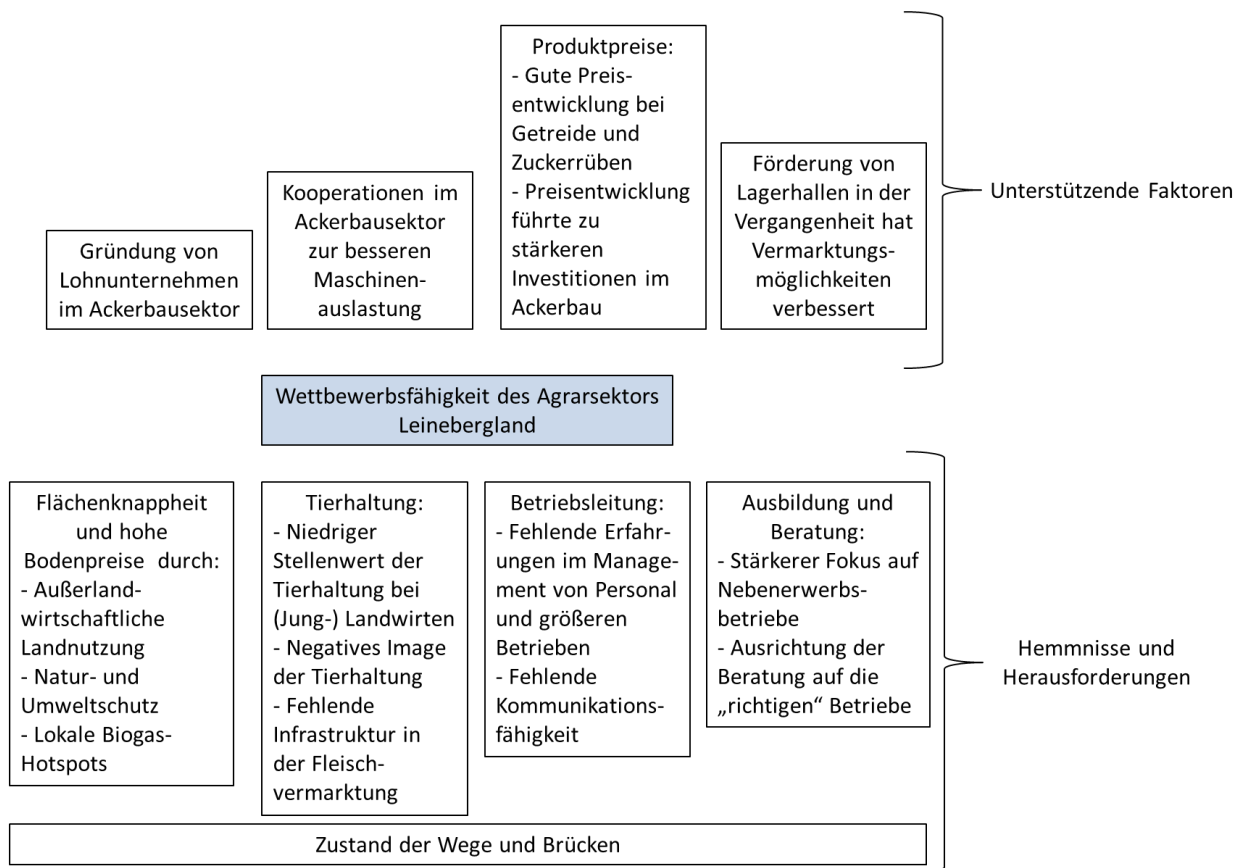
In einem zweiten Schritt lassen sich in den **Abbildungen 9 und 10** die wesentlichen identifizierten regionalen Einflussfaktoren in den Fallstudienregionen Nordseemarschen und -geesten und der Region Leinebergland zusammenfassen und gegenüberstellen.

Abbildung 9: Übersicht der identifizierten Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors in der Fallstudienregion Nordseemarschen und -geesten



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 10: Übersicht der identifizierten Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors in der Fallstudienregion Leinebergland



Quelle: Eigene Darstellung.

Aufbauend auf den identifizierten Einflussfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Agrarsektoren werden im nächsten Schritt Hypothesen zu möglichen regionalspezifischen Kausalketten und Wirkungsprozessen zwischen dem PROFIL-Förderprogramm und der sektoralen Wettbewerbsfähigkeit abgeleitet. Die Hypothesen bilden die Basis für die zweite Runde der Fokusgruppendifkussionen und werden im Rahmen einer bundeslandübergreifenden „qualitative comparative analysis“ (QCA) (Berg-Schlosser et al., 2009; Ragin, 1987) überprüft mit dem Ziel, Erklärungsansätze für regionalspezifische Wirkungszusammenhänge zu entwickeln.

3.4.2 Vertiefungsthema 4 – Wasser

Schwerpunkt der Arbeit am Vertiefungsthema Wasser war die Ermittlung der Programmwirkungen anhand der Indikatoren „Änderung von Nährstoffbilanzsalden“ sowie „Nährstoffgehalte in Oberflächengewässer“. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde die Abschätzung der Wirkungen ausgewählter Maßnahmen auf diffuse Phosphoreinträge in die Fließgewässer Niedersachsens und

Bremens mit Hilfe einer Bachelorarbeit vertieft, deren Ergebnisse jetzt vorliegen (Langer, 2014). Eine Zusammenfassung der Ergebnisse wird hier vorgestellt.

Phosphor gelangt zu 70 % über diffuse Quellen in die Fließgewässer und trägt dort maßgeblich zur Eutrophierung bei (UBA, 2013). Allein 60 % der Einträge werden der Landwirtschaft zugeschrieben. Trotz Verringerung der Einträge in den letzten Jahrzehnten weisen nach LAWA-Güteklassen immer noch 78 % der Messstellen in Niedersachsen für Gesamt-P eine schlechtere als die angestrebte Güteklasse II auf (NLWKN, 2014).

Die Wirkungen einzelner Maßnahmen auf den Eintragspfad Wassererosion und Abschwemmung wurden auf Basis eines Erosionsmodells des niedersächsischen Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) geschätzt (Fier und Schäfer, 2007). Wirkungen von Maßnahmen auf den Eintragspfad Grund- und Dränwasser konnten basierend auf betrieblichen Daten zum Düngereinsatz und der Lage von Förderflächen berechnet werden. Für die Bewertung der Beratungsdienste wurden Befragungsergebnisse genutzt. Wirkungen von Maßnahmen, über die keine ausreichenden Angaben zur Lage oder Ausgestaltung der wirksamen Flächen vorlagen, wurden anhand von Literaturlauswertungen qualitativ bewertet.

Eine Reihe von Maßnahmen aus *PROFIL* tragen zur Minderung diffuser Phosphoreinträge in die Fließgewässer bei. Eine Erhöhung der Bodenbedeckung durch Mulch- und Direktsaat, Zwischenfruchtanbau und Ökologische Anbauverfahren verringert die Phosphoreinträge über Erosion und Abschwemmung. Nach Modellberechnungen kann – bezogen auf das Förderjahr 2012 – von einer Minderung des Austragspotentials um 12 % (entspricht 220 t/a laut LBEG-Ausgangswerten) durch diese Maßnahmen ausgegangen werden. Die Einrichtung von Gewässerrandstreifen im Rahmen der Flurbereinigung und der Fließgewässerentwicklung sowie ortsfeste, mehrjährige Blühstreifen (insgesamt 2012 rd. 60 ha auf erosionsgefährdeten Standorten) reduzieren den P-Eintrag durch Erosion und Abschwemmung zusätzlich um 50 bis 70 %. Umbruchlose Grünlanderneuerung und Düngerreduktion als Auflagen verschiedener Agrarumweltmaßnahmen mindern den Eintrag von Phosphor auf landwirtschaftlich genutzten Moor-, Marsch- und Gleyböden um rund 250 t/a. Der verminderte Austrag über das Drän- und Grundwasser lässt sich mangels erforderlicher bodenkundlicher Daten nicht abschätzen. Erstaufforstungen auf rund 700 ha unterbinden Phosphoreinträge fast vollständig (620-700 kg P/a). Darüber hinaus erzielen Beratungsdienste nachweislich eine indirekte Wirkung auf den Fließgewässerschutz.

In den meisten Fällen wurden die Maßnahmen aber nicht gezielt auf den phosphoreintragsgefährdeten Flächen umgesetzt, da bei der Maßnahmenplanung andere Umweltziele im Vordergrund stehen, für die durchweg ebenfalls positive Effekte gegeben sind. Bei der Gesamtbewertung der Maßnahmen werden deshalb immer alle Umweltwirkungen betrachtet (vgl. Dickel et al., 2010). Einschränkend ist anzumerken, dass die dargestellten Maßnahmen oft weniger effektiv auf die Minderung des Eintrags von gelöstem P wirken, der direkt pflanzenverfügbar ist. Dieser tritt besonders bei Oberflächen- und Dränabfluss auf.

4 Ausblick

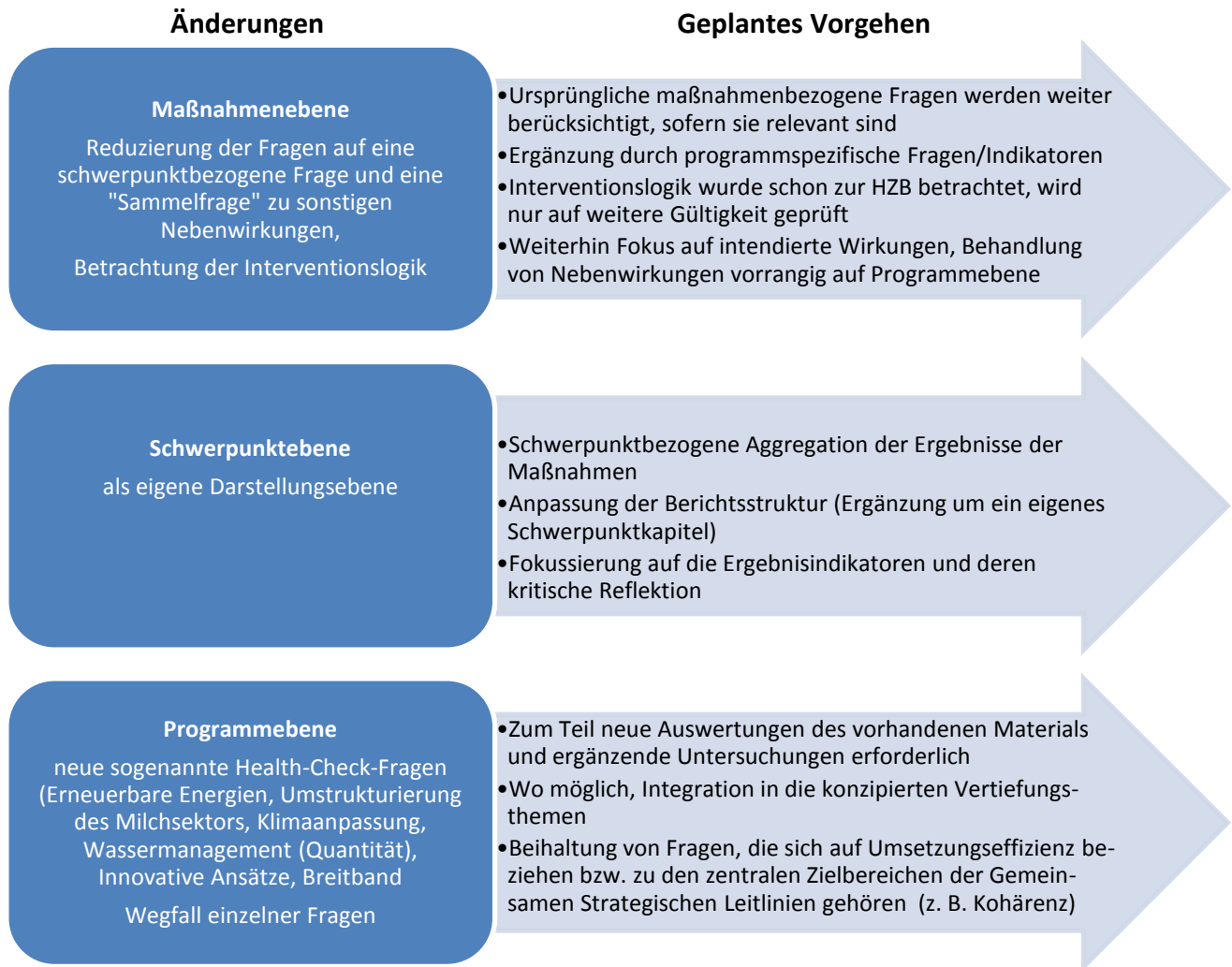
Die Europäische Kommission hat den Abgabezeitraum für den Ex-post-Bewertungsbericht mit einem Delegierten Rechtsakt (Delegated Act) auf Dezember 2016 (vorher Dezember 2015) verlängert. Zudem hat sie die Anforderungen an die von den Mitgliedstaaten zu liefernden Evaluierungsberichte durch die Herausgabe eines Leitfadens für die Ex-post-Bewertung (EEN, 2014) geändert.

Der bestehende Evaluierungsvertrag mit dem Thünen-Institut und entera – Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie vom September 2007 und das dazugehörige Angebot decken den erforderlichen Anpassungsbedarf im Evaluationsdesign nicht vollständig ab, sodass ein Ergänzungsvertrag vereinbart wurde.

Die zeitliche Verschiebung um ein Jahr impliziert, dass die maßnahmenbezogenen Bewertungen erst nach der vollständigen Ausfinanzierung fertiggestellt werden können. Diese Ausfinanzierung kann sich bis zum 31.12.2015 erstrecken. Die endgültigen Förderdaten stehen dann erst im zweiten Quartal 2016 zur Verfügung.

Inhaltlich hat die EU-KOM den Bewertungsfokus durch zusätzliche Themen erweitert. Daneben kommt der Ebene der Schwerpunkte eine größere Rolle zu. **Abbildung 11** stellt die inhaltlichen Implikationen durch den Ex-post-Leitfaden vor. Da wir unser Evaluierungsdesign modular angelegt haben, versuchen wir, die neuen Anforderungen in das bestehende Design einzubetten, um auf die schon in der Halbzeitbewertung und weiteren Evaluierungsschritten erarbeiteten Strukturen und Ergebnisse anknüpfen zu können.

Evaluierungsdesigns sind langfristig angelegt, vor allem vor dem Hintergrund der Datensammlung zur Ermittlung der Indikatoren. Elaborierte Analysemethoden (z. B. kontrafaktische Analysen) sind, wenn sie nicht schon von vornherein angelegt waren, in dem kurzen noch zu verbleibenden Zeitraum kaum zu realisieren.

Abbildung 11: Inhaltliche Anpassung durch den Leitfaden zur Ex-post-Bewertung

Quelle: Eigene Darstellung.

Auch die Verschiebung des Abgabezeitraums um ein Jahr führt aus unserer Sicht kaum zu belastbareren Ergebnissen. Im Zentrum der Ex-post-Bewertung stehen Wirkungsanalysen, die Aussagen über die Effektivität und Effizienz des Programms ermöglichen sollen. Diese Analysen erfordern ein komplexes Herangehen. Die erforderlichen Daten werden je nach Fragestellung ausgewählt (Längsschnitts- oder Querschnittsdaten) und sind nicht zwingend auf die betrachtete Förderperiode beschränkt. Durch den Charakter einer laufenden Bewertung ist in den sieben Ländern (und generell in Deutschland) ein anspruchsvolles Evaluierungsdesign möglich und auch angelegt. Vor diesem Hintergrund trägt der Ex-post-Leitfaden nur noch in geringem Maße zur weiteren Qualitätsverbesserung und Weiterentwicklung der Ex-post-Evaluierungen bei. Und für die anderen Mitgliedstaaten, die ggf. erst im Laufe des Jahres 2015 ihre Evaluierungen ausschreiben, kommt er schlichtweg zu spät.

Literaturverzeichnis

- Delegated Act: Commission delegated Regulation (EU) of 11.3.2014 supplementing Regulation (EU) No. 1305/2013 of the European Parliament and the Council on support for rural development by the European Agricultural Fund for Rural Development (EAFRD) and introducing transitional provisions c(2014) 1460 final. Entwurf, 2014. Internetseite EU-COM: <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/3/2014/EN/3-2014-1460-EN-F1-1.Pdf>. Stand 9.7.2014.
- Backhaus, K. (2000): Multivariate Analysemethoden 9. Auflage. Berlin.
- BBSR, Bundesinstitut für Bau Stadt und Raumforschung (2011): Raumtypen ROB 2010, Referenz zur Zuordnung der Gemeinden (Gebietsstand 31.12.2007) zu den Raumtypen. Internetseite BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_103086/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Werkzeuge/Raumabgrenzungen/Raumtypen2010/03__DatenKartenGraphiken.html. Zitiert am 20.7.2011.
- Berg-Schlosser, D., DeMeur, G., Rihoux, B. und Ragin, C. C. (2009): Qualitative Comparative Analysis (QCA) as an Approach. In: Rihoux, B. und Ragin, C. C. (Hrsg.): Configurational Comparative Methods. Qualitative Comparative Analysis (QCA) and Related Techniques. Los Angeles, London, New Delhi and Singapore. S. 1-18.
- Bezirksregierung Düsseldorf (2013): Dorfentwicklungsplanung. Zitiert am 1.4.2015.
- BMEL, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2015): Ländliche Entwicklung aktiv gestalten. Internetseite www.bmel.de:
- Brosius, F. (2011): SPSS 19. Heidelberg.
- Destatis, Statistisches Bundesamt (2014): Einkommenskombinationen - Agrarstrukturerhebung; Fachserie 3, Reihe 2.1.7. Wiesbaden.
- Dickel, R., Reiter, K., Roggendorf, W. und Sander, A. (2010): Halbzeitbewertung von Profil, Teil II - Kapitel 13 Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen. Braunschweig.
- EEN, European Evaluation Network for Rural Development (2014): Capturing the success of your RDP: Guidelines for the Ex Post Evaluation of 2007-2013 RDPs. Internetseite European Evaluation Network for Rural Development: http://enrd.ec.europa.eu/enrd-static/app_templates/enrd_assets/pdf/evaluation/epe_master.pdf. Zitiert am 9.7.2014.
- EU-KOM, Europäische Kommission (2010): Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Überarbeitung der Innovationspolitik der Gemeinschaft in einer Welt im Wandel. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=COM:2009:0442:FIN>. Zitiert am 27.4.2015.
- Fengler, B. und Raue, P. (2010): Halbzeitbewertung von PROFIL Teil II - Kapitel 16 Integrierte ländliche Entwicklung und Leader. http://www.eler-evaluierung.de/fileadmin/dam_uploads/Projektordner/Publikationen_de/Projektberichte_de/2010/NI_HB/DE/NI_Teil_II_Kap_16_ILE_Leader_und_Anhang.pdf. Zitiert am 17.4.2015.
- Fier, A. und Schäfer, W. (2007): Abschätzung von Phosphatausträgen aus Ackerböden in Niedersachsen. In: LBEG, Landesamt für Bergbau Energie und Geologie (Hrsg.): Diffuse Nitrat- und Phosphatbelastung - Ergebnisse der Bestandsaufnahme der EUWRR in Niedersachsen. Geoberichte, H. 2. S. 33-77.
- Hatcher, L. (1997): A Step-by-Step approach to using the SAS System for factor analysis and structural equation modeling. Cary, NC.

- Heidecke, C., Hirt, U., Kreins, P., Kuhr, P., Kunkel, R., Mahnkopf, J., Schott, M., Tetzlaff, B., Venohr, M., Wagner, A. und Wendland, F. (2014): Endbericht zum Forschungsprojekt "Entwicklung eines Instrumentes für ein flussgebietsweites Nährstoffmanagement in der Flussgebietseinheit Weser" AGRUM+-Weser. Braunschweig.
- Langer, M. (2014): Abschätzung der ökologischen Wirkungen ausgewählter Maßnahmen im „Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013" (PROFIL) auf die diffusen Phosphoreinträge in die Fließgewässer Niedersachsens und Bremens - Bachelorarbeit im Studiengang Geoökologie an der Technischen Universität Braunschweig. Braunschweig.
- MKULNV, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2012): Herausforderungen und Entwicklungschancen für Dorfkerne und Ortsmitten in Nordrhein-Westfalen - Eine Hilfestellung für die Akteure vor Ort. Düsseldorf. www.umwelt.nrw.
- NLWKN, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (2014): Gewässerüberwachungssystem Niedersachsen (GÜN). Nährstoffe in niedersächsischen Oberflächengewässern - Stickstoff und Phosphor. Oberirdische Gewässer, H. 35. Norden. Stand 20.4.2015.
- Peter, H. und Pollermann, K. (2010): Kapitel 12 - ILE und LEADER (ELER-Codes 313, 321, 322 sowie 41, 421 und 431). In: vTI (Hrsg.): Halbzeitbewertung des EPLR Mecklenburg-Vorpommern 2007-2013. Braunschweig.
- Ragin, C. C. (1987): The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies. Berkeley/Los Angeles/London.
- Reade, Nicola (2008): Konzept für alltagstaugliche Wirkungsevaluierungen in Anlehnung an Rigorous Impact Evaluations. Ceval-Arbeitspapier, H. 14. Saarbrücken.
- Steinführer, A. (2015): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. Raumforschung und Raumordnung 2015, H. 73, S. 5-16. Stand 24.2.2015.
- Stockmann, R. und Meyer, W. (2010): Evaluation - eine Einführung. Leverkusen. Stand 18.7.2014.
- Toepel, K. (2000): Evaluation in der Regionalpolitik. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 69, H. 3, S. 395-405.
- UBA, Umweltbundesamt Hrsg. (2013): Wasserwirtschaft in Deutschland, Teil 2 - Gewässergüte. Berlin.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2013): Evaluierung wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen als Element einer evidenzbasierten Wirtschaftspolitik. Internetseite BMWI: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/wissenschaftlicher-beirat-evaluierung-wirtschaftspolitischer-foerdermaßnahmen,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. Zitiert am 7.1.2014.

Anhang 1: Zwischenbericht zur Gesamtanalyse im Rahmen der Bewertung regionaler Entwicklungsprozesse

Ziel der Gesamtanalyse der verschiedenen bisher durchgeführten Erhebungen ist es insbesondere, Bedingungen zu identifizieren, unter denen die Förderung von integrierten Regionalentwicklungsprozessen erfolgreich ist. Basis stellen die Daten zu den insgesamt 127 Regionen der untersuchten Bundesländer dar (alle LEADER-Regionen²² sowie die niedersächsischen ILE- und die hessischen ELER-Regionen (HELER-Regionen)²³). Dabei wurden folgende Quellen in die Auswertung einbezogen:

- (1) Standardisierte Erfassung von Strukturdaten und Aktivitäten der LAGn, Regionalforen²⁴ und ILE-Lenkungsgruppen²⁵ (jährliche Abfrage bei den RegionalmanagerInnen z. B. zu Arbeitskreisen, LAG-Mitgliedern, organisatorische Aufstellung und Kapazitäten des Regionalmanagements),
- (2) Regionale Rahmenbedingungen (z. B. siedlungsstrukturelle Gemeindetypen, Anzahl der Landkreise und Gemeinden deren Gebiete zur jeweiligen Region gehören, BIP pro Kopf),
- (3) Schriftliche Befragung der Entscheidungsgremien der LAGn, Regionalforen und ILE-Lenkungsgruppen (zumeist zwischen 10 und 30 Personen pro Region) in 2009 und 2013: je ca. 1.500 Fragebögen (Rücklauf: ca. 65 %),
- (4) Schriftliche Befragung der RegionalmanagerInnen aller LEADER-, HELER- und ILE-Regionen in 2010 (Rücklauf 95 %),
- (5) Förderdaten,
- (6) Schriftliche Befragung von Projektträgern in 2012 (700 Fragebögen, Rücklauf über 80 %).

Die Quellen (1) bis (5) wurden, zum Teil in aggregierter Form, in einer umfassenden Datenbank zusammengeführt. Die schriftliche Befragung der Projektträger (2011/12) wurde aufgrund der nicht-repräsentativen Anzahl befragter Projekte pro Region nicht in diese Datenbank integriert. Für einzelne Fragestellungen wird eine Verschneidung der beiden Datenbanken erfolgen. Alle Datengrundlagen wurden zunächst auf statistische Auswertbarkeit geprüft, auf mögliche Fehler kontrolliert und bereinigt. Zur Anwendung kommen verschiedene Verfahren(sschritte) multivariater Analysen wie explorative Faktoranalyse, Regressionsanalyse und Strukturgleichungsmodelle.

²² In Schleswig-Holstein werden diese AktivRegionen genannt.

²³ Diese beiden Regionstypen verfügen über ein Regionalmanagement und eine integrierte Entwicklungsstrategie, verfügen aber anders als die LEADER-Regionen über keine eigenes Budget für Projektförderungen.

²⁴ Gremien der hessischen HELER- und LEADER-Regionen

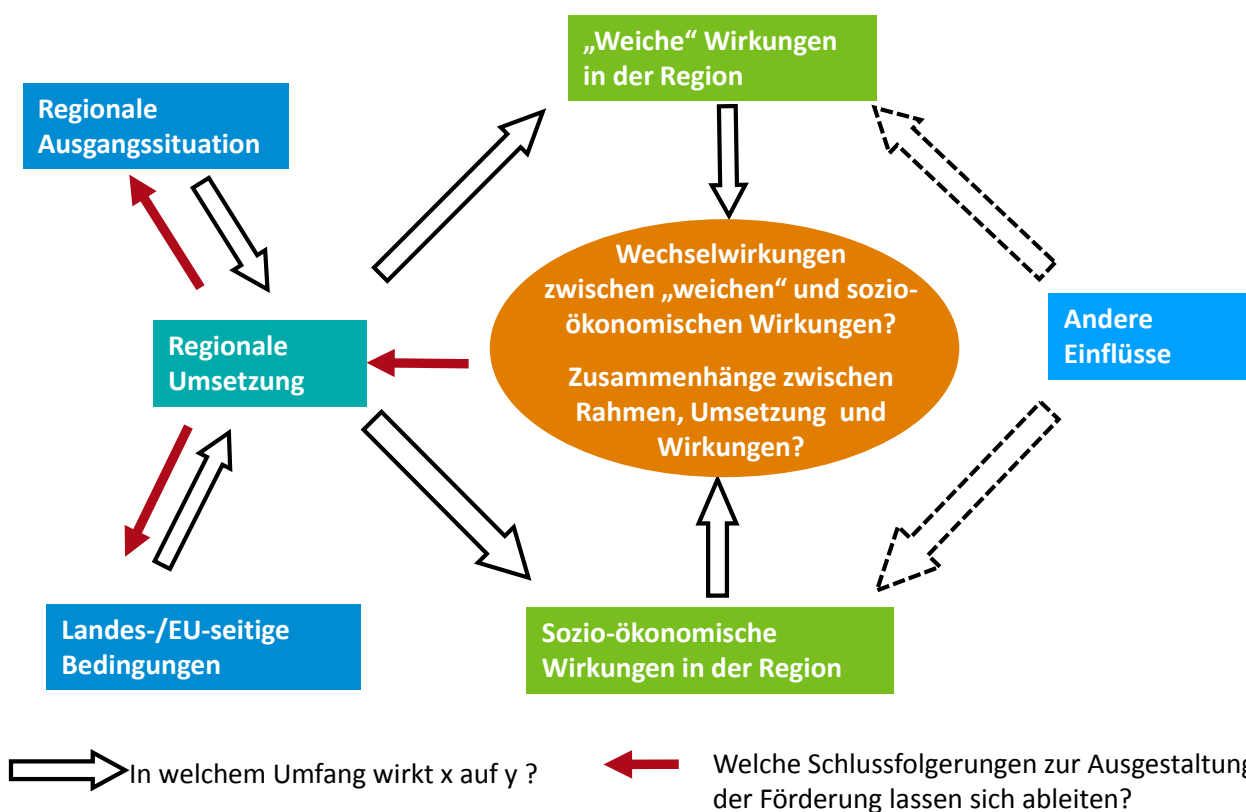
²⁵ Gremien der niedersächsischen ILE-Regionen.

Untersuchungsdesign

Der Gesamtanalyse der im Rahmen der Bewertung regionaler Entwicklungsprozesse durchgeführten Erhebungen liegt das in **Abbildung A-1** vereinfacht dargestellte Wirkungsmodell zugrunde.

Ziel der Analyse ist die Identifikation erfolgsrelevanter Einflussfaktoren basierend auf den Daten von insgesamt 127 LEADER-, ILE- und HELER-Regionen. Letztendlich sollen so Empfehlungen zu zukünftigen Programmgestaltungen abgeleitet werden. Daneben können auch Hinweise für die regionalen Akteure generiert werden, wie die vom Programm gesetzten Spielräume optimal genutzt werden können. Bei der Betrachtung werden explizite Programmziele sowie weitere implizite Ziele und Wirkungen des LEADER-Ansatzes berücksichtigt und ggf. auch nicht intendierte Wirkungen einbezogen.

Abbildung A-1: Wirkungsmodell zur Evaluierung regionaler Entwicklungsprozesse



Quelle: Eigene Darstellung.

Herausforderungen

Die hohe Komplexität der regionalen Prozesse bedingt grundsätzlich konzeptionelle Probleme bei empirischen Untersuchungen, die bereits in der Halbzeitbewertung dargelegt wurden (Fengler und Raue, 2010; vgl. Peter und Pollermann, 2010). So sind Mit-Ohne-Vergleiche oder Vorher-

Nachher-Vergleiche kaum möglich²⁶. Bezüglich der sozioökonomischen Entwicklung kann, auf Grund des vergleichsweise geringen Mittelvolumens von LEADER im Verhältnis zu anderen Entwicklungen und Programmen, nicht von messbaren Effekten auf wirtschaftliche Kenngrößen wie z. B. Beschäftigungsquote oder Bruttowertschöpfung ausgegangen werden.

Weitere Herausforderungen hinsichtlich der „Erfolgsbewertung“ sind:

- In den ELER-Programmen sind außer der Mittelverausgabung keine quantifizierten Zielniveaus definiert, es fehlen demnach geeignete Bewertungsmaßstäbe.
- Beim LEADER-Ansatz ist die Regionsindividualität auch hinsichtlich der Zielsetzungen und damit der „Erfolgsmessung“ systemimmanent. Die Evaluierungsaufgabe besteht also auch darin, aus den vielfältigen individuellen Erfolgskriterien gemeinsame/übergeordnete Kriterien zu entwickeln.

Eine „objektive“ Erfolgsmessung ist demnach insgesamt problematisch. Die Generierung von Indikatoren zur Bewertung von Erfolg ist aber eine Voraussetzung zur Identifikation erfolgsrelevanter Einflussfaktoren. Im Rahmen der Gesamtanalyse der regionalen Entwicklungsprozesse wird die Bewertung von „Erfolg“ vor allem basierend auf den subjektiven Einschätzungen der befragten Akteure vorgenommen. Die Erfolgsbewertung dient nicht der Bewertung der Leistung der einzelnen Regionen oder der Erstellung eines Rankings.

Operationalisierung und Faktorenbildung

Die Operationalisierung der einzelnen Elemente des Wirkungsmodells erforderte unterschiedliche Datenaufbereitungsschritte, die im Folgenden beispielhaft erläutert werden.

Für die Beschreibung der **Regionalen Ausgangssituation** wurden z. B. die Indikatoren BIP/Kopf, Siedlungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung, Flächenanteil in Großschutzgebieten, Regionsgröße, Bevölkerungsdichte herangezogen. Diese Indikatoren mussten spezifisch für die Regionen neu kalkuliert werden. Für das BIP/Kopf und die Bevölkerungsentwicklung wurde dazu bspw. wie folgt vorgegangen:

- Das BIP/Kopf liegt nur auf Landkreisebene als kleinster geographischer Einheit vor. Für die landkreisübergreifenden LAGn wurde entsprechend dem prozentualen Anteil des jeweiligen Kreises an der Gesamtbevölkerung des LAG-Gebiets ein gewichteter Mittelwert gebildet.
- Für den Indikator Bevölkerungsentwicklung wurden die auf Gemeindeebene vorliegende Klassifizierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) als Grundlage verwendet. Diese ordnet die Gemeinden den Typen stark schrumpfend, schrumpfend, stabil,

²⁶ Allgemein müssen zur Erfassung von Nettowirkungen nach Stockmann und Meyer (2010) die beobachteten Bruttowirkungen um den Einfluss anderer Effekte bereinigt werden, um so nur die kausal durch die Intervention ausgelösten Effekte abzuschätzen (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2013). Hinsichtlich Aussagekraft und Praktikabilität von Wirkungsevaluationen (vgl. Reade, 2008) bestehen bei der LEADER-Analyse gegenüber idealtypischen Evaluierungsansätzen von Maßnahmen mit einfachen, linearen Interventionslogiken und überschaubaren Wirkungen deutliche Restriktionen für das Untersuchungsdesign.

wachsend und stark wachsend zu. Anhand der prozentualen Anteile der Bevölkerung in den Gemeinden der verschiedenen BBSR-Typen wurden die Regionen kategorisiert. **Tabelle A-1** zeigt die für die Bevölkerungsentwicklung gebildeten Regionskategorien. Die sich daraus ergebende Zuordnung der Regionen zu den Kategorien zeigen die einzelnen Grafiken der **Abbildung A-2**.

Tabelle A-1: Kategorien zur Einordnung der LEADER-, ILE- und HELER-Regionen für die Bevölkerungsentwicklung

Regions-Kategorie	Definition*
stark schrumpfend	über 50 % der Bevölkerung in Gemeinden, die stark schrumpfen, bzw. 90 % in schrumpfenden und stark schrumpfenden Gemeinden
schrumpfend	über 50 % der Bevölkerung in Gemeinden, die schrumpfen
stabil/kaum Veränderung	über 50 % der Bevölkerung in stabilen Gemeinden
wachsend	über 50 % der Bevölkerung in Gemeinden, die wachsen, weniger als 30 % in Gemeinden, die schrumpfen
stark wachsend	100 % der Bevölkerung in wachsenden oder stark wachsenden Gemeinden
uneinheitlich	kein Bevölkerung-Trend über 50 % in den Gemeinden der Region bzw. ein Trend über 50 % und der andere über 30 %

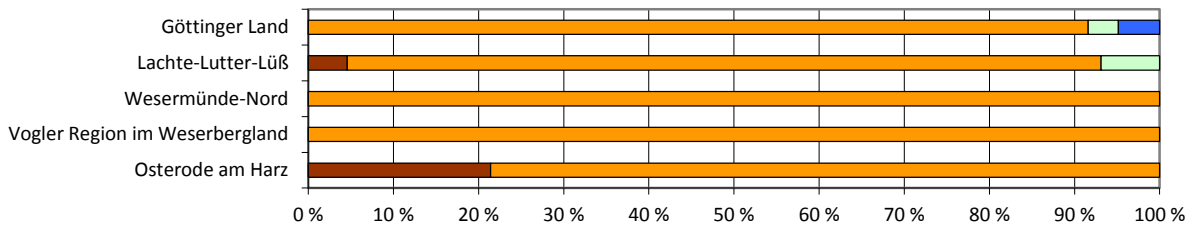
* Gemeindegategorisierung gemäß BBSR, Bezugszeitraum: 2003-2008 (BBSR, 2011)

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung A-2: Einordnung der niedersächsischen LEADER- und ILE-Regionen in sechs Kategorien der Bevölkerungsentwicklung

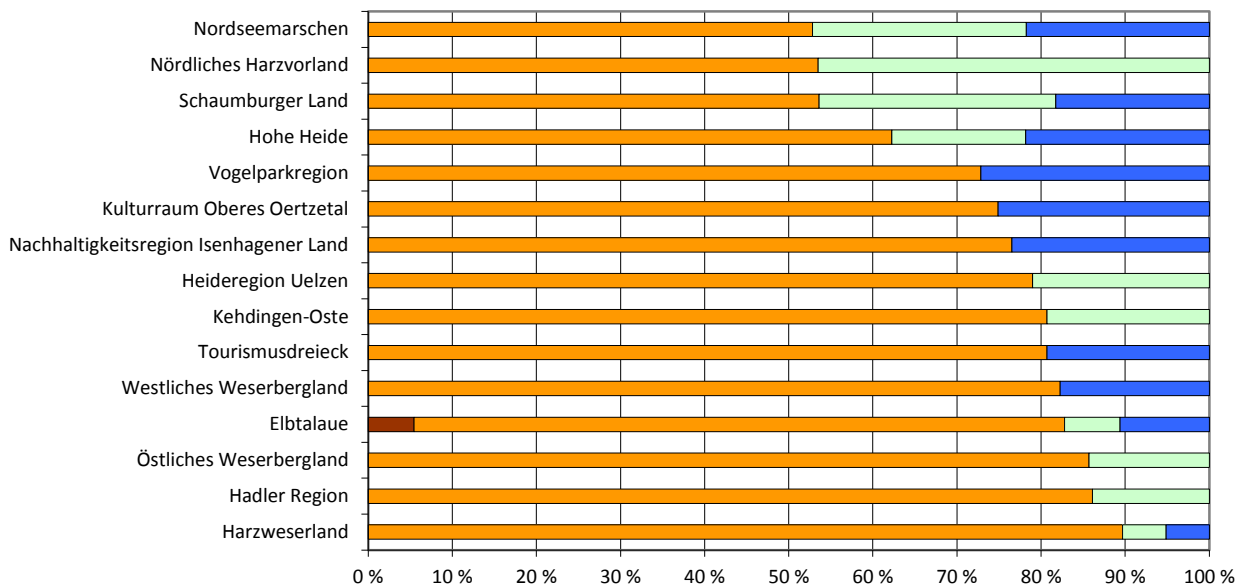
Kategorie: Stark schrumpfend

(über 50 % der Bevölkerung in Gemeinden, die stark schrumpfen bzw. 90 % in schrumpfenden und stark schrumpfenden Gemeinden)



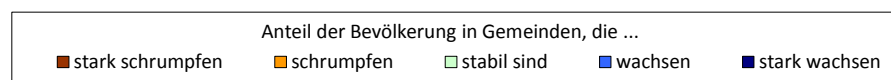
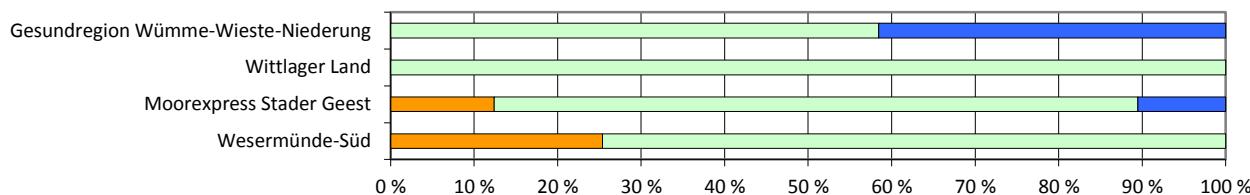
Kategorie: Schrumpfend

(über 50 % der Bevölkerung in Gemeinden, die schrumpfen)



Kategorie: Stabil / kaum Veränderung

(über 50 % der Bevölkerung in stabilen Gemeinden)

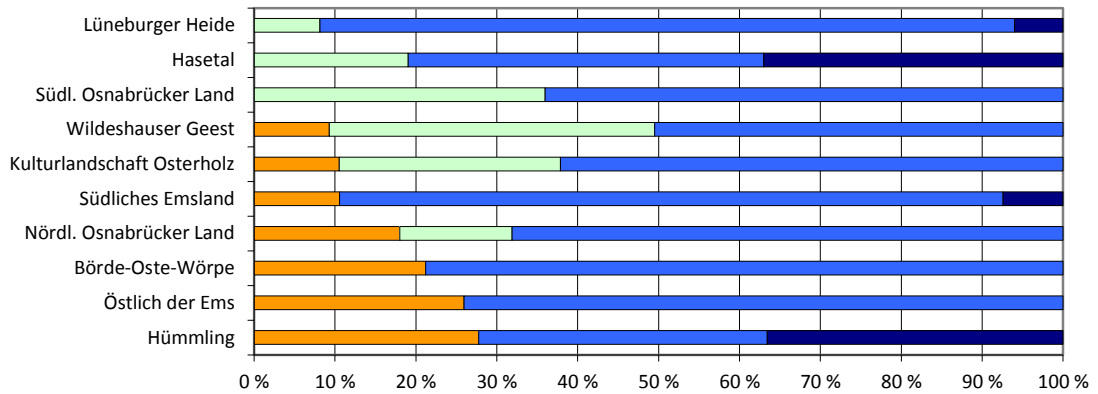


Quelle: Eigene Darstellung auf Basis Gemeindekategorisierung gemäß BBSR, Bezugszeitraum: 2003-2008 (BBSR, 2011).

Fortsetzung Abbildung A-2:

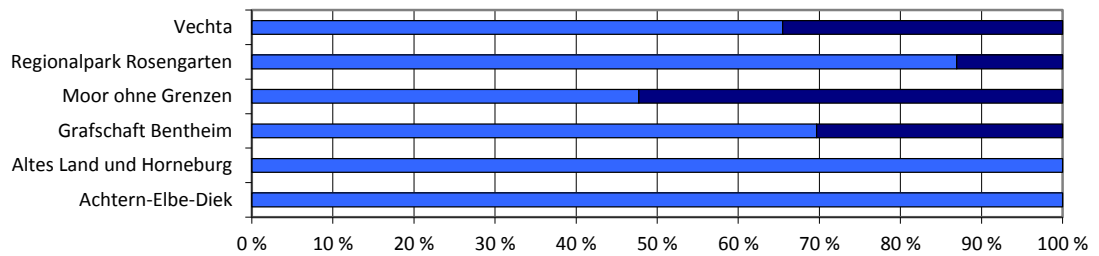
Kategorie: Wachsend

(über 50 % der Bevölkerung in Gemeinden, die wachsen, weniger als 30 % in Gemeinden die schrumpfen)



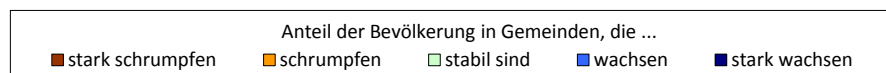
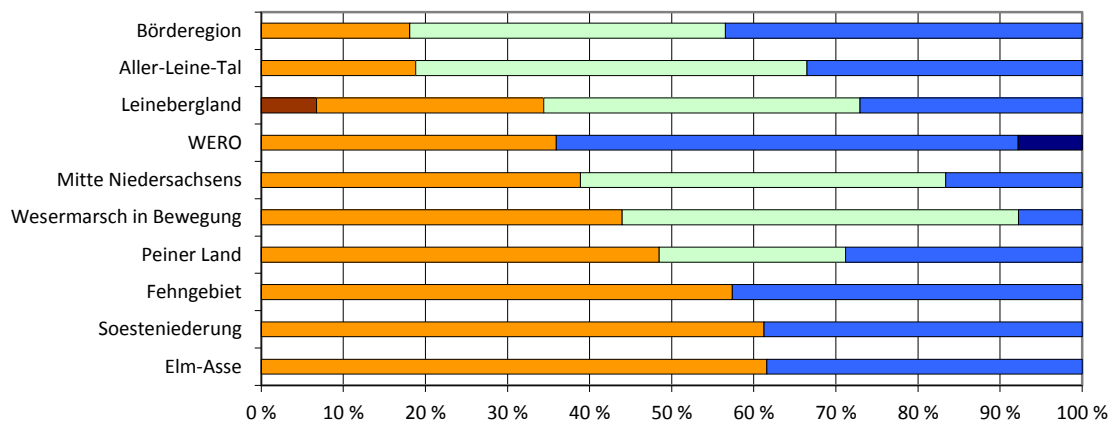
Kategorie: Stark wachsend

(100 % der Bevölkerung in wachsenden oder stark wachsenden Gemeinden)



Kategorie: Uneinheitlich

(kein Bevölkerung-Trend über 50 % in den Gemeinden der Region bzw. ein Trend über 50 % und der andere über 30 %)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis Gemeindekategorisierung gemäß BBSR, Bezugszeitraum: 2003-2008 (BBSR, 2011).

Die **landesspezifischen Rahmenbedingungen** beinhalten u. a. die unterschiedliche Höhe des für die Regionen zur Verfügung stehenden Budgets und die unterschiedlichen Förderbedingungen. Hierfür wird jeweils eine Variable als Länder-“Dummy“ gesetzt²⁷.

Das Element **Regionale Umsetzung** beinhaltet zum einen strukturelle Daten, wie z. B. LAG-Größe und -Zusammensetzung (Anteil Wirtschaftsakteure, Anteil Zivilgesellschaft, Themenvielfalt), weitere Beteiligungsmöglichkeiten (Anzahl der Arbeitskreise und Projektgruppen), Ausstattung des Regionalmanagements (Stundenumfang, Trägerstruktur, Qualifikation), und zum anderen Einschätzungen zur Qualität (z. B. Funktionalität der gebildeten Arbeitsstrukturen). Diese Einschätzungen wurden in den beiden LAG-Befragungen mit verschiedenen Fragen erfasst (vgl. Anhang im jährlichen Bewertungsbericht 2013).

Die Verdichtung der vielfältigen Informationen erfolgte mittels **explorativer Faktoranalyse**. Die explorative Faktoranalyse ist ein Verfahren zur Identifikation von Zusammenhängen in komplexen Datensätzen. Sie ermöglicht es, Variablen mit ähnlichen Informationsgehalten zusammenzufassen bzw. Variablen, die verschiedene Aspekte einer komplexen Hintergrundvariable abbilden, in einem Faktor zu extrahieren und so die Korrelationsstruktur angemessen herauszuarbeiten (Backhaus, 2000; Brosius, 2011; Hatcher, 1997).

²⁷ In Hessen und Niedersachsen werden je nach Fragestellung auch zwei Dummies für die unterschiedlichen Umsetzungsvarianten Leader/ILE bzw. Leader/HELER verwandt.

Zur Analyse der Funktionalität der LAG wurden zunächst die Komplexe Entscheidungsprozess, Entscheidungsergebnis und Regionalmanagement einer Faktoranalyse unterzogen. Im Komplex Entscheidungsprozesse wurden die beiden Faktoren Arbeitsklima und Angemessenheit des Projektauswahlverfahrens extrahiert (vgl. **Tabelle A-2**). Die grau hinterlegten Variablen trugen nicht zur Identifikation der Faktoren bei, da sie auf beide Faktoren laden.

Tabelle A-2: Faktorladungen der Faktoren zum Komplex Entscheidungsprozess (Rotiertes Faktormuster)

Variable	Faktor 1: Arbeitsklima	Faktor 2: Angemessenheit des Projektauswahlverfahrens
Die Arbeitsatmosphäre ist angenehm.	0,88	*
Mit Konflikten wird konstruktiv umgegangen.	0,87	*
Probleme können offen angesprochen werden.	0,83	*
Die Sitzungen sind ergebnisorientiert.	0,55	0,37
Die Kriterien zur Projektauswahl bieten eine sinnvolle Entscheidungshilfe.	*	0,86
Ich bin mit dem Verfahren zur Projektauswahl zufrieden.	*	0,83
Ablauf von Entscheidungsprozessen	0,44	0,55
Verfügbarkeit relevanter Informationen	0,29	0,54

*Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden nur Ladungen $\geq 0,2$ abgebildet.

Variablen, die auf beide Faktoren laden und daher keine trennende Wirkung haben, sind grau hinterlegt. Sie werden keinem Faktor zugeordnet.

Quelle: Eigene Darstellung

Das heißt, dass die drei ersten Variablen in Tabelle 16 gut zur Charakterisierung des Arbeitsklimas in der LAGn genutzt und dafür zu einem Wert – dem Faktor „Arbeitsklima“ zusammengefasst werden können. Gleiches gilt für die „Angemessenheit des Projektauswahlverfahrens“, die mit den beiden Variablen „...Kriterien ...“ und „...Verfahren ...“ abgebildet werden kann.

Für die Komplexe Entscheidungsqualität und Regionalmanagement wurde jeweils ein Faktor extrahiert (vgl. **Tabelle A-3**).

Tabelle A-3: Faktorladungen (Faktormuster) zu den Komplexen Entscheidungsqualität und Regionalmanagement

Variable	Faktor: Entscheidungsqualität
Zufriedenheit mit Inhalten der getroffenen Entscheidungen	0,70
Zustimmung zu den Aussagen:	
Ich bin mit den bisher ausgewählten Projekten zufrieden.	0,78
Projekte werden konsequent abgelehnt, wenn sie nicht zur Prioritätensetzung der LAG passen.	0,67
Durch den Entscheidungsprozess in der LAG sind die Projekte in der Region gut aufeinander abgestimmt.	0,79
	Faktor: Regionalmanagement
Zufriedenheit mit:	
Beratung zu Projekten	0,86
Koordination und Vernetzung	0,83
Kenntnis von Fördermöglichkeiten	0,82
Öffentlichkeitsarbeit	0,74

Quelle: Eigene Darstellung

Zur Erfassung der „**weichen**“ Wirkungen (Governance, Vernetzung etc.) in den Regionen wurde ebenfalls die LAG-Befragung herangezogen. Eine Frage richtete sich auf die Einschätzungen zur Entwicklung der Beziehungen zu verschiedenen Akteursgruppen. Mit Hilfe der Faktoranalyse konnten zwei Faktoren extrahiert werden: Beziehungen zu öffentlichen Akteuren und Beziehungen zu Wirtschaftsakteuren (vgl. **Tabelle A-4**). Die Variable, die die Beziehung zu Vereinsvertretern beschreibt, kann keinem dieser beiden Faktoren eindeutig zugeordnet werden. Die Analyse zeigte auch, dass sich die LAGn insbesondere über die Beziehungsentwicklung zu den Wirtschaftsakteuren charakterisieren lassen.

Tabelle A-4: Faktoren zum Komplex Beziehungsentwicklung²⁸

Faktorladungen (Rotiertes Faktormuster)		
Variable	Faktor 1: Beziehungen zu Wirtschaftsakteuren	Faktor 2: Beziehungen zu öffentlichen Akteuren
Einzelne Unternehmen	0,87	*
Vertreter/-innen von Wirtschaftsbranchen (z. B. Bauernverband, Kammern)	0,84	*
Vertreter/-innen von Vereinen / Initiativen	0,58	0,30
Mitarbeiter/-innen der Verwaltung	*	0,90
Vertreter/-innen aus der Politik	*	0,85

*Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden nur Ladungen $\geq 0,2$ abgebildet.

Die Variablen, die auf beide Faktoren laden und daher keine trennende Wirkung haben, sind grau hinterlegt. Sie werden keinem Faktor zugeordnet.

Quelle: Eigene Darstellung

Zur Annäherung an potenzielle **sozio-ökonomische** Wirkungen in der Region werden zum einen die subjektiven Einschätzungen der LAG-Mitglieder zur Erreichung der Ziele der Entwicklungsstrategie sowie ihre subjektive Zufriedenheit insgesamt herangezogen, zum anderen die verausgabten Mittel und die Anzahl umgesetzter Projekte in den Regionen.

Stand der statistischen Analysen und Ausblick

Die Datenplausibilisierung und -bereinigung ist abgeschlossen. Derzeit erfolgen neben der Fortsetzung der Faktoranalysen erste Ansätze einer Gruppenbildung und Systematisierung der Regionen auf der Grundlage von Clusteranalysen (z. B. anhand prozessbezogener Strukturmerkmale der Regionen wie der Ausstattung des Regionalmanagements, Partizipationsintensität, ggf. auch nach sozio-ökonomischen Ausgangslagen). Dies ist ein weiterer Baustein zur Operationalisierung der den Erfolg beschreibenden Variablen.

Die statistischen Analysen werden in den nächsten Monaten fortgesetzt und für die Ex-post-Bewertung aufbereitet. Somit wird der Frage nachgegangen: Welche Bedingungen führen zu welchen Erfolg(skomponenten)? Mögliche Erfolgskomponenten sind z. B. eine verbesserte Kooperation zwischen staatlichen Akteuren und WiSo-Partnern, innovative Projekte, hohe Bereitschaft zum Engagement. Der „qualitative“ Hintergrund aus den Interviews der Fallstudien und den offenen Fragen der Befragungen ist dabei für die Thesengenerierung und die Interpretation der Ergebnisse von großer Bedeutung.

Wo sinnvoll, weil durch die zuständigen Akteure/Institutionen beeinflussbar, werden aus den identifizierten Erfolgs-Bedingungen (z. B. zum Regionalmanagement) in einem zweiten Schritt

²⁸ Frage im Fragebogen: Wie haben sich ihre Beziehungen zu den folgenden Personenkreisen durch den LEADER-Prozess entwickelt?

Empfehlungen zur Ausgestaltung von Programm und Förderkonditionen abgeleitet. Bei nicht direkt beeinflussbaren Faktoren (z. B. sozioökonomischen Rahmenbedingungen) sind geeignete Anpassungsstrategien an diese Bedingungen zu identifizieren (z. B. über finanzielle Schwerpunktsetzungen).